52. Sitzung

Potsdam, Donnerstag, 5. Juli 2007

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	3763	Frage 1324 (Drohendes Aus der Viva Polstermöbel GmbH in Storkow)	
1. Aktuelle Stunde		Minister für Wirtschaft Junghanns	3776
<u>Thema:</u>		Frage 1318 (Kontrollen von ausländischen Arbeitnehmern in der Europäischen Union)	
Forstreform		Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber	3777
Antrag		Frage 1319 (Nutzung regenerativer Energien)	
der Fraktion DIE LINKE	3763	Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung König	3778
Frau Wehlan (DIE LINKE)	3763	Frage 1320 (Kommunal-Kombi)	
Frau Gregor (SPD)	3765	Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber	3779
Schulze (DVU)	3766	Frage 1321 (SED-Opferpension)	
Helm (CDU)	3766	Ministerin der Justiz Blechinger	3780
Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke	3768	Frage 1322 (Regionalbudgets)	
Frau Wehlan (DIE LINKE)	3770	Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber	3781
Minister Dr. Woidke	3771	Frage 1323 (Direktwahl der Landräte)	
2. Fragestunde		Minister des Innern Schönbohm	3781
Drucksache 4/4813		3. Beitrag des Landes Brandenburg zur Senkung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen des Verkehrs	
Drucksache 4/4765	3771	Antrag	
Dringliche Anfrage 43		der Fraktion der Linkspartei.PDS	
(Lage auf dem Lehrstellenmarkt)		Drucksache 4/4237	
Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber	3772		
Frage 1315 (Niedriglohnland Brandenburg) und			
Frage 1316 (Rückwärtsgewandte Imagepflege)			
Minister für Wirtschaft Junghanns	3773		

	Seite		Seite
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Infrastruktur und Raumordnung		7. Gesundes Mittagessen für Kinder	
Drucksache 4/4739.....	3782	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Frau Tack (DIE LINKE).....	3782	Drucksache 4/4783.....	3796
Dr. Klocksinn (SPD).....	3783	Frau Wöllert (DIE LINKE).....	3796
Schulze (DVU).....	3784	Frau Dr. Münch (SPD).....	3798
Schrey (CDU).....	3785	Frau Fechner (DVU).....	3799
Minister für Infrastruktur und Raumordnung		Frau Hartfelder (CDU).....	3799
Dellmann.....	3786	Minister für Bildung, Jugend und Sport	
4. Außenwirtschaftskonzept des Landes Branden- burg		Rupprecht.....	3800
Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU		8. Zusammenführung des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes mit dem Branden- burgischen Umweltinformationsgesetz	
Drucksache 4/4777.....	3787	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Müller (SPD).....	3787	Drucksache 4/4784.....	3801
Christoffers (DIE LINKE).....	3788	Dr. Scharfenberg (DIE LINKE).....	3801
Karney (CDU).....	3789	Frau Stark (SPD).....	3802
Frau Hesselbarth (DVU).....	3790	Claus (DVU).....	3803
Minister für Wirtschaft Junghanns.....	3790	Werner (CDU).....	3804
5. Änderung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - Teil B/Fassung 2006		Minister des Innern Schönbohm.....	3805
Antrag der Fraktion der DVU		9. Wahl eines Mitgliedes des Rates für sorbische (wendische) Angelegenheiten	
Drucksache 4/4778.....	3791	Antrag mit Wahlvorschlag des Präsidenten	
Frau Hesselbarth (DVU).....	3791	Drucksache 4/4779.....	3806
Schulze (SPD).....	3792		
Frau Böhnisch (DIE LINKE).....	3792	Anlagen	
Frau Hesselbarth (DVU).....	3793	Gefasste Beschlüsse.....	3807
6. Kinderschutz sichern - bewährte Jugendhilfe- strukturen erhalten		Schriftliche Antworten der Landesregierung auf münd- liche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 5. Juli 2007.....	3807
Antrag der Fraktion DIE LINKE		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Red- ner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
Drucksache 4/4782.....	3793		
Frau Lieske (SPD).....	3793		
Frau Fechner (DVU).....	3794		
Krause (DIE LINKE).....	3794		
Frau Hartfelder (CDU).....	3795		
Minister für Bildung, Jugend und Sport			
Rupprecht.....	3795		

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich zur heutigen - letzten - Plenarsitzung vor der Sommerpause.

Zur Tagesordnung gibt es folgende Bemerkung zu machen: Der Tagesordnungspunkt 3 - Beitrag des Landes Brandenburg zur Senkung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen des Verkehrs, Drucksache 4/4739 - ist zusätzlich auf die Tagesordnung gekommen. Es ist vereinbart worden, dass zu diesem Tagesordnungspunkt jeweils fünf Minuten Redezeit zur Verfügung stehen.

Gibt es ansonsten zum vorliegenden Entwurf der Tagesordnung Bemerkungen? - Das ist nicht der Fall, sodass ich über die Tagesordnung abstimmen lasse. Wer nach dieser Tagesordnung verfahren möchte, den bitte ich um sein zustimmendes Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit ist diese Tagesordnung so angenommen.

Auch heute haben wir auf Ministerin Ziegler zu verzichten, die durch Minister Speer vertreten wird; ab 15.30 Uhr auch auf Minister Schönbohm, der von Ministerin Blechinger vertreten werden wird.

Inzwischen kann ich auch unsere Gäste begrüßen: Die Schülerinnen und Schüler der Maxim-Gorki-Gesamtschule in Kleinmachnow sind unter uns. - Ein herzliches Willkommen und einen interessanten Vormittag für euch!

(Allgemeiner Beifall)

Ich eröffne die Tagesordnung mit dem Aufruf des **Tagesordnungspunktes 1:**

Aktuelle Stunde**Thema:
Forstreform**

Antrag
der Fraktion DIE LINKE

Mit dem Redebeitrag der Abgeordneten Wehlan für die Fraktion DIE LINKE beginnen wir die Debatte.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg thematisiert zur heutigen Aktuellen Stunde die Forstreform der Landesregierung, und das aus gutem Grund.

Erstens wollen wir der Landesregierung nicht durchgehen lassen, dass sie als Geschäft der laufenden Verwaltung 1 100 Personalstellen mal einfach so abbaut und den Landeszuschuss um 36 Millionen Euro kürzt. Denn das hätte erhebliche Einschnitte für den Forstbereich und insgesamt für den ländlichen Raum zur Folge.

Zweitens wollen wir Ihnen ebenso wenig durchgehen lassen, dass die von Berlin und zu großen Teilen von Ihnen selbst ver-

ursachte aktuelle Kassenlage die Abkehr von Gemeinwohlleistungen in Brandenburg bestimmt.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Um nicht mehr und nicht weniger geht es: Wie ordnet sich Brandenburg ein im allgemeinen Richtungsstreit in der deutschen Forstwirtschaft zwischen einer multifunktionalen Forstwirtschaft und einem neoliberalen Forstwirtschaftsmodell, das auf marktliche Steuerung setzt?

Das dabei immer wieder ins Feld geführte Argument, das europäische Wettbewerbsrecht würde das geradezu einfordern, ist einfach falsch. Sie wissen das auch. Denn Entscheidungen auf europäischer Ebene zu Artikel 86 Abs. 2 EG räumen den politischen Entscheidungsträgern auch in Zukunft erhebliche Freiheiten bei der Definition und der Finanzierung der Gemeinwohlleistungen im Forstbereich ein.

Dieser Diskussion haben Sie sich aber bisher verwehrt und sind tunlichst bemüht, eine solche Diskussion im politischen Raum gar nicht erst zuzulassen. Wie anders ist Ihre fehlende Gegenwehr, Herr Dr. Woidke, als Fachminister gegenüber dem Finanzminister zu werten? Die bereits im Dezember verfügte Reduzierung des Landeszuschusses um 36 Millionen Euro wurde von Ihrem Haus ohne mit einer Wimper zu zucken in die dafür notwendigen Personalabbauzahlen von 1 100 gebracht.

Wo waren die Aufgabenkritik und die sorgfältige Abwägung von ökologischen, ökonomischen und auch sozialen Belangen, die eine nachhaltige forstpolitische Handlungsstrategie gegenüber dem Finanzminister hätte begründen können? Warum ließen Sie den Fachausschuss außen vor und machten nur Ihr Ding bzw. das Ding Ihrer obersten Forstbehörde? Ich erinnere mich noch gut an eine Zeit, als wir beide im Fachausschuss gemeinsam mit dem Agrarausschuss und dem damaligen Minister Schlimmeres in der Forstreform 2000 verhindern konnten.

Die Forstwirtschaft mit ihrer speziellen Bedeutung für das Gemeinwohl lässt sich schwer in ein neoliberales Wirtschaftsmodell einbinden. Das liegt in der Besonderheit des Wirtschaftens mit dem Naturgut Wald begründet und findet auch mit der Novelle des Landeswaldgesetzes 2004 seine inhaltliche Bestätigung.

Ihre Antwort dazu: Es werden keine Aufgaben wegfallen, sondern alle Aufgaben eben um 42 % gekürzt. Das ist Augenverkleberei, Herr Minister. Da sind Mitarbeiter Ihres Hauses schon deutlicher und hinterfragen den zukünftigen Wegfall der Betreuung im Privatwald.

Was dann mit der einen Million Kubikmeter Holz im kleinen Privatwald wird, die schon für die heutige Nutzung brachliegen, kann ich Ihnen sagen: Die werden auch zukünftig nicht erschlossen werden. Hierbei handelt sich immerhin um 500 Arbeitsplätze, um Arbeit und Einkommen im ländlichen Raum.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in der „MAZ“ war vor einigen Tagen zu lesen, Agrarminister Woidke habe die Oberförstereien als „nicht mehr bezahlbare Folklore“ bezeichnet. Auch wenn der Minister sich daran nicht mehr erinnern möchte, so waren doch eine Reihe von Forstbediensteten und ein Journalist zugegen, dem diese Vermeldung wichtig war, bringt sie doch eine bezeichnende Abgehobenheit gegenüber den Forst-

bediensteten auf den Punkt. Das ordnet sich ein in die Handlungsweisen der obersten Forstbehörde, wo die Einbeziehung der Beschäftigten und ihrer Verbände in die Forstreform nur noch auf den „Akt der Kenntnisnahme Ihrer Verkündungen“ reduziert wird. Ich wünsche Ihnen nicht, Herr Minister, dass Ihnen jemals eine solche Geringschätzung Ihrer Arbeit begegnet.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Der Stil ist jedenfalls für den gesamten Forstreformprozess symptomatisch. Sie gefährden auf diese Art eine ganze Branche, ein von Ihnen selbst identifiziertes Branchenkompetenzfeld, und Sie setzen Ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel - auch in der Auseinandersetzung mit uns. Denn der Appell des Ministerpräsidenten auf dem Landesparteitag der SPD an die Brandenburger LINKE, keinen Krawallkurs zu fahren, verkommt angesichts des Crash- und Krawallkurses der Landesregierung bei der Forstreform nun wirklich zur Farce.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Forstreform muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden; dafür haben Sie unsere Unterstützung. Das beginnt mit der Zurückstellung des Kabinettsbeschlusses zu den Eckpunkten für die Weiterentwicklung der Landesforstverwaltung. Diese Eckpunkte sind nicht schlüssig, in sich widersprüchlich und werden im dazu erarbeiteten Detailkonzept sogar konterkariert.

Worum geht es? - Erstens: Es ist nicht geklärt, wie mit 42 % weniger Personal die vom Parlament im Waldgesetz fixierten Aufgaben erfüllt werden sollen. Eine Aufgabenkritik muss her und eine politische Debatte über die Gemeinwohlleistungen im Forstbereich. Auch dafür stehen die rund 20 000 Unterschriften der Bürgerinitiative Brandenburger Wald.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Zweitens: Aus einem vom Finanzministerium vorgelegten Ländervergleich geht hervor, dass Brandenburg eine äußerst geringe Finanzausstattung im Forstbereich hat: 66 Millionen Euro Minderausstattung im Vergleich der Flächenländer Ost und sogar 111 Millionen Euro im Vergleich der Flächenländer West. Auch dazu möchten wir eine Analyse mit belastbaren Aussagen.

Drittens: Erst nach Aufgabenkritik einschließlich einer politischen Debatte zu den Gemeinwohlleistungen ist die Frage einer Strukturveränderung zu stellen. Dazu ist ein nachvollziehbarer Variantenvergleich über alle ostdeutschen Länder im Personal, in den Finanzen und in der jeweiligen Rechtsform darzustellen. Allen drei Punkten ist der Agrarausschuss auf Antrag der Fraktion DIE LINKE gefolgt.

Viertens: Tariftreue, Kündigungsschutz und Mitbestimmung müssen Bestand haben. Sie haben das bereits auf der Waldtagung zugesagt. Wir werden über diese Festlegung mit wachen.

Fünftens: Die Einbeziehung der Beschäftigtenvertretungen ist auf der Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zu sichern.

Sechstens: Das Merkmal der Gemeinschaftsforstverwaltung ist bis auf Revierebene zu erhalten.

Siebtens: Für die Fraktion DIE LINKE ist der Erhalt des Landeswaldbesitzes nicht verhandelbar.

Der Kabinettsbeschluss geht von einem Finanzbudget aus, das vorsieht, den Zuschuss für die Bewirtschaftung des Landeswaldes bis 2014 auf null zu senken. Die übrigen Bereiche werden um 36 Millionen Euro auf einen Zuschuss von 42,4 Millionen Euro abgesenkt. Gleichzeitig erfolgt eine vom Budget entkoppelte Vorgabe zur Absenkung des Personals. Damit wird im Grunde eine budgetierte Haushaltsführung selbst in Frage gestellt. Anders ausgedrückt: Genau die Argumente, mit denen Sie die Rechtsform „Anstalt des öffentlichen Rechts“ begründen, sind an dieser Stelle bereits ad absurdum geführt.

Die Organisation der Landesforstverwaltung soll um eine Ebene reduziert werden. Wenn nun in Umsetzung dessen die Oberförstereien, also bürgernahe Ansprechpartner im ländlichen Raum, abgeschafft werden sollen und stattdessen eine echte neue Ebene - die der Anstaltsleitung - geschaffen wird, sind wir bei der Wiederbegründung des 1997 geschlossenen Landesforstamtes angekommen. Das sind Strukturspielereien ohne sachgerechten Hintergrund.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Gemeinschaftsforstverwaltung wird laut Kabinettsbeschluss die strikte Trennung der marktorientierten und gemeinwohlorientierten/hoheitlichen Bereiche beibehalten. Das ist etwa so, als würde ein Standesbeamter bei der Trauung das Zusammenleben eines Paares untersagen, oder - für die Scheidungsexperten hier im Saal - als sollte ein Paar geschieden werden, aber weiter zusammenleben müssen.

(Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Transparenzrichtlinie, mit der die Trennung der Geschäftsbereiche auch begründet wird, verlangt lediglich die haushaltsrechnerische Trennung. Dieser Forderung kommt die Landesforstverwaltung bereits heute nach. Der budgetierte Forstbereich im Einzelplan 10 lässt grüßen.

Ebenfalls nicht gedeckt ist die These, die Bewirtschaftung des Landeswaldes sei nicht eine Kernkompetenz staatlichen Handels. Hier verweisen wir auf die in der Landesverfassung vorgesehene Eigentumsvielfalt. Selbstverständlich ist öffentliches Eigentum auch öffentlich zu betreiben.

(Vereinzelte Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Ansprüche an den Wald sind übrigens ganz real und ganz praktisch eigentumsabhängig differenziert. Die Kahlschlagdebatte hat das jüngst anschaulich verdeutlicht.

Ob dieser paradoxen Vorgaben braucht man sich über fehlendes Vertrauen und Mutmaßungen nicht zu wundern. Betrachtet man die reale Personalentwicklung, also die einschließlich des natürlichen Abbaus, bleibt zur Erreichung der Zielzahl eine Differenz von 365 Stellen von 2015 bis 2021. In Geld ausgedrückt entspricht das einer jährlichen Mehrbelastung von 7 Millionen Euro, und das über einen Zeitraum von sechs Jahren. Ich gestatte mir die These, dass sich diese Differenz in Anbetracht der aktuellen Holzmarktentwicklung problemlos über die Einnahmen kompensieren lässt.

Herr Minister Woidke, Sie haben - auch im Agrarausschuss - unsere Unterstützung, wenn es darum geht, die Landesforst als moderne, effiziente und dem Gemeinwohl verpflichtete Ver-

waltung zu führen, Holzreserven zu mobilisieren, Beschäftigung im ländlichen Raum zu entwickeln und die Aufgaben nach dem Waldgesetz besser zu erfüllen. Nutzen Sie diese Chance!

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Es spricht die Abgeordnete Gregor.

Frau Gregor (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Brandenburger Wald und die Forstreform - Traum oder Albtraum? Ist der Brandenburger Wald eher Schatz oder eher Last? Führt die Forstreform eher zu Frust oder zu Lust? - Die aktuelle Debatte, die wir heute - durchaus zu Recht - führen, weckt eher alle negativen Assoziationen als Motivation, Engagement und Mut zu Neuem.

Seit der 2001 begonnenen Forstreform ist vieles passiert, was gut und richtig war, ist und bleibt. Die Brandenburger Forstverwaltung braucht ihr Licht unter keinen Scheffel - auch nicht unter den der Haushälter - zu stellen. Sicherlich sind mehr Dynamik und Fortentwicklung immer richtig. Aber ein Blick auf das Erreichte sowie die Bewertung der vorhandenen und noch zu hebenden Potenziale ist dabei ebenso wichtig und darf nicht aufgegeben werden.

Die Brandenburger Forstverwaltung ist nicht so schlecht, wie sie in der Öffentlichkeit - zum Teil auch von den eigenen Führungskräften - oft dargestellt wird. Deutlich wird das anhand des Wirtschaftsberichts der Landesforst von 2006. Ich zitiere daraus:

„... die Wirtschaftstätigkeit und Beschäftigung rund ums Holz im ländlichen Raum wächst, die Versorgung des Clusters ‚Forst und Holz‘ mit dem Rohstoff wächst, die Stabilität und Qualität des Landeswaldes als Vermögen des Landes wächst, und nicht zuletzt die Einnahmen für den Haushalt des Landes wachsen.“

Kurz und gut: Wald schafft Wachstum. Neben diesem Wachstum auf der einen Seite ist gleichzeitig die Forstreform auf der anderen Seite zu betrachten; denn auch dort sind alle wesentlichen Maßnahmen - das waren Kürzungsmaßnahmen - umgesetzt worden. Die Zuweisungen und Zuschüsse wurden im Zeitraum von 2001 bis 2005 von 81,8 auf 55,9 Millionen Euro gesenkt, das Personal von 3 267 auf unter 2 500, die Zahl der Ämter für Forstwirtschaft von 18 auf 10, die der Oberförstereien von 111 auf 72 und die der Reviere von 656 auf 504 reduziert. Die Einführung der Vollkostenrechnung und der Kosten- und Leistungsrechnung plus der jetzt produktbezogenen Zeiterfassung dienen dabei als Steuerungsinstrumente. Es gilt, diese weiterzuentwickeln und an ihnen festzuhalten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wie Sie daraus ersehen können, befindet sich die Landesforst in einem ehrgeizigen und umfangreichen Reformprozess. Diesen gilt es fortzuschreiben, sicherlich auch zu optimieren und weiterzuentwickeln, um - an dieser Stelle beuge ich mich in einen Dissens mit Frau Wehlan - die Vorgaben der Kabinettsvorlage zu erfüllen.

So weit, so gut und so richtig. Fortschreibung der Forstreform - ja. Weitere Strukturanpassungen - ja. Aber neben Struktur- auch Rechtsformwechsel - warum und wie zu begründen?

Die Projektgruppe hat sich anhand der für sie fixierten Prämissen mit den Stärken und Schwächen der bisherigen Reform und der Landesforst insgesamt gründlich auseinandergesetzt und dabei festgestellt: Nur eine wirtschaftlich leistungsfähige und behördlich erfolgreiche Forstverwaltung ist zukunftsfähig. Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit lassen sich aber nur mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, nicht gegen sie erreichen.

(Vereinzelt Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die ins Spiel gebrachte Anstalt öffentlichen Rechts wird als Bedrohung empfunden und wirft mehr Fragen auf, als sie zurzeit Antworten bietet.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Wie in allen Bereichen des Lebens sind auch hier Kommunikation, Vertrauen und Motivation Basis des Erfolgs. Davon sind wir allerdings noch weit entfernt.

Die Ausschussmitglieder haben sich deshalb auf einen gemeinsamen Antrag verständigt, in dem ein Mindestmaß an nachvollziehbaren Entscheidungskriterien gefordert wird, um notwendige Entscheidungen für uns gemeinsam nachvollziehbar und vor allen Dingen tragfähig darzustellen.

Auf der Grundlage von Benchmarking, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Aufgabenkritik und Rechtsformvergleich müssen wir mit den Beschäftigten eine tragfähige Struktur und eine Organisationsform finden, die die Umsetzung des Kabinettsbeschlusses bis 2015 sichern. Die Rahmenbedingungen - Gemeinschaftsforstverwaltung, kein Zuschuss mehr für die Bewirtschaftung, 42,4 Millionen Euro Zuschuss für den übrigen Bereich und die Personalzielzahl von 1 500 - gelten dabei als gesetzt. Auch unter diesen Rahmenbedingungen gilt es heute mehr denn je, unser Brandenburger Waldprogramm als Leitschnur unseres Handelns nicht aus dem Blick zu verlieren. Wir haben uns ein Leitbild gegeben; ich erlaube mir, daraus zu zitieren:

„Rund 1,1 Millionen Hektar Wald prägen den Charakter des Landes Brandenburg in besonderem Maße. Über 100 000 Waldbesitzer aller Eigentumsarten erhalten den Wald in einem vitalen und stabilen Zustand. Als Produzent unseres wichtigsten nachwachsenden Rohstoffes bietet er ein Potenzial an Arbeitsplätzen in der Forst- und Holzwirtschaft und trägt damit zur Entwicklung der ländlichen Räume bei.“

Das Forstrecht soll die Entwicklung von der nachhaltigen Forstwirtschaft hin zu einer Waldwirtschaft für nachhaltige Entwicklung unterstützen. An diesem Ziel ist der gesetzliche Rahmen auszurichten; Normen und Standards sind dabei auf das erforderliche Maß zu beschränken, müssen jedoch nachvollziehbar sein.

Die Landesforstverwaltung muss mit qualifiziertem Personalbestand im besonderen Maße zum Erhalt bisheriger und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Hierzu

gehören eine langfristige und offensive Personalpolitik sowie die wirksame Unterstützung der Personalentwicklung für andere Forstbereiche.“

In diesem Sinne und entlang dieses Leitbildes lassen Sie uns gemeinsam arbeiten - gemeinsam mit der Verwaltung, gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir als Ausschuss haben unsere Hand ausgestreckt und wollen den Prozess begleiten, wollen ihn auch mitgestalten. Wir werden ihn nicht nur zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die DVU-Fraktion. Es spricht der Abgeordnete Norbert Schulze.

Schulze (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Weiterführung der Forstreform ist ein Thema, welches die Beschäftigten in der Forstwirtschaft zweifellos bewegt und die Gemüter erregt. Um es jedoch gleich vorwegzunehmen: Unsere Fraktion tritt vehement und mit aller Konsequenz für eine allseitig fortschreitende Weiterentwicklung der Wirtschaft ein. Weiterentwicklung und Fortschritt sind nun einmal nur mittels Reformen zu erreichen. Man sollte auch berücksichtigen, dass Reformen oftmals unter dem Damoklesschwert der Geldknappheit zwingend notwendig sind. Wer davor die Augen verschließt, lebt in einer falschen Welt. Das sollte sich jeder Abgeordnete und jeder Bürger ins Stammbuch schreiben.

Es muss an dieser Stelle allerdings auch deutlich zum Ausdruck gebracht werden, dass nicht jede Reformidee gut sein und sich positiv auf die Entwicklung auswirken muss. Genau das gilt es im Zusammenhang mit der Forstreform zu ergründen und zu diskutieren. Dafür gibt es die entsprechenden Fachgremien im Ministerium und den Fachausschuss des Landtages.

Letztlich sollte eine Reform, in diesem Fall die Forstreform, auf eine gewisse Langlebigkeit ausgelegt sein. Das Gesamtpaket Forstreform gleich zu zerreden und zu verdammen, wie es DIE LINKE tut, ist wenig hilfreich.

(Beifall bei der DVU)

Eine solche Verhaltensweise ist rein populistisch und missachtet wirtschaftliche und finanzpolitische Aspekte.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Klocksinn [SPD])

An dieser Stelle betone ich mit allem Nachdruck, dass eine Reform auf der langen Bank genauso schädlich ist wie ihre Durchsetzung mit der Brechstange.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass unsere DVU-Fraktion in Bezug auf Fragen des Personalabbaus strikt für absolut sozial verträgliche Lösungen eintritt. Allein das Erzielen von finanziellen Einsparungen genügt uns nicht, weil ein Personalabbau oftmals eine außerordentliche Mehrbelastung des verbleibenden Personals nach sich zieht. Das wiederum ist in einem erheblichen Maße mit negativen Auswirkungen auf die Qualität verbunden.

Die wirtschaftlichen Aspekte wie die Bündelung der Forstbetriebe, die Unterstützung des Privatwaldes sowie die Forstaufsicht unter einem Dach und in diesem Zusammenhang eine generelle Verschlankung der Hierarchie sind durchaus nachvollziehbar. In dem am 19. Juni vom Minister vorgestellten Detailkonzept der brandenburgischen Forstreform wird eine wesentliche Aussage getroffen, nämlich die, dass der Landeswald nicht verkauft oder privatisiert wird. Das ist eine Aussage, welche wir mit Zustimmung zur Kenntnis genommen haben.

Hinsichtlich der Änderungen der Rechtsformänderung gibt es unseres Erachtens noch einen gewissen Klärungsbedarf. Ist die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts wirklich die effektivste Lösung? Nur weil Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern diesen Weg gehen, muss dies für Brandenburg nicht automatisch gut sein.

(Beifall bei der DVU)

Es ist eine Tatsache, dass unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen der einzelnen Bundesländer bestimmte Modelle nicht ohne weiteres übertragbar sind. Ein Vergleich der Varianten gibt sicherlich eine für alle annehmbare Antwort.

Abschließend betone ich hier nochmals mit aller Deutlichkeit: Wir sind grundsätzlich für Reformen, wenn es sich um Reformen im Interesse des Fortschritts zum Wohle und Nutzen der Bürgerinnen und Bürger handelt. Das gilt auch und besonders für die Brandenburger Forstleute.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Helm.

Helm (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutigen Reden bzw. die Meinungsbilder, die wir diesbezüglich auf anderen Veranstaltungen im Land wahrnehmen konnten, geben mir keine neuen Erkenntnisse über diese Situation. Es werden Ängste und Misstrauen mit falschen Behauptungen geschürt, egal von wem. Die Reaktion der Betroffenen ist natürlich entsprechend. Ich kann das nur als eine Mischung von Fachbezogenheit und Polemik darstellen.

Wir können uns die Frage stellen, ob wir dieses Spielchen weitertreiben wollen oder nicht. Ich sage hier klar und deutlich: Wir als CDU-Fraktion sind dazu nicht mehr bereit. Unser Okay gibt es nur für eine Vorlage, die auf exakten Analysen, exakten Aufgabenangaben und einer darauf fußenden Personalstruktur basiert.

Natürlich wäre es vorteilhaft gewesen, das Parlament frühzeitig in diese Situation einzubinden, zumal für diese Reform ein Errichtungsgesetz notwendig ist. Ansonsten möchte ich klarstellen, dass es natürlich Sache der Verwaltung ist. Es ist aber auch eine Frage der Taktik, Herr Minister, und daraus resultiert eine Unruhe.

Wenn ich mir die Vorlagen ansehe, stelle ich fest: Im März mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass es eine Anstalt des öffentlichen Rechts nicht gibt. Die Vorlage, die im Juni kam, favorisierte diese Einrichtung, jetzt wird die Entscheidung ver-

tagt. Man könnte das als „Jein“ bezeichnen. Diese Entscheidungen haben eine ganz kurze Halbwertszeit. Auch das irritiert.

Um das alles noch einmal nachzuvollziehen: Ich bin einer der dienstältesten Abgeordneten hier; seit 1990 bin ich in diesem Hause. Seit 1990 reformieren wir die Forstverwaltung. Das war notwendig, da der gesamte Wald im Land Brandenburg bis zur Wende zu 100 % vom Staat bewirtschaftet und verwaltet wurde. Wir haben heute eine ganz andere Eigentumsstruktur. Fast drei Viertel des Waldes sind im kommunalen und im Privatbesitz, rund 25 % im Landesbesitz, zum Teil im Bundesbesitz. Das sind ganz andere Eigentumsstrukturen mit allen Rechten und Pflichten, die dem Eigentümer verfassungsrechtlich zustehen. Daraus resultieren eine ganz andere Forststruktur und Zuständigkeit einer Landesforstverwaltung.

Ich möchte das einmal analysieren: Von den damals 10 000 Beschäftigten gibt es heute nur noch 2 600. Die letzte Forstreform hatte die Zielstellung, lediglich 2 300 Stellen zu erhalten. Wir sind bei 2 600 Stellen geblieben, haben also einen Überhang von 300 Stellen. Die neue Zielstellung besagt, dass nochmals 800 Stellen abgebaut werden sollen.

Nun kann man das natürlich diskutieren, wie man will. Grundsätzlich haben wir in der Forstverwaltung aber kein Rechtsformproblem, sondern ein Personalproblem. Hier wird einiges in der Zuständigkeit durcheinandergebracht. Wir brauchen hier also keine Debatte über die Rechtsform, sondern wir müssen eine Personaldebatte führen. Für mich als Unternehmer ist ganz klar und deutlich, dass das auf der Basis exakter Analysen der Aufgaben erfolgen muss.

Wir haben hier zwei verschiedene Paar Schuhe. Erstens geht es darum, den Personalbedarf aufgrund der pflichtigen und freiwilligen Aufgaben im Hoheitsbereich und bei der Bewirtschaftung des Landeswaldes zu klären. Zweitens gilt es zu klären, was mit dem überzähligen Personal passiert, wenn die Aufgabenkritik das ergeben sollte. Die letzte Frage betrifft die Entscheidung, in welcher Rechtsform bzw. in welcher anderen Rechtsform die Forstverwaltung weitergeführt wird. Diese Entscheidung steht aber an letzter Stelle; wir stellen das jedoch an die erste Stelle. Das ist eine völlig verkehrte Reihenfolge.

Wir als CDU-Fraktion haben uns mehr oder weniger mit der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts angefreundet, ohne uns festgelegt zu haben. Sicherlich gibt es dazu noch andere Meinungen. Dennoch muss endlich Ruhe in die gesamte Arbeit der Forstverwaltung einkehren. Das schaffen wir unter anderem dadurch, dass wir in einer Art Anstalt des öffentlichen Rechts Stabilität in den Personalbestand und in die Budgetierung hineinbringen sowie den politischen Zugriff der Landesregierung reduzieren.

Begehrlichkeiten sind vorhanden. Es handelt sich hier um ein enormes Eigentum. Nach dem jetzigen Verkehrswert haben die 270 000 ha Landeswald - eigentlich möchte ich nicht schätzen - einen Wert von 1,5 Milliarden Euro. Das weckt Begehrlichkeiten für den Erhalt oder aber für das Erschließen dieses Geldes. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden, vor allem wenn ich daran denke, dass insbesondere China Aktivitäten zeigt, deutschen Wald aufzukaufen. Warum gibt es wohl in diese Richtung Aktivitäten? Weil der deutsche Wald etwas wert ist und weiterhin eine hohe Wertsteigerung erfahren wird. - Diese

Aktivitäten müssen unterbunden werden. Übergeben wir den Forstgrundstock der Anstalt, besteht eine größere Sicherheit. Wir hätten kartellrechtlich weniger Probleme, Klarheit in Personal und Budget, mehr Handlungsfreiheit und Verantwortung sowie Rationalisierungseffekte. Zudem könnten die privatwirtschaftlichen Aspekte bzw. Mechanismen besser genutzt werden. Wer also die Anstalt öffentlichen Rechts als Teufelszeug darstellt, hat keine Ahnung. Das muss ich hier klar und deutlich sagen.

(Beifall der Abgeordneten Hartfelder [CDU])

Wenn verschiedene Parteien dann auch noch ihren Senf zu dieser Situation dazugeben, ist das Chaos perfekt. Dann brauchen wir uns nicht zu wundern.

(Dr. Klocksin [SPD]: Genau!)

Seit einigen Tagen gibt es eine neue Situation. Nach einem internen Gespräch zwischen Finanzminister, Agrarminister, Gewerkschaften und Hauptpersonalrat hat man sich darauf verständigt, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu bilden, die die Probleme noch einmal genauer untersuchen und entsprechend der Beschlusslage des Agrarausschusses eine Aufgabenkritik auf den Tisch legen soll. Wir sind dafür. Schließlich geht es darum, aus der Gemengelage genaue Zielstrukturen zu entwickeln.

Dennoch muss ich - insbesondere an die Adresse der Fraktion DIE LINKE gerichtet - fragen: Was machen Sie, wenn diese Aufgabenkritik zu der Schlussfolgerung kommt, dass noch zu viel Personal vorhanden ist? Fordern Sie dann trotzdem den Erhalt des Personalbestandes?

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Aber nein!)

Oder folgen Sie der Vorlage, dass weiter reduziert werden muss? - Das ist ja durchaus möglich. Da müssen wir natürlich weiterhin konsequent bleiben. Das fordern wir.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

- Ich glaube, Sie werden dann wieder völlig anders diskutieren.

Zudem frage ich klar und deutlich: Welche hoheitlichen Aufgaben sind es, die immer in den Vordergrund gestellt werden? Kann der Privatwaldbesitzer diese nicht genauso beachten und einhalten, wenn er erfolgreich wirtschaften will? Welche Aufgaben kann nur die Forstverwaltung bzw. der Förster ausüben? - Mich interessiert schon, wie diese hoheitlichen Aufgaben definiert sind. Im Waldgesetz ist das für mich nicht erkennbar.

Des Weiteren ergibt sich folgende Frage: Welchen Zeitaufwand pro Flächeneinheit benötigen wir dafür? - Unter den Waldbesitzern gibt es - wie in allen anderen Branchen - auch schwarze Schafe. Das verurteilen wir. Dennoch müssen wir zur Kenntnis nehmen und akzeptieren, dass im Bereich der privaten Waldbesitzer - insbesondere bei den größeren Betrieben - ausreichend forstwirtschaftlicher Sachverstand herangewachsen ist, mit dem diese Grundsätze sehr gut umzusetzen sind und mit dem der Einsatz und die Beratungstätigkeit des staatlichen Försters erheblich reduziert werden können, ohne diesen infrage zu stellen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Natürlich habe ich Verständnis für die Gewerkschaften, für die jeder Arbeitsplatzverlust ein schmerzlicher Verlust ist. Jedoch können neben diesen Rahmenbedingungen als Grundlage für die Aufgabenbereiche in der Forstwirtschaft letztlich nur die pflichtigen hoheitlichen Aufgaben inklusive einiger zusätzlicher Aufgaben sowie die Bewirtschaftung des Landeswaldes dienen. In diesem Bereich müssen wir uns am Markt orientieren. Unverständlich ist für mich, warum bei der Bewirtschaftung des Landeswaldes erst im Jahr 2014 die schwarze Null geschrieben werden kann, obwohl nahezu alle Forstwirtschaftsbetriebe im privaten Bereich das bereits jetzt tun können. Das muss mir erklärt werden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich weiß, wovon ich rede. Ich selbst bin privater Waldbesitzer und kenne die derzeit dort zu erzielenden Erlöse.

An die Mitarbeiter der Forstwirtschaft, an den Hauptpersonalrat und an die Gewerkschaften habe ich auch noch eine Empfehlung. Ich kann Tendenzen erkennen, dass die Reform möglichst auf die lange Bank geschoben werden soll. In der Verwaltungsebene wird das Stillstand der Rechtspflege oder Strategie der kleinen Schritte genannt. Demnach hätten wir eine Endlos-Diskussion. Das ist nicht zielführend.

Sicherlich gibt es auch diverse Meinungen dahin gehend, man sei verbeamtet und es könne einem nichts geschehen - nach der Devise: Der Beamtenrock ist zwar eng, aber warm. Daneben gibt es die Meinung, dass hier auch eine historische Besitzstandswahrung hineinspielt. Dabei stelle ich die Rolle des Försters bzw. Oberförsters nicht infrage. Dieser wird in der Fläche benötigt. Ob wir ihn jedoch aufgrund dieser historischen Entwicklung und diesem Bestand in der gegenwärtigen Situation noch so benötigen, muss hinterfragt werden. Auf diesem Gebiet müssen wir flexibel bleiben. Das sollte bei der Diskussion auch akzeptiert werden.

Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, wenn das Aktionsbündnis Brandenburger Wald formuliert: Der Wald braucht eine unabhängige Fachkompetenz und Fürsorge frei von einseitigem Kapitaldenken. - Meine Damen und Herren, wer so etwas niederschreibt, brüskiert alle privaten Waldbesitzer, die das genauso machen. Das weise ich grundsätzlich zurück.

(Beifall bei CDU und SPD)

Auf diesem Wege werden wir uns nicht einig. Es wird weiter Streit geben, wenn die Zuständigkeit und das Fachwissen aller Ebenen im Waldbesitz nicht anerkannt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Für die Landesregierung erhält Minister Dr. Woidke das Wort.

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Wehlan, die Forstreform in Mecklenburg-Vorpommern, die Ihre Partei mitgestaltet hat, war eine

neoliberale Forstreform. Eventuell hängt das damit zusammen, dass es damals die PDS war und heute DIE LINKE ist.

(Beifall bei SPD, CDU und der DVU)

In den vergangenen 17 Jahren haben wir in diesem Landtag so oft über die Forsten in Brandenburg diskutiert wie über kein anderes Thema. Möglicherweise geraten wir diesbezüglich mit der Bildung etwas in Bedrängnis. In jedem Fall haben die Forsten uns immer begleitet und waren dem Landtag ein treuer Begleiter in seiner Arbeit.

Damals erhielten wir Klagen, es sei unerhört, Reformen müssten her, was dort laufe, gehe nicht. Zudem bräuchten wir mindestens 6 000 bis 8 000 Leute. Wir alle sehen, dass diese Reformen, die durchgeführt werden mussten, notwendig waren und ohne betriebsbedingte Kündigungen stattgefunden haben. Auch das ist für die vergangenen 15 Jahre, denke ich, ein großer Wert in diesem Lande.

(Beifall bei SPD und CDU)

Zudem sehen wir alle, dass die Strukturen im Großen und Ganzen heute doch sehr gut funktionieren.

Die letzte strukturelle Forstreform endete im Jahr 2004. Die notwendige Konsolidierung des Landeshaushalts - diese steht hier, glaube ich, nicht zur Debatte - erfordert insbesondere im Bereich der Forsten - wie auch in der gesamten Landesverwaltung - ein Nachdenken darüber, wie man in Zukunft noch effizienter mit dem Geld des Steuerzahlers im Land Brandenburg umgehen kann. Schließlich handelt es sich bei dem eingesetzten Geld nicht um einen Zuschuss, der von den Bäumen fällt, sondern um Geld des Brandenburger Steuerzahlers. Aufgrund dessen sollte sich der Landtag intensiv damit beschäftigen, dass dieses Geld effizient eingesetzt wird und die Ziele sowie die Effektivität für diese Verwaltung erreicht werden, damit der Steuerzahler am Ende sagen kann: Ich bin mit meinem Landtag sehr zufrieden. Er achtet darauf, dass meine Steuergroschen vernünftig verwandt werden. - Dies sollte nicht vergessen werden.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vor diesem Hintergrund muss es nicht nur für die Landesregierung oder die Landesverwaltung, sondern vor allem auch für den Landtag das oberste Ziel sein, eine Struktur aufzubauen, die über Jahre Bestand hat und zugleich eine effiziente Struktur darstellt. Diese Struktur, die über Jahre hält, ist das Beste, was den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesforstverwaltung passieren kann. Ich kann nachvollziehen, dass man müde ist, permanent mit Reformdiskussionen konfrontiert zu werden. Es ist aber auch eine Folge der kleinen Schritte. Der kleinste gemeinsame Nenner, den man häufig gefunden hat, hieß: Wir machen nur kleine Schritte. - Wenn man nur kleine Schritte macht, um Ziele zu erreichen, dann muss man viele Schritte machen, um an das Ziel zu kommen; im Gegensatz zu großen, mutigen Schritten.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Mit der Verabschiedung der Eckpunkte für die Reform der Landesforstverwaltung sind erstmalig in der Geschichte des Landes Brandenburg die Rahmenbedingungen für die Weiter-

entwicklung der Forsten bis zum Jahre 2015, also über einen relativ langen Zeitraum, festgeschrieben. In diesem engen Korsett müssen wir die Arbeitsfähigkeit der Landesforstverwaltung für die kommenden Jahre sichern, und ich möchte mich für die Sicherung der mittelfristigen Rahmenbedingungen noch einmal recht herzlich beim Finanzminister bedanken. In der Vergangenheit war das mit anderen Finanzministern in diesem Punkt nicht immer ganz so einfach.

Wir haben den Beschäftigten gesagt, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen gibt. Das spielt keine Rolle mehr in der Debatte. Das muss ich hier noch einmal ganz deutlich sagen, weil immer der Eindruck entsteht, dass den Leuten erzählt wird, es wäre nicht so. Es gibt keine betriebsbedingten Kündigungen, sondern einen sozialverträglichen Umgang mit dem Personal.

Das Landesforstvermögen - darauf hat Kollege Helm schon hingewiesen - bleibt erhalten. Dann kommt man zu der Frage, in welcher Rechtsform man diese Bedingungen, die Konditionen, die am Rande stehen, am besten umsetzen kann. Einen großen Vorteil hat eine Anstalt gerade für diesen Landtag: dass er selbst das Gesetz beschließen, alle mit ins Boot nehmen und dieses Gesetz von Anfang bis Ende durchdeklinieren kann; denn nicht die Verwaltung beschließt ein Errichtungsgesetz, sondern dieser Landtag.

Ich verstehe nicht, warum Sie sich nicht in die Verantwortung nehmen lassen wollen, Frau Wehlan. Sie können sich bei Ihren Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern erkundigen. Dort war die Linkspartei.PDS konstruktiv daran beteiligt. Das Errichtungsgesetz wurde mit den Stimmen der Linkspartei.PDS in Mecklenburg-Vorpommern verabschiedet. Der Landtag kann und sollte hier auch mit in die Verantwortung gehen. Alle anderen Modelle geben das leider nicht in diesem Maße her.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten eine relativ hohe Geschwindigkeit vorgelegt. Es gab die Diskussion, wer zuerst zu informieren ist. Sind es die Personalräte, die Gewerkschaften, die Beschäftigten, oder ist es der Landtag? Das ist eine permanente Diskussion, mit der ich auch leben kann. Allerdings, lieber Kollege Helm, ist es natürlich schwierig, einen Gesetzentwurf kursieren zu lassen, bevor man überhaupt einen Grundkonsens über die Richtung erzielt hat. Daran sollten wir arbeiten. Natürlich heißt das nicht: Stillstand der Rechtspflege, sodass keiner daran arbeiten darf. Das ist wieder etwas anderes.

Was wir nicht vergessen sollten, ist, dass die Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz auch und gerade vor dem Hintergrund der Entwicklung des Landeshaushalts neben den sozialen Belangen der Beschäftigten mit betrachtet werden muss und dass die bessere, flexiblere Marktteilhabe bei gleichzeitiger Beibehaltung der Gemeinschaftsforstverwaltung ebenfalls ein wichtiger Punkt ist. Diese Kriterien stehen für mich weit über der Entscheidung für den Mantel, der drumherum gelegt wird. Wie diese Rechtsform am Ende heißt, das sollte die Funktion entscheiden und nicht die Ideologie.

Gerade weil wir unseren Beschäftigten viel zumuten müssen, möchten wir sie in diesen Prozess einbeziehen. Wir haben den Gewerkschaften ein Angebot unterbreitet. Übrigens bestand dieses Angebot schon letztes Jahr, aber es wurde aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Vielleicht erinnern Sie sich an die

Demonstration, die im Dezember letzten Jahres hier vor der Tür stattgefunden hat. Wenn ich mich recht entsinne, ging es um Weihnachtsgeld. Dann gab es eine Debatte um betriebsbedingte Kündigungen. Die Gewerkschaften haben aus diesen Gründen bisher Gespräche abgelehnt.

Deswegen bin ich froh, dass das Angebot, das wir den Gewerkschaften jetzt gemacht haben, angenommen wurde. Am 18. Juni und am 2. Juli fanden die Gespräche mit IG BAU, ver.di, dem Bund Deutscher Forstleute und der Tarifunion des Deutschen Beamtenbundes statt. Dieter Helm ist darauf eingegangen. Der Finanzminister und ich haben uns mit den Gewerkschaften zusammengesetzt, und wir sind jetzt auf offene Ohren gestoßen. Allerdings benötigen die Gewerkschaften konkretere Aussagen darüber, in welchen organisatorischen Strukturen - diese Strukturveränderungen in der Fläche sind unumgänglich, Frau Wehlan, und haben mit der Rechtsform erst einmal überhaupt nichts zu tun -

(Zuruf der Abgeordneten Wehlan [DIE LINKE])

mit dem zukünftig zur Verfügung stehenden Personal die Aufgaben der Landesforstverwaltung wahrgenommen werden können.

Auch uns ist in der Diskussion klar geworden, dass wir noch weitere Vorarbeiten leisten müssen, nicht unbedingt um eine Rechtsformdebatte vorzubereiten, sondern um die Überleitung in effizientere Strukturen und die Einhaltung der Eckpunkte in Zukunft garantieren zu können. Wir müssen eine Struktur ausarbeiten, in der sich jeder der jetzigen Beschäftigten wiederfinden kann und mit der wir für die Regionen Antworten auf die Fragen geben können: Wo werden wir Forstbedienstete mit welchen Aufgaben finden? Wie werden diese Aufgaben dann in der Fläche wahrgenommen? - Dann werden sich viele Fragen, die eine große Zahl von Beschäftigten zu Recht umtreiben, beantworten lassen.

Auch der Agrarausschuss hat deutlich gemacht, dass er vor einer Entscheidung über eine Rechtsform zunächst eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, eine vergleichende Analyse der Forstverwaltung der neuen Bundesländer und eine Darstellung der künftigen Aufgaben der Landesforstverwaltung, die berühmte Aufgabenkritik, sehen möchte. Ich möchte hier aufnehmen, was Dieter Helm gesagt hat: Mit dieser Aufgabenkritik kann ich natürlich Roland Berger beauftragen. - Ich glaube nicht, dass wir im Jahre 2015 weit über 1 500 Personen liegen werden. Ich glaube eher, dass dann hier in diesem Hause eine ganz andere Debatte geführt werden muss.

Abgesehen von diesen Fragen, die wir abarbeiten werden, bin ich froh, dass jetzt eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit den Gewerkschaften gebildet wird. Diese Arbeitsgruppe ist paritätisch besetzt. Es werden sich sechs Vertreter der Landesverwaltung und sechs Vertreter von Interessenvertretungen schnellstmöglich treffen. Es ist vereinbart, dass das Ganze noch vor der Sommerpause stattfindet. Die Konstituierung soll schon in der nächsten Woche sein. Dann wird diese Arbeitsgruppe ihre Arbeit paritätisch aufnehmen. Gegenstand der Arbeit soll eine mögliche Verständigung mit den Gewerkschaften, also mit den Beschäftigten, über die Struktur, die Rechtsform und den Aufgabenkatalog der Forsten in den Bereichen der Landeswaldbewirtschaftung sowie der hoheitlichen und gemeinwohlorientierten Aufgaben sein.

Dieses Angebot machte die Landesverwaltung den Gewerkschaften. Ich hoffe, dass uns, wie vereinbart, Ende September die Ergebnisse vorliegen und wir diese dann hier sowie im Agrarausschuss diskutieren werden. Ich denke, die Forstreform wird uns weiterhin noch ein bisschen beschäftigen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Damit erhält das Wort noch einmal die antragstellende Fraktion. Es spricht die Abgeordnete Wehlan.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Herr Minister Woidke, ich hatte eigentlich gehofft, dass Sie nicht die tiefste bzw. letzte Schublade bemühen, nämlich die der Regierungsverantwortung der Fraktion DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern. Sie sprechen unwahr. Bleiben Sie doch einmal bei den Tatsachen. Auf der Agenda der Sozialdemokratie in Mecklenburg-Vorpommern stand die Forstreform und die Anstalt öffentlichen Rechts. Auf der Agenda der Sozialdemokratie war auch ein deutliches Signal, dass diese Themen mit der CDU zu handeln sind. Die Einflussnahme der Linkspartei hat dafür gesorgt, dass eine Gutachterexpertise und ein Variantenvergleich Grundlage für die Anstalt öffentlichen Rechts waren. - Sie nicken. Ja, das gehört dazu, aber Sie lassen einfach Sätze weg, die deutlich machen, dass man mit dem Thema Forstreform und Strukturveränderung auch anders umgehen kann.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Der Einfluss der Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern hat dafür gesorgt, dass Tariftreue und Rückkehrklausel in überführte Arbeitsverträge Eingang gefunden haben. Die Linkspartei hat dafür gesorgt, dass die Struktur der Einheitsforstverwaltung Gegenstand der Strukturveränderung war.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Sie hat dafür gesorgt, dass eine Gemeinwohlorientierung fixiert wurde. Sie hat dafür gesorgt, dass Sitze der Landtagsabgeordneten im Aufsichtsrat fixiert wurden. Sie hat dafür gesorgt, dass Tariftreue bei der Neueinstellung zum Gegenstand der Festlegungen wurde.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Das sind Tatsachen, die Sie nicht einfach weglassen können, wenn Sie über die Regierungsverantwortung der Partei DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern reden. Darum bitte ich Sie.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Wir sind im Agrarausschuss in der sachlichen Auseinandersetzung - wohin wir Sie ja zurückgeholt haben, wenn Sie ehrlich sind -, Frau Gregor, sehr nahe bei Ihnen. Es geht um eine sachliche Auseinandersetzung. Ich kann Sie beruhigen: Bei uns passt da keine Zeitung dazwischen.

Auch wir stellen die Strukturveränderung hin zu einer Anstalt öffentlichen Rechts infrage. Ich habe in meinen Ausführungen

deutlich gemacht, warum wir das tun. Betrachtet man die Personalentwicklung in diesem Bereich, geht es letztendlich nach Abzug des natürlichen Abbaus um eine Personalzielzahl von 365 Stellen ab dem Jahr 2015 bis 2021; in Geld ausgedrückt um 7 Millionen Euro in einem Zeitraum von sechs Jahren, den wir nach dem heutigen Wissensstand für die Zukunft noch nicht präsent haben.

Wir vertreten den Standpunkt, dass sich diese Differenz in Anbetracht der aktuellen Holzmarktentwicklung problemlos über die Einnahmen kompensieren lässt. Deshalb bleibt die Frage, Herr Helm, was die Landesregierung überhaupt bewogen hat, das ganz große Rad zu drehen, zumal die durch die Projektgruppe beschriebenen Führungsschwächen und Potenziale als Reserven im System ausgemacht wurden. Deshalb also auch die Frage: Wozu eine Rechtsformänderung? Diese Frage ist überhaupt noch nicht beantwortet. Ihre Argumente waren ja auch mehr von Polemik als von wirklichem Erkenntniszuwachs getragen. Ich habe jedenfalls von Ihnen auch keine anderen Argumente wahrnehmen können als die, die wir schon im Ausschuss reflektieren durften. Sie haben sich deshalb ja auch keiner anderen Arbeit zuwenden wollen und die Anträge abgelehnt.

Wozu die Entflechtung der Zuständigkeit im Landeswald? Wieso der Rückzug aus der Fläche? Wieso die Entkopplung der Vorgaben der Personal- und Finanzentwicklung? Wieso eine Verkaufsoption im Detailkonzept für den Finanzminister zum Landeswald? Wieso keine Regelung zur Verlängerung des Preußenmoratoriums über das Jahr 2009 hinaus? Es ist für Sie sicherlich nichts Neues, Herr Helm, wenn ich Ihnen sage, dass sich sehr hartnäckig der Eindruck aufdrängt, dass dadurch eine Privatisierung des Landeswaldes erleichtert werden soll. Nicht wir schüren die Ängste, Herr Helm, sondern die Hü-und-hott-Politik der Landesregierung, die Sie ja unterstützen und die von zu wenig Transparenz und Sachkunde getragen ist.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE - Helm [CDU]: Das ist doch Unsinn, was Sie erzählen!)

Ja, Frau Gregor, auch wir haben das Zitat aus der Broschüre „Aktueller Stand der Forstreform“ der Landesverwaltung sehr deutlich vernommen. Die Umsetzung - so wird dort geschrieben - der definierten Ziele wird in Teilbereichen erschwert, weil Führungskräfte ihre Führungsverantwortung noch nicht ausreichend wahrnehmen und unzureichend ihre Vorbildwirkung entfalten. Dies führt zur Demotivation bei den Beschäftigten und damit zu erheblichen betrieblichen Risiken. Es bedarf weiterer erheblicher Anstrengungen, um die Umsetzung der Reform zu gewährleisten. - Das wird selbst sozusagen recherchiert und als Reserve deutlich herausgearbeitet.

Zusammengefasst bedeutet das für uns: zielgerichtete Ausschöpfung der bestehenden Reserven, Abstellung von Mängeln und Defiziten in der Führung und Fortentwicklung und Anpassung der bestehenden Grundstruktur an örtliche Erfordernisse. Ja, wir sind auch für Veränderungen, wenn das aufgrund der örtlichen Gegebenheiten erforderlich ist; aber wir meinen, dass diese weiteren finanziellen Zielvorgaben im System umgesetzt werden können, weil andere Aussagen uns diesbezüglich keine andere Aufhellung geben. Es besteht aus gegenwärtiger Sicht keine hinreichende Sicherung für die vorgeschlagenen Maßnahmen des Personalabbaus und der Strukturveränderung.

Das ist unsere Antwort auf die Forstreform, Herr Helm. Wie können Sie heute die Frage stellen, wenn die Zahlen noch geringer sind, als sie akquiriert worden sind? Auf welcher Grundlage soll denn das erfolgen, wenn nicht einmal die jetzigen Zahlen auf der Grundlage einer Aufgabenkritik recherchiert wurden? Wir drehen uns doch im Kreis, Herr Helm. Jeder spricht so, wie es anscheinend in sein Konzept passt. Der Vorwurf, dass sich die Parteien zu sehr einmischen, trifft möglicherweise auch auf Sie bzw. Ihre Partei zu.

Die Aussagen, Herr Minister, von Vertretern Ihrer obersten Forstbehörde bei der gegenwärtigen Bereisung der Forstdienststellen über die angeblichen Vorgaben der Politik, die umzusetzen seien, sind schlichtweg falsch. Mir scheint, dass hier der Landtag als Souverän vor den Karren der obersten Forstbehörde gespannt werden soll. Da machen wir nicht mit.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Herr Helm, für Ihre weitere Arbeit gestatten Sie mir, noch einmal auf die Einnahmeseite zurückzukommen; denn wir sind ja sehr bemüht, uns mit den konkreten Fragen auseinanderzusetzen. Ich hatte bereits von dem Fehlbetrag von 7 Millionen Euro in den Jahren 2015 bis 2021 gesprochen. Im Zwischenbericht steht dazu: Der Zuschussbedarf konnte deutlich abgesenkt werden, weil das vorhandene Personal in erheblichem Umfang zusätzliche Einnahmen aus Holz und Holzprodukten sowie eine Wertschöpfungssteigerung erzielt hat. Im Betrachtungszeitraum konnte so eine Tarifsteigerung von 14 % ohne entsprechenden Mehrbedarf im Zuschuss aufgefangen werden. - Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen. Man muss diesen Bericht nur einmal lesen. Insbesondere im Bereich Holzmobilisierung und Privatwaldbetreuung bestehen deutliche Reserven.

Lassen Sie uns also über die Reserven im System reden, über eine Aufgabenkritik, wozu die Gemeinwohlleistungen gehören, Herr Helm. Im Ausschuss haben Sie sich sehr offen für eine solche Diskussion gezeigt. Heute spielt das Thema Gemeinwohlleistung bei Ihnen schon gar keine Rolle mehr.

Wir haben also die Bitte an Sie, Herr Minister: Verlassen Sie Ihren Stil „von oben“. Eine Arbeitsgruppe mit den Beschäftigten kann ja auch dazu dienen, den Minister wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Minister steht auf den Füßen, hat noch Redezeit und möchte diese wahrnehmen.

Minister Dr. Woidke:

Wir haben ja, liebe Frau Wehlan, mit den Abrüstungsverhandlungen begonnen, auch zum Thema Forstreform, worüber ich sehr froh bin. Ich würde darum bitten, dass in Zukunft alle Dinge, die nicht den Tatsachen entsprechen und die Sie leider eben wieder genannt haben, richtiggestellt werden. Sie haben hier zum wiederholten Male behauptet, der Landeswald solle verkauft werden, weil es die Option gebe, dass man sich mit Genehmigung des Finanzministers - natürlich bei Arrondierungs-, Tausch- oder ähnlichen Fragen - auch einmal von ein oder zwei Hektar trennen könne. Diese Situation ist übrigens auch im Preußenmoratorium

berücksichtigt. Aber es gibt einen Kabinettsbeschluss, an den ich hier noch einmal erinnern möchte, weil Sie das ein wenig durcheinanderbringen. Das kann ja mal vorkommen, macht nichts. In dem Kabinettsbeschluss steht der Satz: Das Landesforstvermögen bleibt erhalten.

Wenn Sie eine bessere Absicherung dieses Kabinettsbeschlusses wollen, müssen Sie eigentlich ein Gesetz wollen. Dann kann dieser Landtag per Gesetz beschließen: Das Landesforstvermögen bleibt erhalten. - Wenn darüber Konsens besteht, können Sie es in das Gesetz schreiben. Dann kann die Verwaltung machen, was sie will. Sie wird niemals ein Gesetz brechen, übrigens auch nicht der Finanzminister, genauso meine Wenigkeit.

(Minister Speer: Niemals!)

Wir alle sollten uns die Zeit nehmen - heute ist die letzte Landtagssitzung vor der Sommerpause - und in Ruhe einmal durchatmen und nachdenken. Dann sollten wir abwarten, welche Empfehlungen uns die Arbeitsgruppe, die sehr gut besetzt sein wird, im September auf den Tisch legt, und sollten uns dann in diesem Hohen Hause, aber natürlich auch in den Fachgremien, damit beschäftigen. Ich denke, dass wir zum Ende des Jahres, wie wir das schon oft praktizierten, einen guten Kompromiss erzielen werden. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde. Ich schließe Tagesordnungspunkt 1.

Gleichzeitig begrüße ich neue Gäste im Landtag Brandenburg, Schülerinnen und Schüler des Städtischen Gymnasiums Fürstenwalde „Werner Seelenbinder“. Herzlich willkommen und einen spannenden Vormittag für euch!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Fragestunde

Drucksache 4/4813

Drucksache 4/4765

Es liegt die **Dringliche Anfrage 43** (Lage auf dem Lehrstellenmarkt) vor, die von der Abgeordneten Lehmann gestellt wird.

Frau Lehmann (SPD):

Pressemeldungen von Anfang der Woche erwecken den Eindruck, als befänden sich Ende Juni mehr als 27 500 Jugendliche in Brandenburg auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Die Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden sei gegenüber Ende April um mehr als 4 000 Personen gestiegen.

Ich frage die Landesregierung: Treffen diese Angaben zu?

Präsident Fritsch:

Staatssekretär Alber wird auf diese Frage antworten.

Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Lehmann, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie Gelegenheit geben, hier einiges zurechtzurücken; denn hierbei handelt es sich wieder einmal um einen Fall von Zahlenspielererei. Ich denke, es ist dem Ausbildungsgeschehen nicht zuträglich, wenn hier mit solchen Zahlen Stimmung gemacht wird.

Die Behauptung in den Pressemeldungen, dass Ende Juni noch mehr als 27 500 Jugendliche eine Lehrstelle suchen, ist in dieser Form irreführend und vermittelt ein völlig falsches Bild. Nach den Daten der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit haben sich zwar bis Ende Juni 27 555 Jugendliche bei den Agenturen für Arbeit und bei den Trägern der Grundsicherung als Bewerberinnen und Bewerber für eine Ausbildungsstelle gemeldet. Von diesen waren nach Angaben der Bundesagentur zu diesem Zeitpunkt allerdings schon 13 522 Jugendliche versorgt. Damit ist mit Stand von Ende Juni noch über 14 033 Jugendliche zu reden, die nach den Statistiken der Bundesagentur eine Ausbildung nachfragen. Für diese jungen Menschen werden auch in diesem Jahr in Brandenburg, und zwar auch dank des Ausbildungskonsens im Lande, ausreichende Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Wie sehen diese Angebote aus? - Der Landesausschuss für Berufsbildung, in dem die Sozialpartner vertreten sind, rechnet in diesem Jahr mit der Bereitstellung von ca. 10 300 betrieblichen Ausbildungsplätzen durch die Wirtschaft. Nach vorläufigen Zahlen der Kammern wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres schon ca. 3 500 betriebliche Ausbildungsverträge bei den Kammern eingetragen. Bis zum Ende des Jahres ist demnach, und zwar auch angesichts der guten Konjunktur, mit mindestens ca. 6 800 zusätzlichen neuen betrieblichen Ausbildungsverträgen zu rechnen.

Mit dem Beginn des neuen Ausbildungsjahres 2007/08 werden im Übrigen in den Berufsfachschulen des Landes insgesamt ca. 4 600 vollzeitschulische Ausbildungen in Sozial- und Assistentenberufen nach Landesrecht angeboten.

Außerdem wird in Brandenburg in 17 Fachberufen des Gesundheitswesens ausgebildet. Für 2007 sind in diesen Berufen insgesamt ca. 1 300 Angebote vorgesehen.

Zusätzlich stellt die Landesregierung mit dem Ausbildungsplatzprogramm Ost 2007 gemeinsam mit dem Bund insgesamt 3 645 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Vermittlung dazu beginnt im August. Die Auswahl von Ausbildungsberufen in diesem Programm richtet sich auch nach dem Bedarf der Branchenkompetenzfelder.

Somit können die bis Ende Juni gezählten 14 033 unversorgten Jugendlichen gegenwärtig zwischen ca. 16 345 Ausbildungsangeboten wählen. Dabei sind die außerbetrieblichen Ausbildungsangebote für Benachteiligte nach SGB III in dualer Ausbildung durch öffentliche Förderung noch gar nicht mitgezählt. Die kommen also noch hinzu.

Wenn man mit Zahlen zum Ausbildungsbedarf operiert, sollte man deshalb immer gleichzeitig auch die Anzahl der versorgten Jugendlichen wie auch das vorhandene, noch unbesetzte

Ausbildungsplatzangebot benennen, um nicht eine große Ausbildungsplatzlücke zu suggerieren, die es gar nicht gibt.

Wie funktioniert im Übrigen der Ausbildungsstellenmarkt? Dazu an dieser Stelle vielleicht auch noch einige Worte.

Die aktuelle Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber sagt nichts über die Größe eines eventuellen Defizits an Ausbildungsplätzen aus; denn im Gegensatz zum Arbeitsmarkt ist der Ausbildungsmarkt nicht auf einen umgehenden Ausgleich von Angebot und Nachfrage gerichtet. Vielmehr orientieren sich Jugendliche und Ausbildungsbetriebe am regulären Beginn der Ausbildung im August und September. Deshalb gibt es jetzt nur eine Momentaufnahme. Die Stunde der Wahrheit kommt dann im Herbst. Das in der Presse zitierte Zahlen-spiel ist also auch angesichts der Funktionsweise des Ausbildungsmarkts nicht sachgerecht.

Gestatten Sie mir ein letztes Wort zu den Ausbildungschancen in Brandenburg. Mit der demografischen Entwicklung und dem mittelfristig steigenden Bedarf an Fachkräften in Brandenburg werden die Ausbildungschancen für Jugendliche hier immer besser. Ihnen stehen qualitativ und quantitativ anspruchsvolle Ausbildungsangebote zur Verfügung. Man muss es ihnen aber auch sagen und sollte sie nicht demotivieren, indem man die Situation auf dem Ausbildungsmarkt schlechtredet.

Präsident Fritsch:

Die Fragestellerin hat weiteren Informationsbedarf. - Bitte, Frau Lehmann.

Frau Lehmann (SPD):

Ich möchte mich zunächst einmal für die Beantwortung der Anfrage bedanken, insbesondere dafür, dass Sie dabei noch einmal herausgearbeitet haben, wie der Ausbildungsmarkt funktioniert, weil wir in jedem Jahr - in jedem Jahr! - vor der gleichen Situation stehen: Kurz vor der Sommerpause verkündet DIE LINKE den Untergang des Abendlandes, und jedes Jahr im Oktober können wir dann sagen: Der Ausbildungspakt funktioniert.

(Unruhe bei der Fraktion DIE LINKE - Zurufe: Fragen!)

Meine Frage: Mein Lieblingssender ist Info-Radio - das war der kleine Werbeblock. Auch heute Morgen habe ich wieder Info-Radio gehört. In der Sendung ist der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks mit dem Hinweis zitiert worden, dass die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge bundesweit gestiegen ist - außer in Brandenburg.

Herr Staatssekretär können Sie dazu etwas sagen?

Staatssekretär Alber:

Gern. Auch wir hören Info-Radio

(Heiterkeit - Schulze [SPD]: Herr Präsident, wir verlangen die Offenlegung der Werbeverträge! - Erneut Heiterkeit)

und haben diese Meldung heute Morgen auch vernommen. Die Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Wir haben das heute

Morgen verifizieren lassen, und es wurde festgestellt, dass diese Aussage, die auf eine Äußerung des Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks gegenüber der „Passauer Neuen Presse“ zurückgeht, nicht richtig ist. Vielmehr ist es so: Auch in Brandenburg hat die Zahl der Ausbildungsverträge sowohl nach den Angaben der IHK als auch nach den Angaben des Handwerks zugenommen. Ich kann hier die korrekten Zahlen nennen: Im Handwerk wurde eine Zunahme bis Ende Juni 2007 um 89 - das ist ein Plus von 12,5 % - und in Industrie und Handel um 308 - das ist ein Plus von 11,9 % - festgestellt. Das ist die Wahrheit!

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Es gibt weiteren Fragebedarf. Der Abgeordnete Görke möchte noch etwas wissen.

Görke (DIE LINKE):

Ich hätte viele Nachfragen, Herr Staatssekretär, kann aber nur zwei an Sie richten.

Wollen Sie ernsthaft behaupten, dass die Zahlen der BA, die Sie eben zu interpretieren versucht haben und die ich heute auch über Info-Radio gehört habe - da ich das einmal schwarz auf weiß haben wollte, habe ich mir diese Statistik der BA heute beschafft -, irreführend sind, dass die Entwicklung bei den gemeldeten Ausbildungsstellen in Brandenburg im Vergleich zu anderen Ländern nicht wie folgt aussieht:

„Brandenburg“

- sehr richtig, Frau Kollegin Lehmann -

„minus 15 %, Berlin plus 4,5 %,“

(Zurufe: Fragen!)

„Sachsen-Anhalt Stagnation, Thüringen plus 5,8 % und Sachsen 35,5 %“?

Wie bewerten Sie diese Zahlen?

Staatssekretär Alber:

Dem, was ich bereits vorgetragen habe, habe ich im Grunde genommen nichts hinzuzufügen. Ich möchte aber noch etwas erläutern: Die BA kann nur die Zahlen bekannt geben, die bei ihr eingespielt sind. Dabei müssen Sie bedenken, dass der Einschaltungsgrad der BA in den letzten Jahren ständig zurückgegangen ist. Es gibt hier einen Markt, der gar nicht mehr bei der BA, sondern außerhalb der BA besteht.

(Frau Lehmann [SPD]: Richtig!)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Hesselbarth möchte eine Nachfrage stellen.

Frau Hesselbarth (DVU):

Wie viele Ausbildungsplatzsuchende gibt es noch aus dem Vorjahr?

Staatssekretär Alber:

Die Altbewerber sind hier mit einbezogen. Selbstverständlich ist es so, dass sich in diesem Markt immer auch eine Anzahl

von Bewerbern befindet, die sich schon im letzten Jahr beworben haben und die, aus welchen Gründen auch immer, keinen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben. Diese sind in der Zahl, die ich vorhin vorgetragen habe, aber schon einbezogen.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir kommen zu den regulären Kleinen Anfragen und beginnen mit den **Fragen 1315** (Niedriglohnland Brandenburg) und **1316** (Rückwärtsgewandte Imagepflege), die sich auf den gleichen Gegenstand beziehen und, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, gemeinsam beantwortet werden. Als Erster stellt der Abgeordnete Dr. Klocksinn die Frage 1315.

Dr. Klocksinn (SPD):

Die Landesregierung wirbt auf der Internetseite www.capitalregion.de mit dem Hinweis:

„Bei hoher Qualifikation der Arbeitnehmer liegen die Arbeitskosten im verarbeitenden Gewerbe um bis zu 38 % niedriger als im Westen Deutschlands ...“.

Ich frage die Landesregierung: Ist sie der Auffassung, dass Brandenburg als Niedriglohnland für Unternehmensansiedlungen attraktiver ist?

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Görke stellt die Frage 1316.

Görke (DIE LINKE):

In einem Zeitungsinterview vom 25. Juni 2007 hat sich Brandenburgs Arbeitsministerin Frau Ziegler kritisch zur Werbung mit Niedriglöhnen durch das Wirtschaftsministerium geäußert. Sie hat sich damit auch unserer Auffassung angeschlossen. Sie fände es schade, so heißt es wörtlich, „wenn das Wirtschaftsressort mit niedrigen Löhnen wirbt und damit eine rückwärtsgewandte Imagepflege betreibt. Das bringt uns nicht weiter.“ Dagegen hat Wirtschaftsminister Junghanns die Darstellung Brandenburgs als Niedriglohnstandort auf der Internetpräsentation seines Ministeriums unter anderem in der Fragestunde der letzten oder vorletzten Landtagssitzung verteidigt.

Ich frage die Landesregierung: Welche der beiden gegensätzlichen Positionen entspricht der offiziellen Auffassung?

Präsident Fritsch:

Die Meinung der Landesregierung verkündet uns der Wirtschaftsminister.

Minister für Wirtschaft Junghanns:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Klocksinn, sehr geehrter Herr Görke, wir haben uns mehrere Male mit diesem Thema befasst. Es wurde auf der letzten Sitzung des Wirtschaftsrates unter Einbeziehung von Herrn Dr. Stronk als Geschäftsführer der ZukunftsAgentur in detail beleuchtet. Es ist auch kein neuer Umstand oder keine neue Situation hinzugekommen. Ich möchte trotzdem mit dem Zeitungsartikel beginnen.

Wenn Sie es auch nicht glauben, ich arbeite mit meiner Kollegin Ziegler insbesondere bei den Themen Arbeitsmarkt, Ansiedlung, Fachkräftesicherung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit außerordentlich gut zusammen, und es ist ausweislich

der wirtschaftlichen Entwicklung, die wir in diesen Tagen schon einmal resümieren konnten, wirklich auch eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Wir bewerben Brandenburg nicht als Billiglohnland. Das ist eine Auslegung, die ich von verschiedenen Seiten schon zum wiederholten Male gehört habe. Mit der Wiederholung wird es nicht besser. Ausweislich der Dokumente, die zitiert werden, und der ausführlichen Diskussion, die wir geführt haben, werben wir mit Kompetenz und mit Standortfaktoren, und zwar in der Studie und auch in der Internetplattform. Die Botschaft unserer Werbung ist, dass wir ein Standort mit Kompetenz und mit Dynamik sind und dass sich Arbeitsplätze in Brandenburg mit einem günstigen Kosten-Nutzen-Verhältnis realisieren lassen.

Was Sie arbeitskostenseitig/lohnseitig ansprechen, ist kein Hebel, den Arbeitsministerin Ziegler oder Wirtschaftsminister Junghanns in der Hand haben, sondern das ist ausweislich guter nationaler Regelung Gegenstand der Tarifpartner. Auch wenn wir in Brandenburg keine vergleichbare Tarifbindung wie in Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen haben, bewegen sich viele, die nicht tarifgebunden sind, in Anlehnung an die tariflichen Regelungen.

Es geht bei dieser Darstellung - ich möchte es noch einmal auf den Punkt bringen - um die Fakten, die im Wettbewerb der Standorte nachgefragt werden. Wir haben ein grundlegendes Interesse daran, die Fakten zusammenzutragen und interessierten Investoren von nah und fern realistisch zu präsentieren.

Wir werben also nicht als Billiglohnland, und wir sind vor allen Dingen auch kein Billiglohnland. Wir sind es ausweislich einschlägiger Statistiken nicht. Wenn Sie sich mit dem Thema des Standortwettbewerbs und den Standortvergleichen nationaler und internationaler Institute befassen, dann werden Sie - die statistischen Angaben haben einen gewissen Nachlauf - bei den einschlägigen Instituten - ich nenne das Institut für Wirtschaft - nachlesen können, dass das Land Brandenburg in Ostdeutschland gleichauf liegt mit Italien, Japan, Kanada, Spanien.

Ich habe das Wort Billiglohnland/Niedriglohnland nie benutzt. Warum benutzen Sie solche Begriffe im Zusammenhang mit diesem Thema? Es ist eine Frage des Umgangs mit dieser Situation, welche Worte man benutzt. Man kann bei solchen Themen journalistisch mit diesen Worten begleitet werden; das verstehe ich. Aber wenn sich Politik solche Begriffe zu eigen macht, die einem realistischen Vergleich nicht standhalten, ist das wirklich nicht gut. Insbesondere wenn es um die Solarwirtschaft geht und wir in einen direkten Vergleich mit Spanien gestellt werden, muss ich sagen: Die Standortwettbewerbe der Solarwirtschaft finden in Ostdeutschland, Deutschland, Spanien statt. Da können Sie nicht davon ausgehen, dass wir als Billiglohnland werben. Wir sind in diesem Vergleich auf Augenhöhe. Es sind also andere Faktoren, die erklären, warum die Solarwirtschaft nach Brandenburg kommt. Es können nicht nur die Arbeitskosten sein. Bitte befassen Sie sich also mit diesen Themen!

Es ist eine Frage des sachlichen Umgangs mit Fakten. Jeder, der von außen auf uns schaut, sagt: Ostdeutschland ist ein Gebiet im Umbruch mit großen Verwerfungen und hoher Arbeitslosigkeit. - Wir sagen mit dieser realistischen Darstellung, was Fakt ist. Diese Art und Weise, selektiv herauszuziehen und in

einen Kontext zu stellen, der diffamierend ist, halte ich in einer Zeit, in der wir auch ausweislich der Fünfjahresbilanz der Zukunftsagentur nachweisen können, dass wir im Land über 20 000 Arbeitsplätze durch Investoren geschaffen haben, für sehr kritisch. Das sind keine Arbeitsplätze, die unter diesem Gesichtspunkt entstanden sind.

Ich bitte Sie, dieses Thema noch einmal in aller Ruhe zu überdenken. Wir können es uns nicht aussuchen, wie diese Themen journalistisch begleitet werden. Es ist nicht Fakt, was gegenwärtig über unseren Wirtschaftsstandort aus diesen Fragestellungen heraus kommentiert wird. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Minister. Sie haben den Abgeordneten viel Zeit gegeben, die Nachfrageknöpfe zu drücken. Wir beginnen mit der Nachfrage des Abgeordneten Dr. Klocksinn.

Dr. Klocksinn (SPD):

Herr Präsident, besteht denn die Möglichkeit, zunächst die Frage des Ministers zu beantworten? Welchen Zeitrahmen würden Sie mir dafür zur Verfügung stellen wollen?

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter, Sie haben keine Möglichkeit, Fragen des Ministers zu beantworten. Sie dürfen nur Nachfragen stellen, und zwar in Ihrem Fall als Fragesteller drei an der Zahl.

Dr. Klocksinn (SPD):

Gut. Ich will es gar nicht darauf ankommen lassen. - Aber herzlichen Dank, Herr Minister, für die vielen Vorlagen, die Sie jetzt möglich gemacht haben. Ich habe ja auf meine schriftliche Anfrage hin bereits die eine oder andere Anregung bekommen, die mich auch zu dieser heutigen mündlichen Anfrage motiviert hat.

Nach meinem Sprachverständnis ist die Darstellung, wie sie auf der Internetseite gehalten ist, eher ehrabschneidend als motivierend. Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie fragen, ob Sie es nicht für klug hielten, im Rahmen einer Überarbeitung der zehn Punkte im Internetauftritt die beiden in Rede stehenden Punkte zumindest so formulieren zu lassen, dass Missverständlichkeiten zwischen uns künftig ausgeschlossen sind?

Minister Junghanns:

Ja.

Dr. Klocksinn (SPD):

Das war schon die Beantwortung? Sie würden also die Bearbeitung vornehmen wollen?

Minister Junghanns:

Wir sind - erstens - ständig an der Bearbeitung, wie Sie wissen. Ob wir dann - zweitens - semantisch übereinkommen, kann ich nicht voraussagen. Ich will nur sagen: Ich will es überarbeiten,

um solchen mutwilligen oder nicht mutwilligen Auslegungen entgegenzuwirken.

Dr. Klocksin (SPD):

Sind Sie bereit, sich mit mir auf die Formulierung „missverständlich“ zu einigen?

Minister Junghanns:

Missverständlich.

Dr. Klocksin (SPD):

Vielen Dank.

Präsident Fritsch:

Ich bitte die weiteren Fragesteller, ihre Fragen zu stellen und nicht in einen Dialog mit dem Minister einzutreten. - Die nächste Nachfrage kommt vom Abgeordneten Görke.

Görke (DIE LINKE):

Herr Wirtschaftsminister, wäre es nicht, um den Vorwurf, Brandenburg sei ein Niedriglohnland, auszuräumen, angebracht, darüber nachzudenken, die aktuellen Initiativen der Länder Rheinland-Pfalz und Berlin aufzunehmen, endlich ein Vergabegesetz, ein Tarifreuegesetz ...

Minister Junghanns:

Was denn nun?

Görke (DIE LINKE):

... auch in Brandenburg zu installieren, damit die öffentliche Hand hier nicht als Lohndrucker auftreten kann?

Zweitens: Können Sie für Ihr Ministerium ausschließen, dass bei der Vergabe von Empfangs-, Einlass- und Bewachungsdienstleistungen durch Ihr Haus ein Bieter den Zuschlag bekommen hat, der Personal unter Tarif beschäftigt?

Minister Junghanns:

Herr Görke, was wollen Sie jetzt - ein Vergabe- oder ein Tarifreuegesetz? - Beide Länder haben die Initiative ergriffen, im Rahmen von vergaberechtlichen Regelungen tarifreuerechtliche Regelungen mit zu implementieren. Meine Kollegin Ziegler - sie ist heute leider nicht hier - hat schon an anderer Stelle darüber informiert, dass wir uns dazu in einem Dialog befinden. Den Ergebnissen dieses Dialoges greife ich nicht vor.

Ich kann das jetzt nicht ausschließen, weil ich auf den zweiten Teil Ihrer Frage nicht vorbereitet bin, meine aber, dass dies ja ein altes Thema ist, das wir in diesem Landtag schon hin und her diskutiert haben - oder?

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Die nächste Nachfrage stellt der Abgeordnete Holzschuher.

Holzschuher (SPD):

Herr Minister, Fachkräftemangel ist zu Recht auch ein wichtiges Thema für die Landesregierung. Stimmen Sie meiner Auffassung zu, dass das Lohngefälle zwischen Brandenburg und vielen Industrieregionen in Westdeutschland, aber auch im europäischen Ausland das Problem des Fachkräftemangels zusätzlich verschärft?

Minister Junghanns:

Herr Holzschuher, auch der Wettbewerb um Fachkräfte vollzieht sich über das Lohnniveau; das trifft zu. Wenn junge Technologieunternehmen in diesem Wettbewerb um Fachkräfte gegenwärtig einem mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg unterliegen, ist das schlimm; es ist aber auch ein Hinweis auf die wirtschaftliche Kraft der Unternehmen. Die Antwort aus der Politik, du musst dann eben mehr zahlen, hilft diesem Unternehmer nicht; denn wenn er eine Fachkraft braucht, gibt er sich alle Mühe, dafür auch die notwendige Finanzierung aufzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Wir unterstützen ihn - Stichwort: Innovationsassistent -, weil wir dieses Problem erkennen. Weil wir diesem Trend auch entgegenwirken wollen, gehen wir so weit, dass wir insbesondere im technologischen Bereich Fachingenieuren - ich plädiere für einen Kombilohn für Ingenieure, insbesondere für die über 50 Jahre alten - Unterstützung geben. Wenn ich daraus aber eine politische Botschaft gegenüber dem Unternehmer mache, der sich mit Blick auf den wirtschaftlichen Erfolg genau überlegen muss, wofür er sein Geld einsetzen will, für den Kauf einer neuen Maschine oder für die Investition in Fachkräfte, und dem dann, wenn er den Wettbewerb um eine Fachkraft gegenüber Stuttgart verloren hat, zu sagen: „Du musst mehr bezahlen!“, dann guckt der mich an und fragt: „Von welcher Welt bist du denn?“

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

- Dass Sie sich in solch einer schwierigen Auseinandersetzung nicht in die Rolle eines Unternehmers versetzen wollen, kann ich ja nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU)

Aber das ist das, was uns beschäftigt. Deshalb führen wir eine Auseinandersetzung um Fachkräfte. Die Fachkraft, die sich in Baden-Württemberg und in Brandenburg bewirbt, schaut genau, wo sie ihr Glück finden kann. Dieser Wettbewerb findet über Geld statt; darüber sind wir uns einig. Es ist eine Frage der Stärkung der Wirtschaftskraft der Unternehmen, der Kooperationsfähigkeit von Wirtschaft und Wissenschaft und der Ausbildung der Unternehmen. Ich war unlängst in Frankfurt (Oder). Dort gibt es die Partnerschaft zwischen dem Gauß-Gymnasium und einem Unternehmer, der schon bei Schülern der 10. Klasse beginnt, seine Fachkräfte über den Tag hinaus mit einer langfristigen Vereinbarung zu sichern. 25 000 Euro investiert er in einen jungen Menschen ab der 10. Klasse, damit dieser später in seine Firma kommt.

All diese Fragen sind interessant, sie ändern jedoch nichts an unserer Grundaussage: Wir werben nicht als Billiglohnland, sondern werben als Land mit Kompetenzen.

(Beifall der Abgeordneten Hartfelder [CDU])

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Senftleben erhält das Wort zu einer Nachfrage.

Senftleben (CDU):

Danke, Herr Minister, für die klaren Worte.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

- Ich stelle dem Minister eine Frage.

Sie haben die Stärken des Wirtschaftslandes Brandenburg dargestellt. Meine erste Frage: Gibt es Untersuchungen, nach denen Hinweise auf die Wirtschaftsstärke als Ansiedlungsgrund dazu geführt haben, dass Unternehmen in Brandenburg investiert haben oder weiter investieren wollen?

Meine zweite Frage: Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass einige in der Landesregierung, in der Koalition den wirtschaftlichen Aufschwung auch auf ihre Arbeit zurückführen und gleichzeitig dem für diesen Bereich zuständigen Minister vorwerfen, er werbe in der Öffentlichkeit mit falschen Argumenten?

Minister Junghanns:

Ich beginne mit der Beantwortung Ihrer zweiten Frage. Heute finden sich in einem Kommentar einer wichtigen Zeitung, die alle lesen - es ist fast schon unheimlich -, viele Lobgesänge auf die Brandenburger Wirtschaftspolitik.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Klocksin [SPD])

- Nein, Brandenburger Wirtschaftspolitik. Ich antworte ja hier als Mitglied der Landesregierung, Herr Dr. Klocksin. Das muss ich berücksichtigen.

Insofern sollte diese Bewertung, die von einem Bankenverband ausgeht und in die Zeitung gekommen ist, auch noch einmal zur der Überlegung anregen, ob es nützlich ist, mit diffamierenden Begriffen wie Niedriglohn usw. unsere wirtschaftliche Entwicklung zu begleiten. Ich halte das für falsch.

(Dr. Klocksin [SPD]: Wir wollten uns auf „missverständlich“ einigen!)

- Gut, eins zu null!

Zu der ersten Frage: Es ist die Aussicht auf einen langfristigen Erfolg der Unternehmer von nah und fern, der in Brandenburg investieren lässt. Wer in den langen Lebenszyklen einer Firma denkt, checkt natürlich zum Start seines Unternehmens die Standortbedingungen ab und vergleicht langfristige Prognosen der Lohnentwicklung. Jeder, der in Brandenburg investiert, trägt selbst dazu bei, insbesondere jetzt, beim Wettbewerb um Standorte von Solarfabriken, dass das Lohnniveau steigt, weil sich das auch wieder über den Wettbewerb vollzieht. Jeder denkt also auf lange Sicht darüber nach, wie sich die Wirtschaft an dem Standort entwickelt, schaut dann zuvorderst auf die Fachkompetenz, die er mit seinem Personal aufbauen kann, um diese lange Wegstrecke erfolgreich zu meistern. Deshalb ist die Entscheidung, in Brandenburg zu investieren, zuvorderst eine Entscheidung, die auf dem Vertrauen in die Standortbedin-

gungen basiert, eine langfristig erfolgreiche und innovative Produktion oder Dienstleistung realisieren zu können,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

und zwar an einem Markt, der im Zentrum Europas liegt und per se darauf angelegt ist, international zu überzeugen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Die Fragesteller möchten die Fragen 1317 und 1324 tauschen. Deshalb erhält jetzt der Abgeordnete Karney das Wort, die **Frage 1324** (Drohendes Aus der Viva Polstermöbel GmbH in Storkow) zu formulieren.

Karney (SPD):

Die Viva Polstermöbel GmbH in Storkow befindet sich in einer problematischen Situation. Das Unternehmen, das seit 1948 besteht, gehört zur insolventen Schieder-Gruppe. Seit dem 6. Juni 2007 herrscht im Unternehmen Kurzarbeit. Viele Menschen in Storkow befürchten, dass durch Missmanagement des Mutterkonzerns das traditionsreiche Unternehmen in ihrer Stadt in Mitleidenschaft gezogen wird.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten bestehen, durch begleitende Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen am Standort Storkow beizutragen?

Präsident Fritsch:

Minister Junghanns antwortet.

Minister für Wirtschaft Junghanns:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Karney, die Kehrseite des Wirtschaftslebens in Brandenburg sind schlechtes Management, schlechte Betriebsführung, Scheitern eines Unternehmens, eines wichtigen Unternehmens. An dieser Stelle möchte ich klar sagen, dass das, was in Storkow von den Beschäftigten geleistet, was dort an Arbeit vollbracht, an Produkten gebracht wird, etwas ist, was ein besseres Management verdient hätte. Deshalb begleiten wir diesen Prozess intensiv.

Ich möchte in dieser komplizierten Situation sehr sachlich über die gegenwärtige Situation informieren. Am 26. Juni 2007 hat das Insolvenzgericht Detmold den Anträgen der Schieder-Möbel Holding GmbH und weiterer mehr als 65 Tochterunternehmen, darunter die Viva Polstermöbel Werke GmbH & Co. KG Storkow, stattgegeben und das vorläufige Insolvenzverfahren angeordnet. Zum vorläufigen Insolvenzverwalter wurde Rechtsanwalt Dr. Klaus Pannen berufen. Dieser bedient sich weiterer Insolvenzverwalter. Für die Viva Polstermöbel Werke GmbH & Co. KG wurde Frau Rechtsanwältin Bettina Schmudde berufen.

Aufgrund der Komplexität des Verfahrens des antragstellenden Tochterunternehmens sind alle operativ und finanziell von der Holding abhängig und ist eine gründliche Beurteilung und Bewertung der Chancen für den Erhalt des Standorts für das in

Rede stehende Unternehmen derzeit noch nicht möglich. Dazu muss der Insolvenzverwalter ein Gutachten für das Insolvenzgericht erstellen. Die vorliegenden vorläufigen Umstrukturierungsvorschläge existierten bereits vor dem Insolvenzantrag. Sie sahen damals eine Verlagerung des Standorts Storkow ins Nachbarland Polen vor. Ob die Insolvenzverwalterin diesen alten Vorschlägen folgt, ist nicht bekannt. Wichtig ist, festzustellen, dass die Arbeit am Standort am Montag wiederaufgenommen wurde. Das Insolvenzausfallgeld zur Deckung der Personalkosten kann allerdings nur für den Monat Juli genutzt werden, da für die Monate Mai und Juni nach Angaben der IG Metall keine Löhne und Gehälter gezahlt wurden. Dieser Umstand soll auch für andere Tochterunternehmen zutreffen. Aus diesem Grund ist in diesem Verfahren ein außerordentlich hoher Druck.

Mein Haus steht mit dem Betriebsrat des Unternehmens und der IG Metall in engem Kontakt, und die Gespräche mit der zuständigen Insolvenzverwalterin werden heute Nachmittag fortgeführt.

Ich kann hier nur sagen: Grundsätzlich ist es möglich, dem Unternehmen mit einer Rettungsbeihilfe, die sich an den Leitlinien der Europäischen Kommission orientiert, zu helfen. Dazu ist es aber zwingend erforderlich, dass eine neue Unternehmerschaft gegründet und das Unternehmen am genannten Standort völlig aus der Gruppe herausgelöst wird. - Soweit zur heutigen Situation.

Wir werden diesen Prozess mit dem Ziel begleiten, so es irgend geht, eine Standortsicherung zu erreichen.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Frau Osten hat Nachfragen.

Frau Osten (DIE LINKE):

Auch ich war vor Ort bei „Viva“, und ich hätte die Anfrage, die Herr Karney heute gestellt hat, nicht gestellt, eben weil es sich hier um einen solch sensiblen Prozess handelt. Aber da die Frage nun gestellt und damit öffentlich wurde, möchte auch ich den Minister fragen. Es geht ja jetzt vor allem um das Vertrauen in diesen Betrieb. Sie sprachen von intensiver Begleitung. Wären Sie denn bereit, auch vor Ort zu sein und dieses Vertrauen auch dem Markt mit zu vermitteln? Die dort hergestellten Produkte sind wirklich Qualitätsprodukte.

Minister Junghanns:

Frau Osten, ich habe Ihnen gestern schon, als Sie mich danach gefragt haben, gesagt: Wenn es einen Status gibt, dann bin ich natürlich auch zu solchen Gesprächen bereit. Das gehört nun einmal zur Verantwortung, diesen Firmen in solchen Situationen zur Seite zu stehen.

Die Konditionen sind genannt. Auf die Produkte kommt es in einer solchen Situation des Insolvenzfalls nicht zuvorderst an. Hier muss eine neue Firmenkonstellation installiert werden, wofür das Produkt natürlich ausschlaggebend sein kann. Darauf setze ich. Ich kann aber die Möglichkeiten, diesen Standort herauszulösen, gegenwärtig nicht einschätzen. Mit fortschreitendem Erkenntnisstand werden wir dann auch unsere Möglichkeiten zur Hilfe konkretisieren. Dazu kann auch gehören,

dass ich einmal mit den Verantwortlichen in dieser Firma spreche.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir kommen zur **Frage 1318** (Kontrollen von ausländischen Arbeitnehmern in der Europäischen Union), die die Abgeordnete Hesselbarth stellt.

Frau Hesselbarth (DVU):

Gemäß einem Strategiepapier der EU-Kommission sollen ins europäische Ausland entsandte Arbeitnehmer künftig nicht mehr verpflichtet sein, Arbeitsverträge und Personalunterlagen mitzuführen. Das bedeutet, dass deutsche Zollbehörden bei der Suche nach illegal Beschäftigten auf Baustellen nicht länger Dokumente wie Arbeitszeitnachweis, Arbeitsvertrag oder Nachweise einer rechtmäßigen Gehaltszahlung verlangen können. Experten befürchten durch diese Pläne eine massive Förderung von illegaler Beschäftigung.

Ich frage: Wie bewertet die Landesregierung das Strategiepapier der EU-Kommission vor dem Hintergrund der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung in Brandenburg?

Präsident Fritsch:

Herr Staatssekretär Alber wird die Antwort geben.

Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Hesselbarth, die EU-Kommission hat am 13. Juni 2007 ihre Bewertung der Maßnahmen in den Mitgliedsstaaten zur Überwachung der Arbeitnehmerentsendung sowie ihre Beurteilung der Situation der Verwaltungszusammenarbeit vorgestellt. Sie verfolgt dabei das Ziel, unnötige Hindernisse zu beseitigen, die dem freien Dienstleistungsverkehr im Binnenmarkt entgegenstehen, und gleichzeitig einen angemessenen Schutz für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin sicherzustellen.

Die EU-Entsenderichtlinie aus dem Jahre 1999 regelt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die befristet in einem anderen Mitgliedsstaat eingesetzt werden, im Gastland nur zu den dort gültigen Mindestlöhnen und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden dürfen. In Deutschland gilt diese Vorschrift für das Baugewerbe und seit Juli 2007 auch für das Gebäudereinigerhandwerk.

Wie Sie wissen, ist eine weitere Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes als Teil des Kompromisses zum Thema Mindestlohn geplant.

Die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen nach den deutschen Vorschriften unter anderem ihren Arbeitszeitnachweis, den Arbeitsvertrag und die Lohnabrechnung - ins Deutsche übersetzt - mit sich führen. Ihre ausländischen Arbeitgeber müssen einen gesetzlichen Vertreter mit Sitz in Deutschland nachweisen.

Diese Regelungen verfolgen das Ziel, die Einhaltung der Mindestlohn- und Arbeitsbedingungen sicherstellen und auch entsprechend kontrollieren zu können.

Aus Sicht der EU-Kommission könnten diese Regelungen nun eine unverhältnismäßige Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit darstellen. Daher wurde die Bundesregierung aufgefordert, die Erforderlichkeit zu überprüfen. Gegebenenfalls könnte ansonsten ein Vertragsverletzungsverfahren gegen sie eingeleitet werden.

Ich halte diese Pläne aus Brüssel für sehr problematisch. Soweit ich weiß, kritisiert die EU-Kommission übrigens nicht nur die deutschen Regelungen, sondern auch die vieler anderer Mitgliedsstaaten.

Entsprechende Vorgaben und Kontrollen, wie wir sie in Deutschland haben, sind aus meiner Sicht zur Bekämpfung von Schwarzarbeit nötig und dienen damit der Sicherung eines fairen Wettbewerbs.

Präsident Fritsch:

Ich danke Ihnen für die Beantwortung dieser Frage.

Ich rufe die **Frage 1319** (Nutzung regenerativer Energien) auf, die die Abgeordnete Lehmann stellt.

Frau Lehmann (SPD):

Gemäß Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin-Brandenburg ist die Nutzung regenerativer Energien vorrangig zu fördern. Das derzeit gültige Energiekonzept des Landes Brandenburg sieht vor, den Anteil der Nutzung erneuerbarer Energien am Primärverbrauch auf 5 % im Jahre 2010 zu erhöhen. Aufgrund der vorhandenen Potenziale kommt der Nutzung der Windkraft eine besondere Bedeutung zu.

Die raumordnerische Steuerung der Windkraftanlagenstandorte erfolgt im Land Brandenburg mittels Eignungsgebieten, die durch die Regionalplanung ausgewiesen werden. Seit dem 14.07.2004 ist der Sachliche Teilregionalplan III „Windkraftnutzung“ in der Region „Lausitz-Spreewald“ rechtskräftig. Der Aufstellungsbeschluss hierfür stammt aus dem Jahre 2001.

Die Technik der Windkraftanlagen hat in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung genommen. Anlagen und Komponenten werden immer höher, breiter und länger. Anwohner und Landschaftsschützer halten diese Entwicklung für eine Verschandelung der Landschaft und fürchten, dass die gigantischen Rotoren noch lauter sein werden als die aktuelle Windradgeneration.

Ich frage daher die Landesregierung: Ist vorgesehen, die im Land Brandenburg ausgewiesenen Windeignungsgebiete, einschließlich der darin benannten Abstände zu Wohngebieten, zu überprüfen?

Präsident Fritsch:

Die Antwort gibt uns Staatssekretärin König.

Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung König:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Lehmann, die Ausweisung von Windeignungsgebieten liegt im Verantwortungsbereich des Trägers

der Regionalplanung. Das sind die Regionalen Planungsgemeinschaften.

Die Regionalen Planungsgemeinschaften sind Körperschaften öffentlichen Rechts, deren Mitglieder die Kreise und die kreisfreien Städte sind. Das Land - hier unsere gemeinsame Landesplanungsabteilung als Oberste Landesplanungsbehörde - hat nur eine eingeschränkte Aufsicht und keine umfassenden Weisungsrechte. Das Land besitzt eine Richtlinienermächtigung und eine Genehmigungskompetenz im Einvernehmen mit den zuständigen Fachministerien.

Die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung oder Ergänzung von Regionalplänen ist eine Pflichtaufgabe der Regionalplanung. Aufstellungsbeschlüsse dazu werden in Regionalvorständen und Regionalversammlungen gefasst. Es gibt für alle fünf Regionen Brandenburgs rechtskräftige Pläne zum Thema Windenergienutzung, die eine Errichtung von Windkraftanlagen außerhalb von festgesetzten Windeignungsgebieten ausschließen. Die Kriterien der Abstände zu Wohngebieten, aber auch zu anderen Tabubereichen sind in jeder Region differenziert beschlossen worden. Gegenwärtig sind es zwischen 500 und 800 Meter.

Uns ist bekannt, dass in zwei Regionen - Uckermark/Barnim und Prignitz/Oberhavel - eine Fortschreibung zu den rechtskräftigen Teilplänen „Windkraftnutzung“, einschließlich einer Überprüfung der Abstände zu den Wohngebieten, erfolgt.

Auf die konkrete Festlegung der Kriterien, die zur Ausweisung eines Windeignungsgebiets führen, haben wir aber keinen Einfluss.

In den anderen drei Regionen sind derartige Fortschreibungsbemühungen nicht bekannt.

Speziell in der Region Lausitz/Spreewald gibt es einen genehmigten - das sagten Sie bereits - veröffentlichten Teilplan „Wind“ von 2004, der unter anderem auch Mindestabstände zu Wohngebieten - das sind 500 m und liegt also an der unteren Grenze - festlegt.

Ich kann daher nur sagen: Ich rege an, in Ihrer Region darüber zu diskutieren, ob die immer höheren und besseren Windkraftanlagen eine Änderung oder Fortschreibung des Teilplans erfordern.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Es gibt eine Nachfrage der Abgeordneten Lehmann.

Frau Lehmann (SPD):

Vielen Dank für die Beantwortung. - Ich will nachfragen, ob ich es richtig verstanden habe, dass dieses Problem ausschließlich in der Planungsregion selbst gelöst werden kann.

Staatssekretärin König:

Korrekt. Das liegt in der Verantwortung der Regionalen Planungsgemeinschaft.

Präsident Fritsch:

Es gibt weitere Nachfragen. Frau Hartfelder, bitte.

Frau Hartfelder (CDU):

Frau Staatssekretärin König, welche Möglichkeiten haben Bürger einer Gemeinde, gegen Planungen einer anderen Gemeinde vorzugehen, wenn sie feststellen, dass die Planung der anderen Gemeinde an der Gemarkungsgrenze zur nächsten Gemeinde erfolgt?

Frage zwei: Wie kann gewährleistet werden, dass die vor Jahren erteilten Genehmigungen zu den Windeignungsgebieten überprüft und den heutigen Anforderungen zum Schutz der Anwohner angepasst werden? Sie haben im Prinzip schon darauf geantwortet; ich möchte es trotzdem noch einmal hören.

(Heiterkeit)

Staatssekretärin König:

Ich sagte bereits, dass die Regionalen Planungsgemeinschaften die Aufgabe haben, die Teilregionalpläne „Windenergienutzung“ vorzulegen bzw. zu ändern. Aus den Regionalplänen leiten sich Genehmigungen einzelner Anlagen oder solche im Rahmen von Bebauungsplänen ab. Gerade im Zusammenhang mit Bebauungsplänen gibt es Beteiligungsmöglichkeiten, zum Beispiel Anhörungen. Es ist eindeutig: Die Genehmigung einzelner Anlagen oder der B-Pläne erteilt das Landesumweltamt. In das Genehmigungsverfahren fließen natürlich die entsprechenden wissenschaftlichen Erkenntnisse in Bezug auf neue, höhere Anlagen ein. Auf die Beteiligungsmöglichkeiten habe ich bereits hingewiesen; auch benachbarte Gemeinden können sich einbringen.

Präsident Fritsch:

Auch Herr Abgeordneter Werner hat eine Nachfrage.

Werner (CDU):

Ich habe zwei Fragen. Frau Staatssekretärin, Sie haben soeben erläutert, dass es in den Regionen unterschiedliche Festlegungen zu Mindestabständen gibt. Wäre es aus Ihrer Sicht gleichwohl denkbar, dass hinsichtlich der Mindestabstände zumindest eine Empfehlung gegeben werden, vielleicht aber auch eine landesweite Regelung erfolgen könnte? Dabei wäre eine Staffelung zum Beispiel nach der Größe der Anlagen oder der zu erwartenden Lärmbelastung möglich. Ich stelle diese Frage vor dem Hintergrund des Bestrebens, möglichen Klagen und dann folgenden Abwägungen eines Gerichts zuvorzukommen.

Zweite Frage: Auf der Webseite des Umweltbundesamtes kann man lesen, dass Lärm im tieffrequenten Bereich nicht gerade gesundheitsfördernd, sondern sogar gesundheitsschädlich ist. Fließen diese wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Genehmigungsverfahren ein?

Staatssekretärin König:

Zu Ihrer ersten Frage: Vorgaben gibt es weder vom Bund noch vom Land. Wir als Oberste Landesplanungsbehörde haben gegenwärtig auch keine Veranlassung, weitere Aufgaben zu übernehmen. Wir sind der Auffassung, dass dies Pflichtaufgabe der Regionalen Planungsgemeinschaften bleiben sollte; sie kann von ihnen - auch unter Berücksichtigung der Veränderun-

gen der Windkraftanlagen - sehr gut wahrgenommen werden. Wir sind im Gespräch. Der gegenwärtige Stand ist, dass sich, wie ich bereits sagte, zwei Regionen auf den Weg gemacht haben, im Rahmen der Fortschreibung ihres Windenergieplans 1 000 m als Abstandsmaß zu definieren. Man kann nur anregen, die Regelung in den anderen Regionalen Planungsgemeinschaften zu übernehmen.

Auch bezüglich Ihrer zweiten Frage wiederhole ich mich: Die Windeignungsgebiete werden im Teilregionalplan „Windenergienutzung“ ausgewiesen; die konkrete Genehmigung der einzelnen Anlage oder des Bebauungsplans erfolgt durch das Landesumweltamt. In die dort stattfindende Abwägung fließt neben verschiedenen anderen Aspekten auch der Lärmschutz ein. Ich gehe fest davon aus, dass die entsprechenden Erkenntnisse dort vorliegen und im Genehmigungsprozess Berücksichtigung finden.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Auch wenn ich nicht zulassen kann, dass Plakate mit Windrädern hochgehalten werden - die Geschäftsordnung untersagt das -, gehe ich davon aus, dass alle Abgeordneten wissen, wovon soeben die Rede gewesen ist. Insoweit können Sie ganz beruhigt sein.

Ich rufe **Frage 1320** (Kommunal-Kombi) auf, die Herr Abgeordneter Görke stellen wird.

Görke (DIE LINKE):

Bundesarbeitsminister Müntefering hat am 27. Juni ein Förderprogramm des Bundes vorgestellt. Mit diesem sogenannten Kommunal-Kombi sollen Einstellungen von Langzeitarbeitslosen bei Kommunen und Wohlfahrtsverbänden mit einem Zuschuss des Bundes von bis zu 500 Euro pro Monat gefördert werden.

Ich frage die Landesregierung: Welche Informationen liegen ihr über die Details dieses Programms vor?

Präsident Fritsch:

Herr Staatssekretär Alber, welche sind es?

Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Görke, auch der Landesregierung liegen erst seit dem 27. Juni die Eckpunkte zu dem Programm des Bundes vor. Es ist gedacht für Regionen, in denen die durchschnittliche Arbeitslosenquote zwischen August 2006 und April 2007 bei über 15 % lag. Das sind 85 Regionen bundesweit, darunter Berlin; in Brandenburg sind es 12 Regionen.

Arbeitgeber können Kommunen oder gemeinwohlorientierte Unternehmen im Einvernehmen mit den Kommunen sein. Förderfähig sind Arbeitsplätze für zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten in den Kommunen. Die Zielgruppe bilden arbeitslos gemeldete Bezieher von Arbeitslosengeld II mit einer Bezugsdauer von mindestens zwei Jahren. Die im Programm Beschäftigten sind tariflich oder ortsüblich zu bezahlen. Die Arbeitszeit beträgt in der Regel 30 Stunden.

Der Zuschuss des Bundes liegt bei 50 % des Arbeitnehmerbruttoentgeltes, höchstens bei 500 Euro. Die ergänzende Finanzierung soll - so sieht es das Bundesprogramm vor - aus Mitteln der Kommunen erfolgen, gegebenenfalls mit finanzieller Unterstützung der Länder. Der Bund stellt zusätzlich zum Kommunal-Kombi 300 Millionen Euro aus dem Bundes-ESF zur ergänzenden Finanzierung der Arbeitsplätze zur Verfügung.

Das Programm soll Anfang 2008 starten. Es endet voraussichtlich Ende 2009. Die Förderung eines Arbeitsplatzes ist für maximal drei Jahre möglich, längstens also bis Ende 2012. Schrittweise sollen 100 000 geförderte Arbeitsplätze aufgebaut werden. Das Vorhaben wird, wie gesagt, als Bundesprogramm von der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt.

So viel zu den Eckpunkten.

Es folgt eine erste Bewertung des Programms, vorbehaltlich der weiteren Konkretisierung, die vom Bundesminister vorgenommen werden muss.

Mit dem Programm verfügt das Land grundsätzlich über ein gutes Instrument, um in Kommunen mit verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit diese wirksam zu bekämpfen. Mit diesem ersten Schritt beginnt im Übrigen auch die Umsetzung von Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“ beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Wichtig ist vor allem, dass sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen werden und eine mehrjährige Förderung der Langzeitarbeitslosen möglich ist. Zudem werden keine regulären Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt verdrängt, weil es sich um zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten bei Kommunen oder gemeinwohlorientierten Unternehmen handelt.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Herr Görke hat Nachfragen.

Görke (DIE LINKE):

Danke schön für diese Informationen, Herr Staatssekretär. - Arbeitsministerin Ziegler war Mitglied der Arbeitsgruppe, die Sie soeben erwähnt haben. Aus Ihren Ausführungen wurde deutlich, dass die Details noch nicht bekannt sind. Wie können Sie sich das in dieser Frage erklären?

Meine zweite Frage lautet: Sehen Sie die Notwendigkeit einer finanziellen Beteiligung des Landes am Kommunal-Kombi, um Kommunen zu helfen, die unter anderem durch finanzielle Engpässe Schwierigkeiten bekommen können, um den kommunalen Anteil zu leisten?

Drittens: Müsste sich nicht auch der Bund noch deutlicher an der Betreuung der Langzeitarbeitslosen über diesen Kommunal-Kombi beteiligen? Der Bundeshaushalt wird durch nicht zu zahlende Regelleistungen, bei den Kosten der Unterkunft und den Sozialversicherungsabgaben entlastet. Diese Entlastung ist viel, viel höher als die jetzt angedachte Beteiligung des Bundes in Höhe von 500 Euro.

Staatssekretär Alber:

Zu Ihrer ersten und dritten Frage darf ich Folgendes sagen: Im Grunde genommen macht der Bund das, was viele gefordert

haben. Es handelt sich nämlich partiell um eine Aktivierung der Passivleistungen. Der Bund setzt einen Teil davon ein, um dieses Programm zu finanzieren.

Was die Frage nach Details anbelangt, so weise ich darauf hin, dass dieses Programm ein Novum ist, gerade hinsichtlich der Aktivierung der Passivleistungen. In diesem Zusammenhang müssen sehr viele, auch schwierige Fragen im Detail beantwortet werden. Der Bund ist mit den Ländern im Gespräch, um das Programm zum Erfolg zu führen.

Was die Frage der Beteiligung der Länder anbelangt, ist darauf hinzuweisen, dass die Kommunen diese Mittel zunächst einmal einsetzen, soweit sie ebenfalls Ersparnisse - wie bei den Ausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung - haben.

Sicherlich müssen noch schwierige Berechnungen angestellt werden, in welchem Volumen die Komplementärfinanzierung stattfindet. Ob und wie sich das Land Brandenburg an der Finanzierung des Bundesprogramms beteiligt, ist eine Frage, die erst dann beantwortet werden kann, wenn alles konkret auf dem Tisch liegt. Diese Frage könnte im Laufe der anstehenden Haushaltsberatungen noch eine Rolle spielen.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Ich rufe die **Frage 1321** (SED-Opferpension) auf, die von Herrn Abgeordneten Werner gestellt wird.

Werner (CDU):

Der Bundestag hat am 13.06.2007 das Dritte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR beschlossen und damit eine SED-Opferpension eingeführt. Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung durch den Bundesrat.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie wird sich Brandenburg bei der Abstimmung im Bundesrat positionieren?

Präsident Fritsch:

Die Justizministerin wird uns diese Frage beantworten.

Ministerin der Justiz Blechinger:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Werner, Sie haben die Zielsetzung dieses Gesetzes beschrieben. Es geht um die Zahlung einer monatlichen Zuwendung von 250 Euro, sofern die Betroffenen in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind. Darüber hinaus ist beabsichtigt, die Antragsfristen im strafrechtlichen, im verwaltungsrechtlichen und im beruflichen Rehabilitierungsverfahren noch einmal um einen Zeitraum von vier Monaten zu verlängern, da diese bis zum 31. Dezember dieses Jahres auslaufen.

Mit der Gewährung einer Opferpension soll das Handeln von Menschen gewürdigt werden, die sich um den Preis erheblicher persönlicher und sozialer Nachteile für bürgerliche Freiheit und Demokratie eingesetzt haben. Es handelt sich daher auch nicht um eine finanzielle Entschädigung, sondern den Betroffenen soll Genugtuung widerfahren und ihrem damaligen Handeln soll Anerkennung gezollt werden.

Der Gesetzentwurf schließt aus Sicht der Landesregierung eine Gerechtigkeitslücke zwischen Verfolgern und Verfolgten und löst die gesellschaftliche Verpflichtung für denjenigen Teil der Bevölkerung ein, der sich aktiv unter Inkaufnahme erheblicher persönlicher Risiken für Freiheit und Demokratie eingesetzt hat. Die Landesregierung wird diesem Gesetzentwurf daher zustimmen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank für Ihre Antwort. - Ich rufe die **Frage 1322** (Regionalbudgets) auf, die Frau Abgeordnete Stark stellen wird.

Frau Stark (SPD):

Zum 1. Juli 2007 sollen die Aufgaben der „Lokalen Initiativen für neue Beschäftigung“ in den sogenannten Regionalbudgets fortgeführt werden. Durch die Regionalbudgets soll, wie bereits durch die lokalen Initiativen geschehen, unter Einbeziehung erwerbsloser Personen die Region weiterentwickelt und gestärkt werden. Zwischen den Jahren 2002 und 2006 wurden so im Rahmen dieser Initiativen etwa 2 200 Personen tätig.

Ich frage die Landesregierung: Inwiefern können bei den Maßnahmen im Rahmen der Regionalbudgets ehrenamtlich engagierte Personen, beispielsweise Feuerwehrangehörige, vor dem Hintergrund ihrer Leistung für die Gesellschaft besonders berücksichtigt werden?

Präsident Fritsch:

Herr Staatssekretär Alber, bitte sagen Sie es uns.

Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Stark, zunächst in Kürze einige Worte zum Regionalbudget. Ausgehend von den strategischen Zielsetzungen des Landes - Stärkung der Regionalentwicklung, Verbesserung der Vermittlungschancen von arbeitslosen Frauen und Männern, Stärkung der sozialen Teilhabe von arbeitslosen Frauen und Männern sowie Anregung und Kooperation von Netzwerkbildung vor Ort - haben die regionalen Gebietskörperschaften Konzeptionen mit eigenen spezifisch regionalen Aktivitäten entwickelt.

Die Förderung wird - das ergibt die Addition der Verabredungen - in 18 Zielvereinbarungen die Chancen für etwa 4 000 Brandenburgerinnen und Brandenburger ohne Job entsprechend dem Landtagsbeschluss vom März 2007 vor allem für Langzeitarbeitslose auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Wichtigstes Ziel ist, dass in der ersten Förderetappe bis April 2008 ca. 1 000 Arbeitslose entweder eine reguläre Beschäftigung oder Ausbildung aufgenommen oder sich selbstständig gemacht haben.

Die Zielvereinbarungen sind das Ergebnis eines intensiven Diskussionsprozesses in den Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs über die Verwendung der dem Regionalbudget zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds. In diesen Diskussionsprozess haben viele Akteure vor Ort ihre Anregungen eingebracht und Anliegen geäußert.

Die Regionalbudgetkonzeption wird nunmehr alljährlich aktualisiert und fortgeschrieben. Das strategische Ziel der sozialen Teilhabe lässt sich durch Erhöhung der Beteiligung von benachteiligten Personen in sozialen und gemeinwesenorientierten Netzwerken erreichen. Vor diesem Hintergrund ist die Berücksichtigung arbeitsloser, ehrenamtlich engagierter Personen, selbstverständlich auch Feuerwehrangehöriger, grundsätzlich zulässig und möglich und, ich darf hinzufügen, durchaus wünschenswert.

Über die Förderwürdigkeit dieses Anliegens muss auf regionaler Ebene ein Konsens hergestellt und dies in die Förderung durch das Regionalbudget aufgenommen werden.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Ich rufe die **Frage 1323** (Direktwahl der Landräte) auf, die Herr Abgeordneter Dr. Scharfenberg stellen wird.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Die Direktwahl der Landräte im Land Brandenburg ist nach wie vor umstritten, obwohl sich die Koalitionsfraktionen eigentlich grundsätzlich einig waren. Sowohl der versuchte Rückzug der SPD als auch der Streit der CDU um ein mögliches Vorziehen der Landratswahl auf 2009 weisen darauf hin, dass nach wie vor versucht wird, die Einführung dieser Direktwahl zu unterlaufen.

Ich frage die Landesregierung: Will sie die Einführung der Direktwahl der Landräte zum frühestmöglichen Zeitpunkt?

Präsident Fritsch:

Es antwortet der Innenminister.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dr. Scharfenberg, zunächst einmal bedanke ich mich für die besondere Anteilnahme. Das bin ich von Ihnen gar nicht gewohnt, aber ich freue mich immer über Überraschungen.

Wenn Sie einmal einen Blick in den Koalitionsvertrag werfen - ich nehme an, dass Sie das getan haben -, können Sie lesen, dass wir vereinbart haben, in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen für die Direktwahl der Landräte zu schaffen. Das tun wir.

Hierzu wird derzeit im Innenministerium ein Gesetzentwurf erarbeitet. Dieser wird dem Landtag zugeleitet werden. Nach der erfolgten Abstimmung werden wir darüber diskutieren. Ich habe nicht die Absicht, mich vorher an einer Diskussion darüber öffentlich zu beteiligen. Wenn der Entwurf abgestimmt ist, können wir darüber diskutieren.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Herr Innenminister, es gibt eine Nachfrage vom Fragesteller.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Minister, es geht das Gerücht um, dass sich die CDU-Mitglieder des Kabinetts in dieser Frage auf dem Rückzug befän-

den und es nicht mehr als zwingende Bedingung ansehen würden.

Ich frage Sie erstens: Ist die Einführung der Direktwahl der Landräte aus Ihrer Sicht nach wie vor eine zwingende Bedingung für die Novellierung der Kommunalverfassung?

Zweitens: Angesichts des Streits in den letzten Monaten frage ich Sie, Herr Minister: Sind Sie nicht wie ich der Auffassung, dass es der sicherste Weg für die Einführung der Direktwahl der Landräte wäre, wenn das zum frühestmöglichen Zeitpunkt geschehen würde, und dass dies zweifellos die Kommunalwahl im nächsten Jahr ist? Was spricht eigentlich dagegen, das zu tun, außer Ihrer Festlegung in der Koalitionsvereinbarung, die Sie in anderen Zusammenhängen auch nicht so ernst nehmen?

(Heiterkeit)

Minister Schönbohm:

Es gibt einen bekannten Lithographen mit Namen Weber. Dieser Lithograph Weber hat eine Lithographie geschaffen, die „Das Gerücht“ heißt: Wir sehen eine Figur durch die Straße fliegen. Während diese Figur durch die Straße fliegt, gehen alle Fenster auf und die Leute gucken heraus. Wenn sie das Gerücht fassen wollen, ist es schon weiter. Die nächsten Fenster gehen auf.

Punkt 1: Ich leiste keinen Beitrag zu Arbeitsgerüchten. Was Sie in die Welt setzen, ist ein Arbeitsgerücht. Sie wollen sehen, wie es arbeitet, welche Wirkung es im Sinne von Weber hat.

Punkt 2: Es gibt eine Diskussion. Herr Kollege Dr. Scharfenberg, Sie sollten wissen, dass Diskussion die Grundlage von Demokratie ist. Wenn wir keine Diskussion hätten, hätten wir keine Demokratie. Darum lassen wir diskutieren.

Punkt 3: Schauen Sie einmal in das Gesetz. Wie lange dauert die Amtszeit der Landräte? Die Landräte werden auf acht Jahre gewählt. Wenn die Amtszeit um ist, werden neue Landräte gewählt. Sie schlagen jetzt vor, dass die Wahl aller Landräte bei der Kommunalwahl 2008 erfolgen soll und dass alle Gesetze geändert werden.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Nein, das haben Sie falsch verstanden!)

- Ach so, na gut, dann überlegen Sie einmal, was Sie vorschlagen.

Ich finde, wir haben ein ganz transparentes Verfahren. Wir haben eine gute Diskussion, und diese Diskussion werden wir führen. Arbeitsgerüchte hin, Arbeitsgerüchte her: Fakten, Fakten, Fakten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Bis das Gerücht an allen Fenstern vorbei und wieder gelandet ist, entlasse ich Sie in die Mittagspause bis 13 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.00 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.01 Uhr)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten in die Nachmittagssitzung ein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Beitrag des Landes Brandenburg zur Senkung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen des Verkehrs

Antrag
der Fraktion der Linkspartei.PDS

Drucksache 4/4237

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Infrastruktur und Raumordnung

Drucksache 4/4739

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE. Frau Abgeordnete Tack erhält das Wort.

Frau Tack (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 8. März dieses Jahres

(Dr. Klocksin [SPD]: Am Frauentag!)

- genau, da war Frauentag - stand unser Antrag zur Senkung klimaschädlicher CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich auf der Tagesordnung.

Sie, meine Damen und Herren von den Fraktionen der SPD und der CDU, wollten einen Kompromiss. Darauf haben wir uns eingelassen. Sie wollten statt einer Debatte die Überweisung in den Fachausschuss. Damit waren wir einverstanden. Dabei kann es dann passieren - das ist häufig der Fall -, dass man hinterher das Schließen von Kompromissen bereut.

(Schulze [SPD]: Viermal wurde darüber beraten! - Zurufe von der SPD)

- Ja, das steht darin. Worüber wir jedoch beraten haben, lassen Sie sich am besten von Ihren Kollegen erzählen.

Mit diesem Kompromiss kamen wir Ihnen entgegen, weil Sie in der Debatte noch nicht sehr weit vorangekommen sind und zu unserem Antrag noch keinen Entschließungsantrag vorlegen konnten.

Im Ausschuss haben Sie - Sie werden sich erinnern; leider war ich zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend, habe es mir aber berichten lassen -, ohne die nötige inhaltliche Debatte geführt zu haben und ohne auf die Anhörung einzugehen, unseren Antrag abgelehnt. Alles war wieder einmal ein Verschiebebahnhof. Leider bleibt dabei das Anliegen, das wir gemeinsam tragen, auf der Strecke. Die Gründe dafür möchte ich noch einmal verdeutlichen. Ich denke, es ist Ausdruck Ihrer politischen Unentschlossenheit, dass Sie dem Antrag auf diese Art und Weise eine Ablehnung erteilen.

(Dr. Klocksin [SPD]: So doll war der nun auch nicht!)

- Sie hätten ihn ja besser machen können, Herr Kollege.

Sie verweisen in der Beschlussempfehlung darauf, dass der in der 50. Sitzung des Landtages am 7. Juni 2007 beschlossene Antrag zur Klimaschutzpolitik

„einen erheblich weitergehenden Handlungsauftrag an die Landesregierung aufgibt und im Zusammenhang mit dem Bericht der Landesregierung Integriertes Klimaschutzmanagement geeignet ist, die anstehenden Aufgaben zu bewältigen.“

Als ich das gelesen habe, wunderte ich mich. Wissen Sie eigentlich, was Sie mit Ihrem Antrag am 7. Juni beschlossen haben? - Ich gehe davon aus, dass Sie sich erinnern werden. Dennoch möchte ich Ihrer Erinnerung etwas nachhelfen. In Ihrem Antrag ist vom Bereich Verkehr bzw. von einzelnen Verkehrsträgern oder gar von der Verkehrspolitik keine Rede. Der Bezug zu diesem Politikbereich wurde erst durch unseren Änderungsantrag hergestellt. Jedoch lehnten Sie auch den ab; Sie werden sich erinnern.

Auf das völlig unzureichende Niveau des Klimaschutzmanagement-Berichtes der Landesregierung will ich erst gar nicht eingehen. Er hat wirklich ein unzureichendes Niveau. Darauf hat selbst Herr Dombrowski - ich sehe ihn im Moment nicht - in seiner Rede am 7. Juni - dies ist auch nachzulesen - völlig richtig hingewiesen, indem er noch einmal verdeutlichte, dass der gesamte ÖPNV-Bereich in diesem Klimaschutzmanagement-Bericht der Landesregierung fehle, nur - so hat er es begründet - weil er Geld koste und das dafür nötige Geld im Landeshaushalt freigemacht werden müsse. Diesbezüglich erhält Kollege Dombrowski - eventuell die Kollegen der CDU-Fraktion insgesamt - unsere Unterstützung; denn genau um Folgendes geht es: Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und Stärkung des öffentlichen Verkehrs.

Ich habe im Protokoll der Sitzung noch einmal die Debatte nachgelesen und festgestellt, dass Frau Gregor - sie ist leider nicht da - eine sehr beachtenswerte Rede zum Klimaschutz gehalten hat. Vor allem hat sie sehr prononciert dazu gesprochen, was die G8-Staaten und der Bund tun müssen und dass das Land Brandenburg nötige Zielstellungen und Maßnahmen zu beschließen hat. Das fand ich sehr interessant. Dies passt jedoch nicht dazu, dass Sie im Ausschuss unseren Antrag abgelehnt haben und dies auch mit der heutigen Beschlussempfehlung erneut tun wollen; denn der Inhalt der Rede von Frau Gregor zu diesem Thema steht konträr zu Ihrem Handeln und zu dem, wie Sie heute abstimmen wollen. Das gibt mir schon zu denken. Deshalb frage ich Sie: Wie ernst wollen Sie das Thema Klimaschutz nehmen, wenn keine konkreten Zielsetzungen - bezogen auf den Bereich Verkehr - beschlossen wurden?

Meine Damen und Herren, Sie sagen es des Öfteren, und ich möchte es heute auch noch einmal unterstreichen: Verantwortung für die kommenden Generationen zu tragen heißt auch, umgehend alle Anstrengungen für einen wirkungsvollen Klimaschutz zu unternehmen. Dazu gehört auch, den klimaschädlichen CO₂-Ausstoß im Straßen- und Luftverkehr wirksam zu reduzieren. Ich denke, diesbezüglich sind wir uns einig.

Der Verkehrssektor ist mit 20 % am CO₂-Ausstoß beteiligt und damit ein maßgeblicher Verursacher klimaschädlicher Emissionen. Dabei - auch das wissen Sie - entfällt der Hauptanteil von

etwa 90 % auf den Straßenverkehr. Die anhaltend hohen Wachstumsraten im Straßen- und Luftverkehr tragen zu einer Verschärfung der Klimaproblematik bei.

Die mit dem Integrierten Verkehrskonzept 2002 selbst gesetzten Ziele - Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs -, die meine Fraktion ausdrücklich unterstützt, haben bisher zu keinen adäquaten politischen Handlungen geführt.

Im Bericht der Landesregierung zum Klimaschutzmanagement gibt es eine Einschätzung, die ich kurz vortragen möchte:

„Mit der zielgerichteten Umsetzung des Integrierten Verkehrskonzeptes des Landes und weitergehender Maßnahmen besteht die Möglichkeit, bis zum Jahr 2010 1,0 bis 1,5 Millionen Tonnen CO₂ zu vermeiden.“

Einerseits ist das eine große Herausforderung. Andererseits bedeutet das aber auch, dass das Integrierte Verkehrskonzept eine gute Grundlage ist, wenn es mit abrechenbaren Zielsetzungen und Maßnahmen untersetzt wird. Ich bin der Meinung, dass das eine Handlungsrichtlinie wäre, zu der wir uns gemeinsam verständigen sollten.

Die Fraktion Die Linke kann der Beschlussempfehlung aus den genannten Gründen heute keine Zustimmung geben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Für die SPD-Fraktion erhält Herr Dr. Klocksinn das Wort.

Dr. Klocksinn (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin betrübt über die Dramaturgie, deren Zeuge wir eben sein durften, konnten oder mussten.

(Zuruf der Abgeordneten Tack [DIE LINKE])

Liebe Frau Kollegin Tack, nun mag sich das eine oder andere nicht immer so entwickeln, wie man es gern hätte. Dass die anderen aber nicht wissen, worüber sie sprechen bzw. was das Thema ist, kann beim besten Willen nicht so stehengelassen werden.

Liebe Frau Kollegin Tack, wenn wir uns noch einmal ansehen, wie die Entwicklung des von Ihnen gestellten Antrags ist, so können wir konstatieren: Dieser Landtag hat mit Mehrheit - dazu reichen bekanntermaßen Ihre Stimmen nicht - den Antrag in den Ausschuss zur Beratung überwiesen. Ich glaube, das dokumentiert - entgegen der sonst eventuell etwas rabulistischen Form der internen Kommunikation -, dass durchaus die Bereitschaft besteht, bei diesem zentralen Thema sachbezogen zusammenzuwirken. Dies ist geschehen.

Wir haben auch zu konstatieren, dass die Zeit - verzeihen Sie, wenn ich das so formuliere - über Ihren Antrag hinweggegangen ist. Es gab nämlich nicht nur den Bericht der Landesregierung, sondern auch den Antrag vom 7. Juni. Der Bericht der

Landesregierung, den Sie etwas schmähend beschrieben haben, enthält sicherlich nicht die ausführlichsten Darlegungen zum Thema Verkehr.

(Zuruf der Abgeordneten Tack [DIE LINKE])

Dennoch erlaube ich mir, einen kleinen Passus zu zitieren:

„Das Land Brandenburg bekennt sich zu den auf der Konferenz von Rio de Janeiro beschlossenen Zielen der Lokalen Agenda 21. Die Sicherung einer nachhaltigen, auf Dauer verantwortbaren Mobilität ist deshalb eine Hauptaufgabe der Verkehrspolitik.“

(Frau Tack [DIE LINKE]: Genau!)

- Da haben wir ja wieder eine große Übereinstimmung.

„Gleichzeitig sollen schädliche Wirkungen des motorisierten Verkehrs auf Menschen, Umwelt und Natur durch Nutzung der ökologisch und ökonomisch vorteilhaftesten Verkehrsträger verhindert, zumindest jedoch vermindert werden.“

Ich glaube, das dokumentiert sehr wohl ein klares Prä für den ÖPNV und SPNV. Es gibt auch den expliziten Bezug auf das Integrierte Verkehrskonzept. Ich denke, wir sind gut beraten, darauf aufzubauen und zu schauen, was die Landesregierung tut. Wie wurde vorhin zu der Forstreform gesagt? Wir werden sehr wohl verfolgen, was da passiert, weil es in unserem gemeinsamen und eigenen Interesse als Parlament liegt.

Das bedeutet, dass wir natürlich auch die Fortschreibung des Integrierten Verkehrskonzepts brauchen. Natürlich brauchen wir im Rahmen des in der Aufstellung befindlichen Landesverkehrsplans entsprechende Ausstattungen. Und ich will nicht leugnen, dass der Haushalt 08/09 und unser Beitrag zur Finanzierung des ÖPNV und SPNV ein wesentlicher Hinweis darauf sein werden, wie ernst die Absicht gemeint ist. Wir werden das gemeinsam verfolgen, und ich bin ganz zuversichtlich, dass wir Zeichen setzen können und in Brandenburg sehr wohl die Klimaschutzziele der Bundesregierung nicht nur für richtig halten, sondern auch unterstützen.

Ich freue mich - ich sage das ohne Häme und Ironie -, dass es der Bundeskanzlerin vor einigen Tagen gelungen ist, im Rahmen des Energiegipfels deutlich zu machen, dass die Zeit der gemeinsamen Absichtserklärungen für spätere Handlungen vorüber ist und man sehr wohl erwartet, dass die Energieversorgungsunternehmen und die Energieverbände hier tätig werden. Das geschieht. Dies gilt für unser Land Brandenburg in besonderem Maße, weil es natürlich auch um die Frage des fossilen Energieträgers Braunkohle geht. Die damit verbundene Frage lautet: Was bedeutet es wirtschaftlich für den Betreiber, wenn er künftig für das, was er an Investitionen leistet, mehr zu zahlen hat?

Ich möchte noch einmal zitieren, und zwar Bundesumweltminister Gabriel:

„Unsere langfristigen Klimaschutzziele und der Einsatz heimischer CO₂-intensiver Energieträger vertragen sich auf Dauer aber nur, wenn für die Kohleverstromung so schnell wie möglich Technologien für eine massive Ver-

ringerung des CO₂-Ausstoßes wie zum Beispiel die Abspaltung und Einlagerung von CO₂ zur Marktreife entwickelt und angewandt werden.“

Ich kommentiere an dieser Stelle: Wenn es denn überhaupt gelingt; denn den Nachweis dafür haben wir noch nicht führen können.

„Den nötigen Anreiz dazu würden wir jedoch ausschalten, wenn wir der Braunkohleverstromung zusätzliche Zertifikate in Millionenhöhe zuteilen würden. Die Forderung nach Einführung eines dritten Benchmarks für Braunkohle ist daher klimapolitisch nicht zu verantworten und energiepolitisch auch nicht begründet.“

Das ist die Linie, die der Sozialdemokrat Gabriel vorgegeben und die die Kanzlerin in der Diskussion mit den Energieversorgungsunternehmen aufgenommen hat. Ich halte das für bemerkenswert, auch hinsichtlich der Anstrengungen der Bundesregierung, tätig zu werden. An dieser Stelle erwarten wir natürlich die Fortsetzung, die Fortschreibung des Energieberichts 2010, der aus dem Jahr 2002 stammt, aber nicht mehr den Ausblick auf die nächsten 20 Jahre bringt. Ich glaube, da werden wir uns in der Energiepolitik ebenso wie in der Klimaschutzpolitik neu ausrichten müssen.

Ich bin zuversichtlich, dass Ihr Verständnis dahin geht, mit uns gemeinsam im Dezember, wenn der Bericht der Landesregierung vorliegt, den zum Klimaschutz in Brandenburg beschlossenen Antrag umzusetzen. Dann werden wir gemeinsam und auch sehr kritisch schauen, ob der Bereich Verkehr, der unser Ausgangspunkt war, auch angemessene Berücksichtigung gefunden hat. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält der Abgeordnete Schulze. Während er zum Pult kommt, begrüße ich ganz herzlich die Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Talsand in Schwedt. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Schulze (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schuster, bleib bei deinen Leisten! Die Fraktion DIE LINKE versucht sich mit ihrem Antrag auf einem komplexen Terrain. Aber es bleibt beim Versuch. Im Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung hatten wir hierzu am 31. Mai eine sehr differenzierte Anhörung. Die gehörten Experten haben umfangreiche Ausführungen zu den Ursachen klimaschädlicher CO₂-Emissionen, zu deren Bedeutung für den sogenannten Treibhauseffekt sowie zu möglichen politischen Reaktionen gemacht, zumindest soweit die Politik hier überhaupt Einfluss nehmen kann.

Sowohl die Anhörung als auch die daran anschließende Diskussion haben im Ergebnis keine deckungsgleiche Einschätzung zur Bedeutung des Straßenverkehrs für den Klimawandel ergeben und schon gar keine eindeutigen Konsequenzen. Das Ergebnis entspricht keineswegs dem Tenor der heute zu debattierenden Initiative der antragstellenden Fraktion. Insbesondere

für die Frage, ob und inwieweit die Einführung eines Tempolimits für eine nennenswerte CO₂-Reduktion brauchbar ist, ist schon die Feststellung des Experten des ADAC Brandenburg e. V. prägnant: Bezogen auf den CO₂-Gesamtausstoß aller Wirtschaftsbereiche in Deutschland würde ein allgemeines Tempolimit lediglich eine CO₂-Reduktion von 0,12 % bewirken.

Die Fraktion DIE LINKE will in der Diskussion zu klimarelevanten CO₂-Emissionen suggerieren, mit einem Tempolimit das Allheilmittel gefunden zu haben. Dass es sich dabei um bloßen Populismus handelt, hat letztendlich auch die Anhörung gezeigt. So hat auch der Anzuhörende des Verbandes der Automobilindustrie im Ergebnis bestätigt, dass zum Beispiel eine Geschwindigkeitsabsenkung um 30 km/h keinen relevanten Beitrag zur Emissionsreduktion darstellt, sondern - das ist schon hoch gerechnet, meine Damen und Herren - allenfalls eine Reduktion um 0,3 % bewirkt. Der Anzuhörende bezog sich hierbei nicht auf eigene Zahlen, sondern auf die einschlägigen Veröffentlichungen der Bundesregierung. Es handelt sich also nicht um eine leere Behauptung, sondern um externes Zahlenmaterial.

Der Ausschuss hat sich wirklich differenziert mit den Kausalitäten für klimarelevante CO₂-Emissionen auseinandergesetzt. Im Ergebnis kann ich nur sagen, dass Klimaschutz nicht Stammtischpopulismus der Partei DIE LINKE braucht, sondern Politik mit Augenmaß.

(Beifall bei der DVU)

Die Fokussierung einer Emissionsquelle bringt uns hier nicht weiter. Aber auch, wenn man in diesem Zusammenhang nur den Straßenverkehr betrachtet, sind die Ursachen für erhöhten CO₂-Ausstoß sehr unterschiedlicher Art. Dazu habe ich bereits in meiner Rede zur Plenarsitzung im März detailliert Ausführungen gemacht. Ich brauche das heute nicht alles zu wiederholen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Klocksinn [SPD])

- Herr Klocksinn, so etwas merken Sie sonst gar nicht. - Wir lehnen daher den Antrag ab und stimmen der Beschlussempfehlung des Ausschusses zu.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält der Abgeordnete Schrey. Er spricht für die CDU-Fraktion.

Schrey (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die EU-Ratspräsidentschaft verkündet in persona von Frau Merkel:

„In Europa verpflichten wir uns, bis zum Jahr 2020 20 %, und wenn andere Verursacher wie die USA mitmachen, sogar 30 % dieser Emissionen einzusparen.“

Gemeint sind die klimaschädlichen CO₂-Emissionen.

In vielen Gremien und Institutionen wird zurzeit über das Thema gesprochen, nicht, weil es populär, sondern weil es akut ist.

Die UN-Klimastudie hat es noch einmal nachgewiesen. Aus diesem Grund hat unsere Fraktion eine Aktuelle Stunde mit diesem Thema versehen. Mein Kollege Dombrowski hatte bei dieser Gelegenheit schon auf die Auswirkungen, die mit dem globalen Klimawandel auch auf Brandenburg zukommen, hingewiesen. Der Infrastrukturausschuss hat sich mit diesem Antrag in mehreren Sitzungen und in einer Anhörung beschäftigt. Leider wurden dabei nur die bekannten Erkenntnisse der Gegner und Befürworter dargestellt. Deshalb hat der Ausschuss unter anderem den Antrag in seiner Beratung am 28. Juni mehrheitlich abgelehnt.

Lassen Sie mich zwei Gründe nennen, warum wir so gehandelt haben. Meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, Ihr Ansinnen in allen Ehren, aber nur im Verkehrsbereich Maßnahmen zu ergreifen, um die CO₂-Emissionen zu senken, greift eindeutig zu kurz. Wenn man sich die Grafik vom Landesumweltamt ansieht, stellt man fest, dass der Verkehr einen sehr geringen Einfluss hat. Es kam auch bei der Anhörung eindeutig zum Ausdruck, dass es nicht wegzudiskutieren ist.

Den weitaus größeren Anteil nimmt der sogenannte Umwandlungsbereich ein. Schon im Jahr 2002 hat die Landesregierung mit dem Integrierten Verkehrskonzept Maßnahmen ergriffen, die die Verringerung der Umweltbelastung und die Sicherung des Beitrags zur Erhaltung der internationalen Verpflichtungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen als Ziel haben. Das betrifft sowohl die Fahrzeugtechnik als auch verkehrslenkende und verkehrsbeeinflussende Maßnahmen. Im Jahr 2000 konnte erstmals ein Rückgang der Emissionen festgestellt werden. Das zeigt doch, dass das Integrierte Verkehrskonzept in diesem Punkt gegriffen hat.

Als zweiten Grund für die Ablehnung des Antrags sehe ich einen Beschluss des Landtags vom 7. Juni 2007. Darüber wurde schon gesprochen. Der damals verabschiedete Antrag der Koalition fordert die Landesregierung auf, auf der Grundlage der im Klimaschutzbericht beschriebenen Handlungsfelder einen Maßnahmenkatalog mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Senkung klimarelevanter Gase und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels für Brandenburg zu erarbeiten und dem Landtag bis Dezember 2007 vorzulegen.

Da die Beschlusslage noch Gültigkeit hat, ist sie auch Handlungsgrundlage für die Landesregierung. Mit diesem Beschluss wurde sie außerdem beauftragt, dem Landtag regelmäßig einen Bericht vorzulegen. Das Landesumweltamt hat Ende des letzten Jahres in seinen Fachbeiträgen eine fundierte Datenerhebung zum Integrierten Klimaschutzmanagement im Land Brandenburg veröffentlicht. Diese stellt die erste Grundlage dar.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas Grundsätzliches sagen. Hysterie ist bei diesem Thema wahrlich kein guter Freund. Es nützt nichts, nur auf die Autofahrer zu schimpfen und für sie Umweltzonen einzurichten. Wir können eine nachhaltige Verringerung der CO₂-Emissionen nur erreichen, wenn wir alle Bereiche betrachten. Dazu gehört neben dem Verkehr auch das energiebewusste Bauen, seien es das Eigenheim oder große Bürogebäude. Auch hier müssen wir in Zukunft bewusster agieren.

Der größte Anteil bei den Emissionen entfällt auf die Kraftwerke und Fernheizwerke. Hier ist das Wirtschaftsministerium mit

seiner Energiestrategie 2010 ebenfalls auf dem richtigen Weg. Wir sollten uns jedoch nicht nur auf die großen Baustellen verlassen. Jeder ist aufgerufen, etwas zu tun, und jeder kann es auch, denn die privaten Haushalte tragen immerhin mit 13 % zum CO₂-Ausstoß bei. Lassen Sie uns alle gemeinsam handeln, damit es zum Erfolg führen kann. - Danke.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Schrey. - Das Wort erhält Minister Dellmann.

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann:*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gab ja eben langanhaltenden stürmischen Beifall aus den Reihen der CDU-Fraktion.

Sehr geehrte Frau Tack, wir müssen genau überlegen, ob es notwendig ist, ein weiteres, neues Konzept zu erarbeiten, oder ob es ausreicht, das, was beschlossen ist und wofür konzeptionelle Grundlagen erarbeitet wurden, in die Praxis umzusetzen. Ich glaube, in diesem Fall hat der Landtag eine ausreichende und umfassende Beschlusslage. Es gilt jetzt, die Beschlusslage in Taten umzusetzen und mit Leben zu erfüllen.

Ich will ein wichtiges Programm anführen, das momentan vielleicht nicht so in Ihrem Blickfeld ist. Es geht um die komplette Überarbeitung der Landesplanung mit den Teilbereichen Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg. Diese neue Landesplanung richtet sich darauf, dass auch im Bereich des Verkehrs darauf geachtet wird, dass SPNV und ÖPNV in Brandenburg Vorfahrt haben und Siedlungsentwicklung schwerpunktmäßig auch an den Achsen des SPNV stattfindet. Sie ist ein konkreter Beitrag zum Thema Klimaschutz.

Oder nehmen Sie die Diskussion, welche Mittel wir in Brandenburg - das betrifft auch Regionalisierungsmittel für SPNV und ÖPNV - bereitstellen. Die Landesregierung, Frau Tack, hat vor einigen Tagen den Haushaltsentwurf 2008/09 bestätigt. Ich bin sehr froh, mitteilen zu können, dass in diesem Haushaltsjahr Mittel in gleicher Höhe wie 2007 zur Verfügung stehen werden.

Man sollte auch einmal den Vergleich mit anderen Bundesländern anstellen. Pro Kopf der Bevölkerung stehen in Brandenburg signifikant mehr Mittel für SPNV und ÖPNV als beispielsweise in Bayern zur Verfügung. Man sollte nicht immer nur so tun, als sei alles sehr schlimm, sondern auch anerkennen, welche Leistungen in diesem Bereich tatsächlich gebracht werden.

Natürlich steht gerade im ländlichen Raum die Frage der Sicherung von Mobilität. Auch dort sind wir mit unseren Angeboten, zum Beispiel bezüglich von Rufbussen, Vorreiter. Wenn ich mir die Untersuchung im Jahre 2005 anschau, so finden sich dort Beispiele, wo wir Vorreiter sind. Diese gilt es fortzuführen und Ähnliches an anderer Stelle umzusetzen.

Ich will ein anderes aktuelles Thema ansprechen, das mittel- und langfristig bezüglich des Klimaschutzes wichtig ist. Das

ist die Bahnreform. Selbst diese hat etwas damit zu tun, denn die Frage, wer auf Dauer für die Infrastruktur zuständig ist, ist ganz entscheidend. Nur wenn wir sichern, dass auch in diesem Bereich der Einfluss der öffentlichen Hand ausreichend gewährleistet ist - aus meiner Sicht zu 100 % -, ist das die Voraussetzung für guten SPNV und ÖPNV auf der Schiene.

Meine Damen und Herren, Sie haben es in den vergangenen zwei Tagen zum Teil mitdiskutiert und verfolgt. Auch das neue Konzept, das Blaue Netz, ist ein klarer Beitrag zum Thema Klimaschutz, denn wir sagen ganz bewusst, dass wir unsere Verkehrsinvestitionen im Bereich Straße auf die wichtigsten Maßnahmen konzentrieren. Auch das ist ein Beitrag zur Senkung klimaschädlichen Ausstoßes.

Oder denken Sie an das Thema Tempo 130. Es ist das erste Mal in Deutschland, dass sich der Verkehrsminister eines Landes für Tempo 130 ausgesprochen hat. Das ist aus meiner Sicht vielleicht ein kleiner, aber deutlicher Baustein. Es geht also nicht nur um Konzepte, sondern auch um die konkrete Umsetzung.

Ein nächstes Thema betrifft das Alleekonzept. Dieses ist einmalig; so etwas gab es in Deutschland bisher noch nicht. Es wird jetzt erarbeitet, auch wenn der Kollege Klocksinn im Einzelfall noch Diskussionsbedarf sieht. Wir können gern diskutieren, aber im Grundsatz sind wir übereingekommen, dass unser Ziel, jedes Jahr Tausende von Alleebäumen zu pflanzen, auch einen Beitrag zum Klimaschutz darstellt.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu? - Frau Tack, bitte.

Frau Tack (DIE LINKE):

Herr Minister, wir treffen uns in unseren Positionen in vielen Fragen: Tempolimit, Bahnreform, ÖPNV usw. Wir haben sehr begrüßt, dass sich Minister Woidke gemeinsam mit Ihnen in der Presse zu einem Tempolimit auf Autobahnen ausgesprochen hat. Wir wissen, dass es dabei nicht nur um eine sinnvolle Begrenzung der Geschwindigkeit und um die Senkung des Unfallrisikos geht, sondern in erster Linie um den CO₂-Ausstoß. Das haben Sie jetzt alles wunderbar dargestellt.

Ich frage Sie, warum dann in dem von den Koalitionsfraktionen beschlossenen Antrag der Verkehrsbereich keine Rolle spielt, explizit einfach nicht genannt wird, wo es doch so viele positive Beispiele gibt, die abrechenbar wären und wo man ein umzusetzendes Ziel hätte.

(Dr. Klocksinn [SPD]: Das kann er gar nicht beantworten!)

Minister Dellmann:

Ich kann es etwas beantworten. In dem Material, das die Landesregierung erarbeiten wird, wird selbstverständlich das Thema Verkehr sehr stark vorkommen. Sie brauchen keine Sorge zu haben. Wir werden uns entsprechend daran beteiligen, so dass auch unsere Probleme einfließen werden.

Ich möchte noch auf zwei Sachen aufmerksam machen, die für mich dazugehören. Zurzeit gibt es eine heftige Diskussion zum

Thema Emissionshandel. Ich glaube, Frau Tack, dass das Thema Luftverkehr/Emissionshandel auf europäischer Ebene einfach mit hineingehört, auch angesichts der Diskussion, welche Rolle zukünftig der Luftverkehr spielen wird.

Ich möchte an dieser Stelle etwas sagen, was momentan in Brandenburg keine so große Rolle spielt. Ich war vorgestern auf einer Konferenz zum Thema Nutzung von Binnenwasserstraßen. Dem Thema schadstoffarme Kraftstoffe im Zusammenhang mit Binnenschifffahrt kommt eine wichtige Bedeutung zu. Wir werden im 2. Halbjahr eine entsprechende Bundesratsinitiative mit starten, weil auch diese kleinen Bausteine dazu beitragen, dass wir als Brandenburger bezüglich der Senkung von Emissionen für das gesamte Segment Verkehr Vorreiter sein können. Deshalb bin ich durchaus optimistisch, dass wir uns - wie Sie, Frau Tack, gesagt haben - in fast allen Punkten einig sind. Gehen Sie davon aus, dass das Problem bei der Regierung und vor allen Dingen auch bei der Koalition in guten Händen ist. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Wir sind damit am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Ihnen liegt die Beschlussempfehlung in der Drucksache 4/4739 vor. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen diese Beschlussempfehlung? - Wer enthält sich der Stimme? - Mit Mehrheit ist dieser Beschlussempfehlung zugestimmt worden. Sie ist damit angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Außenwirtschaftskonzept des Landes Brandenburg

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 4/4777

Ich eröffne die Aussprache. Der Abgeordnete Müller hat das Wort. Bitte schön.

Müller (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit dem Positiven anfangen. Brandenburg erzielt seit Jahren einen Ausfuhrrekord nach dem anderen. Zum Beispiel waren es von Januar bis April 2007 Ausfuhren im Wert von 3,5 Milliarden Euro. Das waren gegenüber dem Vorjahreszeitraum 1,2 Milliarden Euro mehr. Auch die Exportquote hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert, und zwar von 2 % im Jahre 1996 auf 8 % im Jahre 2005. Im verarbeitenden Gewerbe stellt sich das noch ein bisschen besser dar. Dort waren es vor einigen Jahren 8 %, und jetzt liegen wir bei 25 %. Das sind eigentlich ganz ordentliche Zahlen.

Wenn man diese Zahlen mit denen in den westlichen Bundesländern vergleicht, stellt man allerdings fest, dass wir noch weit dahinter zurückliegen. Die Exportquote in Westdeutschland insgesamt liegt bei 20 %. Das ist mehr als doppelt so viel

wie bei uns. Im verarbeitenden Gewerbe sieht es ähnlich aus. Hier ist mit 39 % der Abstand zu unseren entsprechenden Zahlen sehr groß.

Wenn man die Ursachen zu ermitteln versucht, wird man relativ schnell fündig. Die Wirtschaftsstruktur in Brandenburg ist eben anders als die in den meisten westdeutschen Bundesländern. Bei uns ist der Anteil an sehr kleinen Unternehmen viel höher. Wenn man sich dann die Unternehmen in den Größenklassen anschaut, kommt man sehr schnell zu dem Ergebnis, dass sich insbesondere die kleinen Unternehmen beim Export in der Regel schwerer tun als große Unternehmen. Das ist auch in Brandenburg so. Im Bereich der großen Exporteure findet man hier etwa Rolls-Royce, PCK Schwedt und ähnliche Unternehmen, die eigentlich Global Player sind und nicht etwa zu den Kleinstunternehmen zählen.

Insofern muss sich das, was wir im Hinblick auf die Erschließung von Märkten außerhalb Brandenburgs an Förderung machen wollen, auch sehr stark an der hiesigen Wirtschaftsstruktur orientieren. Wir müssen also versuchen, Konzepte zu entwickeln, mit denen wir insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen können. Wir müssen den Mittelstand stärken und können damit auch erreichen, dass die Erschließung von Auslandsmärkten für diese Unternehmen einfacher wird.

Diese Überlegungen sind natürlich nicht neu. Was ich beschrieben habe, ist ein Phänomen, das es seit vielen Jahren gibt. Auch schon in den 90er Jahren war uns klar, dass hier ein Problem liegt. Insofern gab es Ende der 90er Jahre, genau genommen im Jahr 2000, die Überlegung, eine neue Variante dafür zu finden, wie man die Unternehmen dabei unterstützen könnte, mit ihren Produkten im Ausland Fuß zu fassen. Ergebnis dieser Überlegung waren die Auslandsplattformen, die Minister Fürniß damals eingerichtet hat. Es wurden finanziell sehr gut ausgestattete Einrichtungen in Dubai, Detroit, Moskau und Singapur geschaffen. Hinzu kam ein Wirtschaftsbüro im lettischen Riga, das mit der Handwerkskammer zusammen aufgebaut worden ist.

In diese Auslandsplattformen wurde tatsächlich eine ganze Menge Gewicht gepackt, wobei „Gewicht“ in diesem Fall auch „Geld“ heißt. Um das Jahr 2004 herum wurden diese Auslandsplattformen evaluiert. Das war also ziemlich genau zur Zeit der letzten Landtagswahl. Insofern haben wir die Evaluationsergebnisse auch, kurz nachdem damals der neue Landtag seine Arbeit aufgenommen hat, zur Kenntnis genommen.

Die damalige Evaluierung hat erbracht, dass es kaum Effekte bei der Ansiedlung von ausländischen Unternehmen in Brandenburg gegeben hat und dass auch die Effekte durch die Unterstützung unserer Unternehmen an den Standorten der Auslandsplattformen überschaubar gewesen sind, wie ich es einmal formulieren möchte. Deshalb gab es dort eine erste Konsequenz, indem ab dem Jahr 2004 die Auslandsplattformen nicht mehr als Auslandsplattformen, sondern als Auslandsrepräsentanzen weitergeführt worden sind. Sie wurden also umbenannt. Ich habe das einmal „Auslandsplattformen light“ genannt.

Das Ganze ging einher mit der Schließung der Auslandsplattform in Detroit. In der Zwischenzeit gibt es auch die Einrichtung in Singapur nicht mehr. Die Auslandsplattform in Moskau

und nach meinem Kenntnisstand auch die in Dubai soll es noch geben.

Die Aufgabe der Auslandsrepräsentanzen wurde verändert. Sie sollten eben nicht mehr der große Ansiedler in Brandenburg sein, sondern es ging vor allem um die Unterstützung der hiesigen Unternehmen bei der Erschließung der Märkte an den Standorten der Repräsentanzen.

Wenn man sich das jetzt, einige Jahre danach, wieder anschaut, dann muss man wohl feststellen, dass die Erfolge kaum messbar sind. Dazu kommt noch, dass die Konzentration dieser Strategie auf zwei Zielgebiete nicht die Interessen der Brandenburger Wirtschaft widerspiegelt, die viel weiter gestreut sind. Zielgebiete wie Polen, Tschechien, Irland können dabei eben nicht vernünftig betreut werden, weil das dort wegen nicht angesiedelter Repräsentanzen nicht funktioniert.

Man muss daraus eigentlich das Resümee ziehen, dass die Auslandsrepräsentanzen bei allem Engagement der Mitarbeiter, wobei ich hier insbesondere die Repräsentanz in Moskau erwähnen möchte, ein ungeeignetes Instrument für eine außenwirtschaftliche Strategie des Landes Brandenburg sind. Genau deshalb wollen wir mit dem vorliegenden Antrag versuchen, das zu begleiten, was an Veränderung hier notwendig ist. Wir brauchen eine strategische Neuorientierung bei der Marktzugangs- und Außenwirtschaftsförderung. Das soll durch unseren Antrag mit begleitet und auch ein Stück weit initiiert werden.

Ich möchte einige Eckpunkte ansprechen, die aus unserer Sicht dabei eine Bedeutung haben müssen.

Wir sollten versuchen, in stärkerem Maße vorhandene Strukturen zu nutzen. Wir wissen, dass es an verschiedensten Standorten in Europa, aber auch darüber hinaus bereits Einrichtungen gibt, die sich genau mit dem Thema der Markterschließung beschäftigen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur die Auslandshandelskammern nennen, die von der IHK initiiert worden und an sehr vielen Standorten auch sehr stark in die Wirtschaftsgeflechte eingebunden sind.

Wir wollen weiterhin, dass der Marktzugang im Verbund möglich ist, das heißt, dass auch Unternehmensgruppen gemeinsam auftreten können, weil gerade die kleinen Unternehmen in der Gruppe häufig stärker sind, als wenn sie allein auftreten.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Außenwirtschaftskompetenz gerade in kleinen Unternehmen gestärkt wird. Große Unternehmen haben dafür eine eigene Abteilung, was in kleinen Unternehmen in der Regel nicht der Fall ist. Deswegen muss der Aufbau von Kompetenzen hier im stärkeren Maße unterstützt werden.

Wir halten es für sinnvoll, die Projektförderung statt der Büroförderderung in den Vordergrund zu stellen. „Projektförderung“ heißt ganz schlicht, dass derjenige, der wirklich irgendwo Fuß zu fassen versucht, bei dem Projekt, das er dort hat, unterstützt wird, und zwar vergleichsweise unabhängig von dem Standort seiner Aktivität; denn wir können ja wohl kaum vorschreiben, wo genau im Ausland unsere Unternehmen erfolgreich sein können.

Das bedeutet, dass wir im Gegenzug eine Zurückhaltung bei der geografischen Prioritätensetzung brauchen, will heißen,

dass etwa die Festlegung, dass es zwei Standorte gibt, die gut für Brandenburg sind, nicht hilft, wenn man sich die Realität bei den Unternehmen anschaut, deren Aktivitäten viel breiter gestreut sind. Wir müssen also erreichen, dass die anderen interessanten Zielgebiete, was die Betreuung unserer Unternehmen angeht, genauso gut versorgt werden können.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Kooperation mit Berlin. Zwar ist es schon lange so, dass wir von einem gemeinsamen Wirtschaftsraum sprechen, dass es auch - das muss man an der Stelle ebenfalls hervorheben - bei der Messförderung eine gute Zusammenarbeit gibt. Das gilt allerdings nicht für die Projektförderung, obwohl die Unternehmen gerade in Berlin-Brandenburg häufig versuchen, gemeinsam Projekte im Ausland auf den Weg zu bringen. Wir brauchen also eine bessere Abstimmung mit Berlin, damit solche Unternehmensgruppen, die gemeinsam auftreten wollen, auch nach einem geschlossenen Förderkonzept unterstützt werden können, damit wir das, was wir im Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg an Potenzial haben, auch bei der Erschließung von Märkten außerhalb Deutschlands entsprechend gut nutzen können. Wenn uns das gelingt, haben wir unseren Beitrag geleistet. Wir können das, was die Unternehmen im Ausland machen, natürlich nicht ersetzen, aber wir können die Hürden, die unsere Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte zu überwinden haben, niedriger machen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält der Abgeordnete Christoffers. Er spricht für die Fraktion DIE LINKE.

Christoffers (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann nahtlos an das anknüpfen, was Herr Kollege Müller gesagt hat. Erstens: Die Debatte um die Außenhandelsstrategie des Landes Brandenburg begleitet uns seit mehreren Jahren. Ich erinnere nur an die Auseinandersetzungen über die Auslandsplattform, die hier im Parlament mehrfach geführt worden sind.

Ich möchte als Ausgangspunkt meiner Rede zwei Punkte wählen. Erstens ist selbstverständlich die Unterstützung des Exports eine Thematik, mit der wir die konjunkturelle und strukturelle Situation im Land Brandenburg verbessern können, allerdings nur in der Einheit der Stärkung von Binnenmarktkräften und der Unterstützung von Exportkräften. Nur in dieser Einheit kann es gehen. Dabei spielt eine eigenständige Exportstrategie eine große Rolle.

Zweitens - Herr Müller sprach das an -: Trotz beeindruckender Wachstumsraten, die darauf hinweisen, dass wir eine bestimmte Dynamik in der Entwicklung zu verzeichnen haben, haben wir bundesweit nach wie vor - absolut gesehen - die niedrigste Exportquote. Das muss man so deutlich sagen. Daraus resultieren Besonderheiten, die wir in der Strategie berücksichtigen müssen. Insofern begrüße ich, dass das Wirtschaftsministerium bis zum IV. Quartal hierüber einen Bericht vorlegen soll, weil die Ergebnisse dieses Berichtes dann unmittelbar in unsere eigenen politischen Überlegungen zu den Haushaltsberatungen eingespeist werden können, was letztendlich die Nagelprobe

sein wird, inwieweit man dann tatsächlich bereit ist, eine neue Exportstrategie inhaltlich und finanziell umzusetzen. Insofern wird auch meine Fraktion diesem Antrag selbstverständlich zustimmen.

Ich möchte aus unserer Sicht allerdings auf einige Probleme aufmerksam machen; ich bitte darum, dass diese in den Bericht aufgenommen werden bzw. Position dazu bezogen wird.

In dem Antrag wird beispielsweise definiert, dass sich die Außenhandelsförderung sehr stark auf die Branchenkompetenzfelder orientieren soll. Wir haben die Aussagen des Wirtschaftsministers und anderer Vertreter der Landesregierung, dass die Branchenkompetenzfelder gegenwärtig evaluiert werden. Was heißt denn jetzt, die Außenwirtschaftsförderung auf Branchenkompetenzfelder konzentrieren zu wollen? Auf welche Branchenkompetenzfelder soll das denn sein? Die Evaluierung läuft. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Nach Aussagen des „Deutschen Handwerksblattes“ sind mehr als 80 % derjenigen Unternehmen, die Nachfragen bei Wünschen zur Unterstützung von Exportkonditionen stellen, kleine Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten. - Herr Müller wies auf die Betriebsgrößenstruktur schon hin. - Sie haben aber mit den Branchenkompetenzfeldern im Regelfall wenig zu tun. Das heißt, wenn wir unseren Bedingungen entsprechen wollen, muss die Verbindung - wenn das schon im Antrag geschrieben wird - zwischen einer Konzentration auf Branchenkompetenzfelder, die besonders ausreichend sind, und der ausreichenden Berücksichtigung der Betriebsgrößenstruktur unserer Unternehmen, die in allen Branchen tätig und mit einer bestimmten Produktpalette für den Export in der Lage sind, Exportaufgaben zu realisieren, Bestandteil einer Exportstrategie sein. Insofern ist eine Reduktion auf Branchenkompetenzfelder - aus meiner Sicht zumindest - äußerst problematisch. Wir müssen sehen, wie konkret die Schlussfolgerungen hieraus aussehen.

Der dritte Punkt, Berlin und Brandenburg - Herr Müller sprach das an -: Die Zusammenführung der Wirtschaftsförderergesellschaften wird von interessierter Seite immer wieder ein bisschen infrage gestellt. Ich will deutlich sagen: Aus meiner Sicht bieten uns hier die Absprachen, die bisher getroffen worden sind, vor allen Dingen in den Bereichen Ansiedlung, Akquise, Marketing und Außenwirtschaft - das sind auch aus meiner Sicht die Bereiche, die gesellschaftsrechtlich am unkompliziertesten unter einer Dachgesellschaft zusammenzuführen sind -, eine gute Gelegenheit, eine gemeinsame Außenhandelsstrategie mit Berlin zu entwickeln, weil Unternehmensverbände, von denen Herr Müller bereits sprach, also Netzwerke aus dem Bereich KMU, die im Export tätig werden wollen, sich nicht nur auf Brandenburger Unternehmen konzentrieren lassen werden. Dazu ist die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg in der Unternehmenslandschaft viel zu weit gediehen. Ich glaube, dass wir hier mit Berlin auch gesellschaftsrechtlich einen Weg finden können, eine gemeinsame Außenwirtschaftsstrategie, zumindest für Teilbereiche, zu konzipieren.

Mein letzter Punkt, den ich ansprechen möchte: Bei der Debatte um Instrumente, die Sie auch einfordern, würde ich darum bitten, dass noch einmal intensiv die Frage einer Exportkreditversicherung geprüft wird. Das europäische Recht gibt uns die Möglichkeit, als Land Brandenburg eine eigene Exportkreditversicherung abzuschließen. Sie wissen alle, dass die Hermes-

bürgschaften für die Betriebsgrößenstrukturen, die wir haben, nicht oder kaum geeignet sind. Eine Exportkreditversicherung ist nichts anderes als ein Bürgschaftsrahmen. Die Frage ist, ob, wenn wir im KMU-Bereich unterstützen wollen, im Rahmen eines globalen Wirtschaftsrahmens eine derartige Exportkreditversicherung ein Instrument sein kann, notwendige Exportanstrengungen zu unterstützen.

Was die Frage der Ausrichtung betrifft, scheint es mir relativ deutlich zu sein, dass wir uns verstärkt auch auf Osteuropa konzentrieren müssen. Allerdings zeigen die Erfahrungen der Reise des Wirtschaftsausschusses deutlich, dass Warschau eine zentrale Rolle spielt. Sowohl die Entwicklungsachsen Berlin-Szczecin als auch selbstverständlich Berlin-Warschau spielen eine zentrale Rolle, die berücksichtigt werden sollte. - Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Wenn ich noch eine Empfehlung geben darf: Wir sollten die Unterstützung von Exporten auch auf Branchen ausdehnen, die gegenwärtig noch nicht so im Fokus sind. In Osteuropa ist eine Umorientierung im Rahmen öffentlicher Daseinsvorsorge in Bezug auf Wasser, Abwasser und Abfallwirtschaft massiv zu spüren. Hier sind neue Standards einzuhalten. Auch daraus ergeben sich Exportchancen für Brandenburger Unternehmen, die wir in eine neue Strategie einzubeziehen haben.

Ich bin gespannt, wie der Bericht aussieht. Ich erwarte ihn dringend, weil wir im Rahmen der Haushaltsberatungen zu einer Entscheidung kommen sollten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält der Abgeordnete Karney. Er spricht für die CDU-Fraktion.

Karney (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Deutschland ist 2006 zum dritten Mal in Folge Exportweltmeister geworden. Der Export war das Zugpferd des jetzigen Konjunkturaufschwungs. Auch für unser Bundesland gilt: Der Export ist die dynamischste Säule der Wirtschaft. Trotzdem verfügt Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern noch über erhebliche Wachstumspotenziale in diesem Bereich. Allerdings stehen dabei viele kleine und mittlere Unternehmen aus unserem Land vor der schwer zu lösenden Aufgabe: Wie kann ich mit meinen Produkten einen Zugang zu einem ausländischen Markt bekommen? Damit diese Frage schnell und unbürokratisch beantwortet werden kann, will die Koalition mit diesem Antrag die Landesregierung bei ihren Bemühungen unterstützen und ihr einige Schwerpunkte für die Erarbeitung mit auf den Weg geben.

Das Konzept soll eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Außenwirtschaft und eine Identifizierung der Exportmärkte enthalten. Das erfolgreiche Umsteuern in der Wirtschaftspolitik durch Minister Junghanns sollte sich dabei ebenfalls widerspiegeln. Das heißt, die Konzentration auf leistungsstarke Branchen muss sich auch in der Außenwirtschaft bzw. in deren Instrumenten ausdrücken. Dabei ist uns wichtig, dass es keine

strukturell festgelegten Auslandsbüros geben soll. Stattdessen muss projektbezogen und flexibel agiert werden können. Jeder Markt ist anders, und jede Marktbewegung erfordert die Flexibilität des Unternehmers. Dazu ist eine effektive Zusammenarbeit und Kooperation mit den Außenwirtschaftsinstitutionen des Bundes, mit den Kammern und Wirtschaftsfördergesellschaften der Länder Brandenburg und Berlin notwendig. Ein Nebeneinander oder gar ein Gegeneinander wäre nicht nachvollziehbar und wirtschaftlich sinnlos.

Auf der Reise des Wirtschaftsausschusses nach Warschau vor wenigen Wochen konnten wir - besser gesagt, mussten wir - feststellen, dass Brandenburg in der Metropolregion um Warschau schlecht bis gar nicht vertreten ist. Da sind uns Länder wie Hessen, Bayern und Niedersachsen meilenweit voraus. An diesem Punkt müssen wir ansetzen. Wir müssen unseren exportwilligen Unternehmern die echte Chance bieten, sich auf ausländischen Märkten zu behaupten. Dabei spielt es für mich keine Rolle, ob diese in Ost-, Mittel- oder Westeuropa sind. Der Unternehmer hat die Freiheit zu entscheiden, wo er seine Produkte verkaufen will, meine Damen und Herren. Dazu ist es aber notwendig, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen, die keine Exportabteilung haben, alle Möglichkeiten bekommen, die die Außenwirtschaftspolitik bietet. Dazu zählt für mich zum Beispiel auch die Marktzugangsrichtlinie. Diese muss unbürokratischer und damit unternehmensfreundlicher gestaltet werden. Unsere Unternehmen müssen diese auch sinnvoll nutzen können.

Ich glaube, dass wir damit einen echten Schritt hin zu mehr Exportchancen für unsere Wirtschaft machen können. Ich freue mich auf Ihre Unterstützung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält die Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Außenwirtschaftskonzept ist in Arbeit. Es soll nach Aussage von Herrn Staatssekretär Dr. Krüger im IV. Quartal 2007 vorgelegt werden. Wie Dr. Krüger während der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft am Mittwoch letzter Woche weiter erklärte, hat die Landesregierung erkannt, dass der Anteil der innovativen Endprodukte, welche als Ausfuhrprodukte geeignet seien, zu gering ist und dass die kleinen und mittelständischen Unternehmen unseres Landes, immerhin 98 % unserer Wirtschaft, exportfähig gemacht werden müssen. Deswegen ist die Außenwirtschaftsstrategie in die wirtschaftliche Gesamtstrategie zu integrieren, und es müssten spezifische Förderprogramme für kleine und mittelständische Firmen gerade in diesem Bereich zusätzlich geschaffen werden. Wenn das auch der Rest der Landesregierung so sieht, so bescheinigen wir als DVU-Fraktion zumindest eine gewisse Lernfähigkeit. Wir hoffen nur, dass sie diese Erkenntnisse dann auch wirklich umsetzt.

Als Inhalte des neuen Außenwirtschaftskonzeptes nannte Staatssekretär Dr. Krüger unter anderem die Förderung eines besseren Marktzugangs für kleine und mittelständische Unternehmen, die Förderung der Beschäftigung sogenannter Außen-

wirtschaftsassistenten, die Schließung der bisherigen ineffektiven sogenannten Auslandsplattformen und stattdessen andere Kooperationsmöglichkeiten mit Partnern vor Ort, eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Außenwirtschaftsförderung mit Berlin, einen geplanten Bürokratieabbau bei der Bescheidung von Förderanträgen und die von Ministerpräsident Platzeck beschworene sogenannte Oder-Partnerschaft. Damit ist Ihr Antrag, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, völlig überflüssig geworden, und wir fragen uns, warum Sie ihn nicht spätestens nach der Sitzung des Wirtschaftsausschusses sang- und klanglos zurückgezogen haben.

(Beifall bei der DVU)

Den vorliegenden Antrag lehnen wir natürlich ab, da er durch Verwaltungshandeln längst erledigt ist. Verschonen Sie uns in Zukunft mit solchen Scheinanträgen!

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Frau Hesselbarth. - Das Wort erhält Minister Junghanns.

Minister für Wirtschaft Junghanns:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es lohnt sich, auch in diesem Haus über die Außenwirtschaft zu sprechen. Wir registrieren gegenwärtig, dass wir auch an der internationalen Konjunktur hängen, dass wir davon partizipieren. Andererseits - das habe ich den vorhergehenden Diskussionsbeiträgen entnommen - geht es uns darum, diesen Anteil an der internationalen Konjunktur zu vergrößern und vor allem diese Tendenz zu stabilisieren, zu verbreitern.

Die Diagnose der Situation ist schon richtig gestellt worden. Es müssen mehr Unternehmen außenwirtschaftsfähig gemacht werden, und es geht vor allen Dingen darum - der internationale Markt ist außerordentlich schwierig -, dies mit entsprechenden Produkten und Dienstleistungen unter Beweis zu stellen. Viele, die heute unterwegs sind, geben uns Lehren mit auf den Weg, und das ist das Anliegen, das wir mit der Überarbeitung und der Erstellung eines Außenwirtschaftskonzepts gegenwärtig verfolgen - die Abgeordneten Müller und Karney haben das schon gesagt -: Es geht um ein Stück strategische Neuausrichtung und Initiierung, Impulsgebung für diesen Prozess.

Es ist Hilfe zur Selbsthilfe; denn - das möchte ich an die erste Stelle rücken - die Unternehmen bestimmen die Marktentwicklung ihrer Produkte und Dienstleistungen. Das ist ein wichtiger Ausgangspunkt für die Bewertung der Instrumentarien, die wir aus Sicht der Außenwirtschaftsnotwendigkeit gegenwärtig im Land haben.

Ich stelle an den Anfang die Feststellung, dass es darauf ankommt, vor allem daran zu arbeiten, dass sich die Basis der Betriebe weiterentwickelt, dass die betrieblichen Kapazitäten, die Kompetenzen ausgebaut werden. Insofern ist es mehr als in anderen Ländern für uns wichtig, mit der Wirtschaftsförderung im Land die Basis dafür zu schaffen, außenwirtschaftlich auf lange Zeit und solide Erfolg einfahren zu können.

Ich betone ausdrücklich den engen Zusammenhang zwischen Ausrichtung der Wirtschaftsförderung auf Kompetenzen und besonders auf technologieaffine Produkte, weil sie international nachgefragt werden, und, ausgehend davon, der Entwicklung neuer und weiterentwickelter Außenwirtschaftsinstrumente.

(Glocke der Präsidentin)

Diesen Zusammenhang unterstellt, haben wir in den letzten Jahren gelernt - ich möchte betonen, in der Außenwirtschaft muss man manchmal etwas probieren, muss man in eine Richtung gehen, muss sie aber auch korrigieren können -, dass das gutgemeinte und weiter fortgeschriebene Konzept der Auslandsplattformen ein Konzept ist, das - wiederum gemessen an der Struktur der Produkte und Dienstleistungen, an der Struktur der Firmen, die in unserem Land außenwirtschaftlich unterwegs sind - eine Struktur vorgibt, die zu eng, zu starr ist und den differenzierten Anforderungen der außenwirtschaftlichen Interessen der Firmen nicht gerecht wird.

Deshalb ist der Hinweis, den wir aus der Evaluation und der Diskussion dieser Plattformen und jetzt aus dem Parlament bekommen, richtig, und ich bestätige, dass flexiblere Instrumente auch mit einem weiterentwickelten Kostenbewusstsein wirksam gemacht werden.

Was ist der Ansatz? Der Ansatz ist erstens, unmittelbar in den Unternehmen zu helfen, außenwirtschaftliche Kompetenz aufzubauen, zweitens, im Rahmen der möglichen Projektförderungen Unterstützung zu geben, um möglichst auch in der Gruppe von Firmen auf den Märkten, die wichtig sind, gemeinschaftlich stärker aufzutreten.

(Beifall bei der CDU)

Die Verknüpfung der Schwerpunktsetzung in den Kompetenzbranchen mit der Außenwirtschaftsstrategie ist kein System des Ausschlusses von Nichtfirmen in den Kompetenzbranchen. Das muss uns klar sein. Gleichwohl bleibt an dieser Stelle noch viel zu diskutieren: Mit welchen Instrumenten, welchem Teil der Wirtschaft werden wir am besten unterstützt? Dann kommt die Diskussion; die immer interessant ist. Einerseits wird debattiert, dass wir flexibler werden müssten. Dann kommt der nächste Satz: Wir müssen uns mehr auf Mittel- und Osteuropa konzentrieren. - Darin liegt noch ein kleiner Widerspruch, den ich im Rahmen dieser Diskussion gern auflösen möchte; denn die Interessenlagen in den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union - insbesondere Mittel- und Osteuropa oder in den baltischen Staaten usw. - sind vom Inhalt her etwas anders als das außenwirtschaftliche Auftreten von Frankreich, Amerika, Südamerika, China oder Indien.

An dieser Stelle möchte ich die Diskussion beginnen. Das Beispiel, das schon einmal erörtert worden ist: Wie machen es die Österreicher in Rumänien?, ist deshalb interessant, weil es die Österreicher geschafft haben, erst einmal mit den Banken international präsent zu sein und im Nachzug in diesen Banken Außenwirtschaftsbüros anzusiedeln. Diese Voraussetzung haben wir nicht. Deshalb, auf den Punkt gebracht, möchte ich intensiv mit den Märkten in Mittel- und Osteuropa diskutieren, dabei aber nicht vergessen, was in Westeuropa - das ist nach wie vor ein großer Anteil - für die Wirtschaft erzielt werden kann.

In diesem Spannungsfeld freue ich mich auf eine Diskussion. Dazu will ich solide Grundlagen liefern. Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, zum Beispiel bei der Förderung. Vor allen Dingen aber brauchen wir einen Ausbau des Selbstbewusstseins, mit guten Produkten und Dienstleistungen international auf den Markt zu kommen - und das mit Berlin; das unterstreiche ich dick und dreifach. Die Außenwirtschaft ist ein Thema, das sich garantiert besser gemeinschaftlich mit Berlin durchführen lässt. Berlin und Brandenburg, die deutsche Hauptstadtregion, ist, kann und wird - mehr als andere Regionen - ein Markenzeichen für die internationale Präsenz Deutschlands werden. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Minister Junghanns. - Wir kommen zur Abstimmung. Ihnen liegt der Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU - Außenwirtschaftskonzept des Landes Brandenburg - in der Drucksache 4/4777 vor. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer stimmt gegen diesen Antrag? - Wer enthält sich der Stimme? - Mit großer Mehrheit ist diesem Antrag zugestimmt worden. Er ist demzufolge angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Änderung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil B/Fassung 2006

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/4778

Ich eröffne die Aussprache. Frau Abgeordnete Hesselbarth erhält das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachtragsmanagement ist nach wie vor Krisenmanagement. Die Bauunternehmen sind nach Wirksamwerden der VOB - Teil B/2006 bei Änderungsverfügungen und Zusatzleistungen nach wie vor in der Situation, schon frühzeitig Juristen hinzuziehen zu müssen, um zu ihrem Geld zu kommen. Dies gilt insbesondere dann, wenn es darum geht, für geforderten Mehraufwand eine angemessene Vergütung zu verlangen.

Die Gerichte sind in Fragen des Nachtragsmanagements noch immer stark beansprucht, denn die VOB bietet nach wie vor keine echte Klarheit, wann eine rechtmäßige Anordnung oder eine Zusatzleistung oder eine Bauentwurfsänderung mit Änderung des kompletten Bauinhalts vorliegt.

Gerade die Abgrenzung zwischen Zusatz- und Anschlussauftrag stellt den Bauunternehmer vor die Herausforderung einer nicht selten auch für Juristen komplizierten Auslegung. Ein Beispiel: Der Unternehmer erstellt auf der Grundlage eines Ausführungsplans samt Leistungsverzeichnis ein Gebäude, für das bisher zwei Stockwerke mit Flachdach vorgesehen waren. Der Auftraggeber ordert den Aufbau eines Dachgeschosses, al-

so einen Dachstuhl, in Abweichung von der bisherigen Flachdachausführung.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Frau Hesselbarth, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Frau Hesselbarth (DVU):

Nein. - In dem Fall behandelt der Bundesgerichtshof den Dachausbau als Fall eines Anschlussauftrags.

Ein weiteres Beispiel: Um eine frost- und standsichere Gründung zu erreichen, sieht das entsprechende Landesverzeichnis einen Aushub bis zu einer Tiefe von 2,50 m vor. Bei der Bauausführung stellt sich heraus, dass diese Tiefe für die Frost- und Standsicherheit nicht ausreicht. Deswegen trifft der Bauherr die Anordnung, die Baugrube 4 m tief auszuheben. Dies soll nach der Rechtsprechung aber eine Zusatzleistung mit der Folge sein, dass der Bauunternehmer nur nach besonderer Ankündigung vor der Ausführung eine weitere Vergütung erhält. Hingegen müsste aufgrund der Anordnung ein neuer Preis vereinbart werden, wenn sich andere Bodenverhältnisse herausgestellt haben.

Ich könnte Ihnen noch viele ähnlich verworrene Beispiele aufzählen, in denen nur die Justiz darüber befinden konnte, ob eine Anordnung, eine Zusatzleistung oder ein Anschlussauftrag mit der Folge eines eigenständigen Werkvertrags vorliegt. Die VOB-Teil B liefert in § 1 Nr. 3 und 4 sowie in § 2 Nr. 5 und 6 unbefriedigende Lösungen; für den juristischen Laien deshalb unbefriedigend, weil sie von den Vertragspartnern abfordert, den Vertragsinhalt mittels Auslegung zu bestimmen.

Die VOB muss endlich klar gefasst werden, und zwar in dem nicht nur von uns, sondern auch von den meisten Baurechtspraktikern geforderten Umfang. Außerdem ist es überhaupt nicht einzusehen, dass die Vergütung bei Änderung des Bauentwurfs oder sonstiger Anordnung des Auftraggebers auch mit der Änderung von 2006 nach wie vor dem Verhandlungsgeschick des Bauunternehmers überlassen bleiben soll.

Angesichts des erheblichen Konkurrenzdrucks sind gerade die kleinen Bauunternehmer nicht in der Lage, hier gegenüber den Auftraggebern in der nötigen gefestigten Verhandlungsposition aufzutreten. Vielfach arbeiten sie daher weiter, ohne groß zu verhandeln oder Preiserhöhungen anzukündigen, und zwar nur deswegen, weil sie einerseits oft froh sind, überhaupt Aufträge zu haben, oder auf Folgeaufträge hoffen, und weil sie es sich andererseits oft gar nicht leisten können, zeit- und kostenaufwendige Gerichtsverfahren zu führen. Helfen Sie hier also konstruktiv mit, und stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Herr Abgeordneter Schulze; er spricht für die Koalitionsfraktionen.

Schulze (SPD):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist völlig klar, warum Frau Kollegin Hesselbarth eine Zwischenfrage

nicht zugelassen hat. Wenn sie es getan hätte, wäre sie womöglich in der Zeile ihres Manuskripts verrutscht und hätte ihre Rede nicht fortsetzen können. Frau Hesselbarth, wenn Sie Ihre schriftliche Vorlage nicht gehabt hätten, hätten Sie nicht gewusst, worüber Sie reden. Das ist auch das Manko dieses Antrags; er ist in einem verquastem Deutsch gehalten und geht völlig ins Leere.

Es geht um die Mitwirkung des Bundesrats, die Sie begehren, an der Veränderung der VOB. Nun wissen wir aber, dass der Bundesrat nur bei Gesetzgebungsverfahren eingreifen kann. Ich weiß nicht, ob wir das hier zum dritten, vierten oder fünften Mal miteinander besprechen. Sie thematisieren die VOB und auch die VOL immer wieder.

Die Änderungen der VOB werden vom Hauptausschuss des Allgemeinen Deutschen Vergabe- und Vertragsausschusses für Bauleistungen beschlossen.

Ich verweise auf das Protokoll über die 37. Sitzung des Landtags vom 25.10.2006. Da haben wir Ihnen das schon einmal erklärt. Diese Initiative ist also völlig sinnlos. Selbst wenn der Landtag das beschließen sollte und die Landesregierung sagte, ja, wir versuchen es einmal, uns mit den anderen Landesregierungen auf eine Bundesratsinitiative zu verständigen, würden andere Landesregierungen unserer Landesregierung sehr schnell attestieren, dass es ein unsinniges Unterfangen ist, weil in der Frage durch den Bundesrat gar nichts initiiert werden kann.

Insofern ist der Antrag einfach sinnlos, zwecklos, hilflos. Die Welt hat nicht auf ihn gewartet. Die Welt braucht ihn nicht. Wenden Sie sich an andere Leute, die das aufgreifen können, nämlich die, die in diesem Verband sitzen. Dann können Sie vielleicht etwas erreichen. Aber vermutlich reden die nicht mit Ihnen. Dafür werden sie gute Gründe haben. Der Antrag ist abzulehnen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Als Nächste erhält Frau Abgeordnete Böhnisch das Wort; sie spricht für die Fraktion DIE LINKE.

Frau Böhnisch (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hätte ich mir nach der Aussage, die wir gerade gehört haben, den Weg nach vorn wirklich ersparen können. Ich will sagen, warum ich nach vorn gegangen bin, Frau Hesselbarth: Weil Sie genau das tun, was Sie gestern anderen vorgeworfen haben. Sie haben gestern anderen vorgeworfen, sie würden Schaufensteranträge stellen. Genau das haben Sie soeben getan, und das ist seit einiger Zeit so.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE und der SPD)

Seit Monaten erleben wir kleckerweise Änderungsanträge zur Bauordnung, zu Baufragen, zu Vergabeverfahren, immer wieder nur Stückwerk. Ich denke, das hat nichts mit qualifizierter Sachpolitik zu tun. Das lehnen wir ab. Das ist nicht unsere Methode. Deshalb werden wir auch nie einem Ihrer Anträge zustimmen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE und der SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Die Landesregierung verzichtet. Frau Abgeordnete Hesselbarth, Sie haben das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Vermittlung von Baurecht bleibt auch mit der Einführung der VOB-Teil B 2006 ein schwieriges Unterfangen. Das zeigen auch Ihre Reaktionen.

(Beifall bei der DVU)

Grundsätzliches baurechtliches Wissen vermittelt eine Fülle von Kommentaren. Da hätten Sie sich vielleicht besser einlesen sollen, Frau Böhnisch und Herr Schulze.

(Beifall bei der DVU)

Dann wäre Ihnen zumindest aufgefallen, dass dem Deutschen Vergabe- und Vertragsausschuss bei der im Juni 2006 vorgelegten Neufassung sinnvolle Reformvorschläge vorlagen. Dazu gehört auch die Standardisierung des Nachtragsrechts in anwenderfreundlicher Weise, wie wir dies hier heute beantragen.

Zweifellos ist es nach geltender Rechtslage so, dass eine ausdrückliche Änderung der Baumstände nach § 1 Nr. 3 einen Vergütungsanspruch nach § 2 Nr. 5 auslöst. Sie sollten dabei auch nicht unter den Tisch fallen lassen, dass diese nur in Betracht kommt, wenn sich der Auftragnehmer darauf auch beruft.

Eine Anpassung der Vergütung kann nur auf Verlangen geltend gemacht werden, und dies passiert nach wie vor häufig erst im Klagewege.

Zudem müssen die Anspruchsteller darauf achten, dass ihr Anspruch noch vor Ablauf der Verjährungsfrist geltend gemacht wird. Denn soweit die veränderten Vergütungsansprüche bestehen, verjähren diese innerhalb derselben Frist wie die vorher maßgebenden Ansprüche.

Dazu kommt noch eine ganze Reihe juristischer Fallen und Winkelzüge wie der schlüssige Verzicht auf die Zusatzvergütung bei längerem Zuwarten usw.

Das alles muss nicht sein, wenn die VOB in § 2 Nr. 5 und 6 endlich ein Wahlrecht enthält, wie dies bereits das besondere Zivilrecht in § 649 Satz 2 BGB vorsieht.

Auch nach dem BGB-Bauvertrag gibt es für Zusatzleistungen keine Pflicht des Bauunternehmers zur vorherigen Ankündigung des zusätzlichen Vergütungsanspruchs und keine Pflicht, Mehraufwendungen erst nach besonderer vertraglicher Vereinbarung abrechnen zu dürfen.

Warum, meine Damen und Herren, soll dies nicht auch beim VOB-Bauvertrag gelten? Dies erschließt sich nicht einmal den Juristen, die damit gerichtlich befasst sind.

Solange ein kleiner oder mittelständischer Werkunternehmer erst einen Anwalt braucht, um nach schwieriger Vertragsauslegung Rechtsklarheit zu erkämpfen, ob er einer Anordnung oder

Aufforderung von Zusatzleistung mit Ausweitung des Baumfangs Folge leisten muss, ist die VOB relativ unbrauchbar. Offensichtlich ist hier selbst das verfügbare Werkvertragsrecht des BGB anwenderfreundlicher als das Regelwerk der VOB - Teil B.

Wir als DVU-Fraktion jedenfalls stehen auf der Seite der Bauwirtschaft. Wir wollen, dass zumindest das Land Brandenburg dieser nach wie vor krisengebeutelten Branche die nötige Unterstützung gibt. Deshalb bitte ich nochmals um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Wir sind am Ende der Rednerliste, und ich komme zur Abstimmung.

Die Fraktion der DVU beantragt die Überweisung des Antrags in der Drucksache 4/4778 an den Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung. Wer dieser Überweisung folgen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen die Überweisung? - Enthält sich jemand der Stimme? - Mit großer Mehrheit ist gegen die Überweisung gestimmt worden.

Wir kommen demzufolge zur Abstimmung über den Antrag in der Sache. Wer dem Antrag in der Drucksache 4/4778 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen diesen Antrag? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Mit großer Mehrheit ist gegen diesen Antrag gestimmt worden. Er ist somit abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Kinderschutz sichern – bewährte Jugendhilfestrukturen erhalten

Antrag
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 4/4782

Ich eröffne die Aussprache. Herr Abgeordneter Krause hätte das Wort. - Da er nicht im Plenarsaal ist, erhalten Sie, Frau Abgeordnete Lieske, jetzt das Wort.

Frau Lieske (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schade, dass wir Herrn Krause nicht hören. Vielleicht hätte er mir mit seinen Ausführungen die Intention des Antrags näherbringen können. Ich muss Ihnen meine Auffassung dazu jetzt leider kundtun, ohne Herrn Krause gehört zu haben.

Den Kinderschutz im Land Brandenburg zu sichern ist unbestritten eines unserer wichtigsten Ziele. Darüber sind wir uns in diesem Hohen Hause sicherlich alle einig. Nicht zuletzt aus diesem Grund haben wir gestern das Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz mit wesentlichen Änderungen in dieser Hinsicht beschlossen. Die Sommerpause steht bevor, und ich hoffe, dass unser Kurzzeitgedächtnis nicht ganz so „kurz“ ist und wir uns an die Beschlüsse des gestrigen Tages

erinnern können. Gestern haben wir nichts Geringeres verabschiedet als die Verbesserung von Schutzmaßnahmen gegen Kindeswohlgefährdung. Dafür wurde das Jugendamt in seiner Bedeutung wesentlich gestärkt.

Sehr geehrte Kollegen von der Linken, Sie bringen heute einen Antrag ein, mit dem der Kinderschutz dadurch gesichert werden soll, dass die bewährten Kinder- und Jugendhilfestrukturen erhalten bleiben. Ich frage mich wirklich - nicht nur heute, sondern schon tagelang -: Wie kommen Sie darauf, dass wir diese Strukturen ändern wollen und etwas in dieser Hinsicht auf dem Wege sei? Vielmehr verunsichern Sie mit Ihrem Antrag aus unserer Sicht alle Menschen, die - zum Wohle unserer Kinder! - seit Jahren in diesem Bereich tätig sind, in Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen arbeiten, Fallmanagement betreiben, in Akutsituationen schnell eingreifen und dabei helfen, präventiv zu wirken und sich untereinander abzustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Hartfelder [CDU])

Wieso stellen Sie ohne konkreten Anlass und ohne Not diesen Antrag - Herr Krause, es ist schade, dass Sie jetzt erst kommen -, der aus unserer Sicht substanzlos ist? Ich möchte Sie auffordern, gemeinsam konstruktiv am Thema Kindeswohl zu arbeiten. Das sind wir den Kindern schuldig. Aus diesem Grund werden wir von der SPD-Fraktion den vorliegenden Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Hartfelder [CDU])

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Frau Lieske. - Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Fechner.

Frau Fechner (DVU):

Ich könnte es kurz machen und sagen: Frau Lieske hat vollkommen Recht. Auch uns ist nicht bekannt, dass die Landesregierung irgendwelche Strukturänderungen diesbezüglich plant. Das heißt natürlich nicht, dass sie das perspektivisch nicht tun wird. Wir werden den Antrag also nicht aus diesem Grund ablehnen. Im Antrag steht jedoch - ich zitiere -:

„Die Landesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Jugendämter ... als einheitliche Institution erhalten bleiben.“

Das heißt, die Landesregierung soll sich darum kümmern. Soweit ich informiert bin, gibt es ein Bundesgesetz und hier im Land Brandenburg ein Ausführungsgesetz dazu. Uns, dem Landtag als Legislative, obliegt es, Gesetze zu ändern.

Vielleicht habe ich den Antrag auch nur falsch interpretiert, und die Landesregierung soll irgendwelche Gesetzesinitiativen seitens des Landesparlaments verhindern. Das wäre allerdings verfassungswidrig, was mich bei den Antragstellern indes nicht wundern würde.

So oder so - wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Frau Fechner. - Das Wort erhält nun der Abgeordnete Krause. Er bringt mit seiner Rede sozusagen den Antrag ein, über den wir schon beraten.

Krause (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich zunächst in aller Form bei Ihnen zu entschuldigen. Die Beratungen sind ein bisschen schneller vorangeschritten, als laut Zeitplan erwartet. Ich habe es verpasst; das tut mir leid. Nichtsdestotrotz gibt es Gründe, die für diesen Antrag sprechen. Diese würde ich Ihnen jetzt gern darlegen.

Frau Lieske, Sie haben gesagt, Sie wüssten nicht, wieso der Antrag aktuell sei. Auch Frau Fechner hat nicht ganz verstanden, was wir erreichen wollen. Deswegen ist es ungünstig, dass ich erst an dritter Position rede. Aber das ist meine Schuld; deshalb ist es so in Ordnung. Vielen Dank dafür, dass ich den Antrag noch begründen darf.

Wir bringen den Antrag „Kinderschutz sichern - bewährte Jugendhilfestrukturen erhalten“ heute in den Landtag ein, weil uns zwei Punkte besonders am Herzen liegen.

Zum einen soll die heutige Zweigliedrigkeit im Landesjugendamt erhalten bleiben. Der Begriff „Zweigliedrigkeit“ bezieht sich darauf, dass das Landesjugendamt aus der Verwaltung und dem Jugendhilfeausschuss besteht. Der Jugendhilfeausschuss - Sie wissen es - ist nicht nur ein politisches Gremium; er wird ergänzt durch Vertreter von Vereinen, Initiativen und Verbänden und macht damit den fachlichen Charakter dieser Einrichtung aus.

Der zweite Punkt, um den es uns mit dem Antrag geht, ist ganz konkret die Stärkung des Jugendamtes als fachliche Anlaufstelle für den Kinderschutz.

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, dass die Föderalismusreform, die im Jahr 2006 verabschiedet worden ist, eine Ausdifferenzierung des Kinder- und Jugendhilferechts ermöglicht. Länder und Kommunen haben nun nahezu alle Freiheiten, die Strukturen der Jugendhilfe beliebig zu gestalten.

Wir verzeichnen in den Bundesländern erste Tendenzen, dass Jugendhilfeausschüsse und Landesjugendämter abgeschafft bzw. in Ministerien zurückgeholt und dort eingegliedert werden. Solche Tendenzen können uns von der Linken nicht gefallen. Das ist der konkrete aktuelle Bezug, warum dieser Antrag heute hier eingebracht wird.

Wir, das Land Brandenburg, sollten mit gutem Beispiel vorangehen, die jetzigen Strukturen erhalten und uns dafür auch in Bundesgremien einsetzen; Herr Minister, Sie hatten gerade den Vorsitz der Jugendministerkonferenz inne. Überall, wohin wir kommen, sollten wir den zuständigen Kollegen sagen, dass die Beseitigung der Strukturen der falsche Weg und mit Brandenburg nicht zu machen ist.

Ein weiterer Bezug zu unserem Antrag wurde uns erst gestern hier im Parlament beschert. Die Koalition hat das Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz in 2. Lesung verabschiedet. Ich meine, in der Formulierung von § 4 einen ersten Schritt zur Aushöhlung des Jugendhilfeausschusses zu

erkennen. Wir ziehen sozusagen den ersten Stein aus dem Fundament. Ich weiß aber, dass wir insoweit einen Dissens haben. Die gestrige Debatte ist mir so begegnet, als ob es da noch Missverständnisse gibt. Auch der Minister hat nach meiner Erinnerung erklärt, dass er noch nicht ganz versteht, worum es eigentlich geht.

(Lachen bei der SPD)

In der aktuellen Situation haben die Jugendhilfeausschüsse Beratungsrechte. Dass sie Beschlussrechte haben, die dann von Gremien wie Stadtverordnetenversammlung oder Kreistag überstimmt werden müssen, ist ein Kennzeichen von Demokratie. Diese Debatte findet statt. Wir brauchen diesen Prozess, um die Debatten öffentlich zu machen und Fachlichkeit zu demonstrieren.

Nach der Gesetzesänderung können die Gremien durch Beschlussfassung den Jugendhilfeausschüssen Beratungsgegenstände vorenthalten. Das heißt, die Fachlichkeit wird ausgeklammert. Den Kollegen wird sozusagen ein Maulkorb verpasst; sie dürfen über bestimmte Themen nicht mehr reden. Es wird nur noch politisch entschieden. Das ist ein Fehler. Damit wird auch im Land Brandenburg der erste Stein aus dem Fundament gezogen. Jugendhilfestrukturen werden kaputtgemacht. Auf die erfolgreichen Beteiligungsstrukturen, die wir haben, kommt es aber an. Wir brauchen verbindliche Standards als Voraussetzung und als Schlüssel für die Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Verlässliche Strukturen und Verfahren, wie wir sie haben, sind unverzichtbar für den Kinderschutz. Das Jugendamt als Instanz ist bekannt und anerkannt. Den dort tätigen Kollegen wird vertraut. Sie von der Koalition fangen jetzt auch hier in Brandenburg mit der Zerschlagung dieser Einheit an. Sie verändern das Jugendamt und in einem nächsten Schritt das Verwaltungsverfahren. Damit verhindern sie effektiven Kinder- und Jugendschutz. Deswegen würden wir gern drei Forderungen an Sie richten: Bekennen wir uns gemeinsam hier im Landtag zum Erhalt des Landesjugendamtes und zum Landesjugendhilfeausschuss. Bekennen wir uns dazu, dass das Jugendamt im Rahmen aller Initiativen zum Jugendschutz als erste Koordinierungsinstanz und als fachliche Anlaufstelle erhalten und gestärkt wird. Bekennen wir uns dazu, dafür Sorge zu tragen, bundesweit ein einheitliches Angebot in der Kinder- und Jugendhilfe zu realisieren und die Umsetzung zentraler Verfahrensregelungen im SGB VIII beizubehalten. Ich habe es bereits angesprochen, Herr Minister, die Jugendministerkonferenz wäre die geeignete Stelle.

Ich sage einmal ganz konkret in einem einzigen Satz, was der gestern verabschiedete § 4 bedeutet: Wer das Jugendamt schwächt, schwächt den Kinderschutz. Das sollte mit Brandenburg nicht zu machen sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. Ich erteile der Abgeordneten Hartfelder das Wort.

Frau Hartfelder (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich schließe mich den Ausführungen von Frau Lieske an. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Herr Minister Rupprecht.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist wie gestern. So kurz kann ich es zwar nicht machen, aber lange werde auch ich nicht reden.

Ich gestehe wie meine Vorredner, dass ich über diesen Antrag der Fraktion DIE LINKE überrascht war. Die Befürchtung, dass jemand auf Landesebene beabsichtigen könnte, an der zentralen Stellung der Jugendämter im Kinderschutz etwas zu ändern, ist völlig aus der Luft gegriffen. Daran ändern auch die Worte von Herrn Krause nichts. Ich will jetzt nicht auf die gestrige Diskussion eingehen. Ich denke schon verstanden zu haben, worum es ging; das haben wir gestern abgehandelt. Hier geht es um den allgemeinen Punkt, auf den ich kurz eingehen will.

Alle Maßnahmen, die die Landesregierung zur Verbesserung des Kinderschutzes ergriffen hat, bauen auf diese zentrale Stellung des örtlichen Jugendamtes. Die Struktur der Jugendämter bildet eine solide Grundlage sozialpädagogischer Arbeit in unserem Land - eine Grundlage, die wir nicht nur erhalten, sondern auch weiterentwickeln und verbessern wollen.

Ich nehme Ihre Aufforderung gern entgegen, diese Position als Vorsitzender der JFMK zu halten, wenn es zur Diskussion kommen sollte. Bisher hat es sie dort nicht gegeben.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Ich sehe nicht, dass es gegenwärtig den Bedarf oder das Interesse gibt, über andere Strukturmodelle zu diskutieren. Von daher sehe ich auch keine fachliche oder politische Notwendigkeit für diese Initiative der Fraktion DIE LINKE.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Lassen Sie noch eine Frage von Herrn Krause zu?

Minister Rupprecht:

Ja, ich war zwar fertig, aber ich lasse die Frage gern zu.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Abgeordneter Krause, bitte schön.

Herr Krause (DIE LINKE):

Vielen Dank, Minister Rupprecht. Sie haben gerade gesagt, dass Sie diese Position in der JFMK vertreten würden, sobald es zu Diskussionen kommen würde. Können Sie sich vorstellen, diese Diskussion als Vorsitzender anzuziehen und den Im-

puls zu senden, dass diese Strukturen bundesweit einheitlich erhalten bleiben sollen?

Minister Rupprecht:

Ich kann sicherlich etwas tun, wenn auch nicht mehr als Vorsitzender; denn über die Tagesordnung der nächsten Sitzung im nächsten Jahr kann ich nicht entscheiden. Die Sitzung in Potsdam unter meinem Vorsitz hat schon stattgefunden. Die nächste Sitzung ist in Berlin. Ich kann gern versuchen, mit dem Kollegen Zöllner in Berlin zu besprechen, ob wir diesen Punkt auf die Tagesordnung setzen können. Mir liegt schon viel daran. Wenn es in anderen Ländern wirklich Bestrebungen gibt, an der Struktur etwas zu ändern, wie Sie es angedeutet haben, sollte man gut aufpassen. Da stimme ich Ihnen zu.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Wir haben damit die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt beendet und kommen zur Abstimmung.

Ihnen liegt der Antrag in der Drucksache 4/4782 vor. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich schließe damit Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Gesundes Mittagessen für Kinder

Antrag
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 4/4783

Ich eröffne die Aussprache. Frau Abgeordnete Wöllert spricht für die Fraktion DIE LINKE. Bitte.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn die Zeit schon fortgeschritten ist, werde ich Sie jetzt mit einer Pressemitteilung aus dem März des Jahres 2003 konfrontieren, als sich das Ende der ersten Großen Koalition näherte:

„Ärzte, Verbände und Politik formulierten jetzt gemeinsam Ziele für die Verbesserung der Kindergesundheit in Brandenburg. Das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen gilt als vorrangige Aufgabe in der Landespolitik.“

Jetzt komme ich zu einer Schlagzeile aus der vergangenen Woche: „Louis und Luna sind vom warmen Schulessen ausgeschlossen, und eine Lösung für die achtjährige Luna und ihren zehnjährigen Bruder Louis ist nicht in Sicht.“ - Das wollen, ja müssen wir ändern, denn Louis und Luna leben in einem der reichsten Länder der Welt, in Deutschland, genauer: in Brandenburg, mitten unter uns, in der Stadt Jüterbog. Bekannt geworden sind sie in der vergangenen Woche durch die RBB-Sendung „Kontraste“.

Für ein Kind dürfte es zu den bedrückendsten Erfahrungen gehören, wenn ein Kind, das gemeinsam mit anderen Kindern den ganzen Tag über spielt oder lernt, ausgeschlossen bleibt, wenn diese zum Mittagessen gehen. Aber selbst, wenn sie am Mittagessen teilnehmen, sind immer mehr Kinder von Mangel- oder Fehlernährung betroffen. Ich zitiere aus dem Bericht über Kinder in besonderen Problemlagen der Stadt Frankfurt (Oder). Unter Punkt 5.3, Befragung von Schlüsselpersonen, sagt eine Kita-Leiterin:

„Einige Hortkinder erhalten bei uns die einzige Mahlzeit am Tag. Sie haben nie Frühstück oder Vesper mit. Sie sprechen auch darüber, dass es auch kein Abendbrot gibt. Bei der täglichen Obstmahlzeit stellen wir fest, dass einige Hortkinder einzelne Obstsorten wie Kiwi, Melone, tropische Früchte nicht kennen, sie zu Hause nicht gekauft werden.“

In diesem Jahr wurden verschiedene Studien zur Kindergesundheit veröffentlicht. So die KiGGS-Studie des Robert-Koch-Instituts oder die Studie von UNICEF zur Situation der Kinder in den reichen Ländern. Auch der 110. Deutsche Ärztetag hat sich vor einigen Wochen ausführlich mit diesem Thema beschäftigt. In der internationalen Studie tun sich übrigens interessante Ähnlichkeiten zu PISA auf, was die Länder auf den Spitzenplätzen angeht. Das sind die Länder, an denen Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, wie ich auf Ihrem letzten Parteitag vernommen habe, tatsächlich orientieren wollen. Ich hoffe, es bleibt bei diesem Willen.

Im Hinblick auf Gesundheit heißt es in dem genannten Bericht:

„Deutschland gibt für sein Gesundheitssystem deutlich mehr aus als Schweden oder Dänemark und belegt trotzdem im Hinblick auf Gesundheit und Sicherheit von Kindern nur den mittelmäßigen Platz 12. Schweden dagegen liegt auf Platz 1 und Dänemark immerhin auf Platz 4.“

Dazwischen liegen Finnland und die Niederlande. Ich zitiere weiter:

„In Deutschland haben politische Maßnahmen und Entscheidungen für Kinder oft nur wenig bewirkt, weil sie nicht aufeinander abgestimmt und nicht zielgerichtet geplant wurden. Es fehlt ein Gesamtkonzept, das die ökonomische Situation von Familien, die Infrastruktur für verlässliche Lebensumwelten und die Neuorganisation der Aufgabenteilung zwischen Familien und Institutionen wie Schule, Kindergarten oder Jugendämtern umfasst.“

Unser Antrag soll eine erste Schlussfolgerung aus dieser Einschätzung sein.

Die Auswertung der Schulabgangsuntersuchungen im Kreis Potsdam-Mittelmark weist aus, dass jeder zehnte Schulabgänger übergewichtig ist. Die Ergebnisse sehen landesweit nicht anders aus. Als Hauptursachen gelten mangelnde Bewegung und falsche Ernährung. Was konkret zwischen Einschulung und zehnter Klasse abläuft, weiß man allerdings nicht so genau, denn die von der Landesregierung und der Koalition wegen der angeblichen Kostenersparnis ausgedünnten Reihenuntersuchungen, die bei uns schon öfter Thema waren, können vor Ort wegen Personalmangels nicht einmal durchgeführt werden.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Ja.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Bitte schön.

Frau Alter (SPD):

Frau Wöllert, ich habe Kenntnis davon, dass in Kindereinrichtungen gesunde Ernährung Bestandteil des Tagesablaufs ist. Haben Sie die gleiche Kenntnis wie ich?

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Ich habe die gleiche Kenntnis wie Sie, aber ich kenne auch die Statistiken darüber, wie es zwischen Einschulungsuntersuchung und Schulabgangsuntersuchung aussieht. Schauen Sie sich diese einfach an. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Ihre eigene Kampagne - darauf komme ich noch -, die Sie auf dem Parteitag beschlossen haben. Die würde dann überflüssig sein.

Das Problem hat inzwischen durchaus auch die Politik erreicht. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit verweise ich auf eine Bundesratsinitiative des Saarlandes. Kollege Senftleben wollte dazu heute eine mündliche Anfrage stellen. Leider wurde sie getauscht, sodass sie nicht zur Sprache kam. Darin ist alles gesagt. Des Weiteren verweise ich auf den Bericht von „Kontraste“. Zudem hat Rheinland-Pfalz - ein Bundesland, das ebenfalls von Ihrer Partei regiert wird - einen eigenen Fonds für bedürftige Kinder eingerichtet.

Ich verweise auch auf einen Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE in Sachsen, nach dem Kindern im Grundschulalter ein kostenfreies Mittagessen gesichert werden soll. In der sächsischen Gemeinde Boxberg gibt es bereits das kostenlose Mittagessen in der Kita und der Grundschule. Rheinland-Pfalz hatte ich diesbezüglich bereits erwähnt.

Mittagessenzuschüsse in sozialen Härtefällen gibt es bereits vereinzelt im Land Brandenburg. Nun sollten die schönen Worte auch endlich mit Taten unteretzt werden.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Aufzählung ist sicherlich nicht vollständig. Jedoch verdeutlicht sie, dass ein entsprechendes Problembewusstsein im gesamten parteipolitischen Spektrum - quer durch die demokratischen Parteien - durchaus vorhanden ist, auch wenn es sehr viel begrenzter ist als das, was wir uns mit dem vorliegenden Antrag vorstellen.

Zurück zu Brandenburg. Ich verhehle nicht, dass wir als Opposition die bisherigen Anstrengungen der Landesregierung bei weitem nicht für ausreichend halten. Die Modellprojekte kommen und gehen. Das ist im Übrigen nicht nur unsere Meinung. Kollegin Dr. Münch war als Referentin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Oranienburg. Obwohl sie nicht den gesamten Tag

anwesend war - wir dagegen schon -, hat sie es selbst erleben können. Diese Auffassung haben viele dort vertreten. Sie sind nicht damit zufrieden, dass wir von einem Modellprojekt zum anderen hasten und nachhaltig nichts bewirkt wird. Die Veranstaltung hieß „Je eher, desto besser“ und beschäftigte sich mit der Gesundheit von Kindern.

Die einmal ausgereichte Biobox, Frau Alter, ist sicherlich ein schönes Symbol. Da sie jedoch nicht die Zauberkraft besitzt, sich, wenn sie gerieben wird, von allein zu füllen, reicht sie nicht aus. An vielen Schulen hat der Cola-Automat die Schulmilch leider schon ersetzt.

(Zurufe von der SPD)

Die SPD-Fraktion hat mit ihrem Zehn-Punkte-Programm vom letzten Wochenende eine wunderschöne Kampagne - mit dem Schlagwort „Besser essen, besser fühlen“ - beschlossen und verabschiedet. Dabei geben Sie - das ist dann sehr leicht - die Verantwortung unter anderem an die Lehrer mit Fortbildung und an die Eltern weiter. Dann stehen wir mit unserer nächsten Pressemitteilung noch immer da, wo wir schon seit 2003 stehen. Wir halten es nicht für ausreichend, Kampagnen zu beschließen. Wir möchten nachvollziehbare, abrechenbare und von den Wirkungen her spürbare Maßnahmen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Was dabei eine Rolle spielen soll, haben wir im vorliegenden Antrag formuliert: gesund, bezahlbar, nachhaltig. Mit diesen drei Begriffen lässt sich kurz umreißen, wie wir uns ein Mittagsangebot für Kita- und Schulkinder vorstellen; gesund durch die Beachtung und Umsetzung von ernährungsphysiologischen Empfehlungen, bezahlbar durch Zuschüsse für Kinder, deren Eltern das Mittagessen nicht bezahlen können, im ersten Schritt und die Perspektive einer kostenfreien Mittagsversorgung für alle - wie in Schweden - in den nächsten Schritten, nachhaltig durch die Verbindung von Versorgung mit der Vermittlung von Wissen und Erfahrungen in Bezug auf gesunde Ernährung.

Wir möchten der Landesregierung bewusst Spielraum lassen. Sie soll ein Maßnahmenpaket erarbeiten und dem Landtag vorlegen. Dabei erwarten wir, dass Netzwerkarbeit bei der Landesregierung beginnt und nicht immer nur von kommunalen Handlungsträgern gefordert wird.

Beim Kindergesundheitsgipfel sind die Gesundheitsministerin und Ärzte und bei den Sprachstandserhebungen der Minister für Bildung, Jugendämter und Kitas vertreten. Beide Minister müssen auf beiden Veranstaltungen vertreten sein, wenn man nachhaltig etwas bewirken will und das auch an der Basis erwartet.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Natürlich müssen auch wir uns der Frage der Finanzierung stellen. In der Sendung „Klartext“ wurde ein bundesweiter Zuschuss von 300 Millionen Euro ausgemacht, wenn alle bedürftigen Kinder 1 Euro für das Mittagessen bezahlen. Diese Summe wurde den steuerlichen Mehreinnahmen in diesem Jahr in Höhe von 27 Milliarden Euro gegenübergestellt. Wer Armut sagt, muss auch Reichtum denken.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Möglicherweise können Sie diesbezüglich bei Ihrer Kollegin Hilde Mattheis - Mitglied des Bundestages - aus Baden-Württemberg einmal nachfragen, die die Arbeitsgruppe zur Teilungsgerechtigkeit und sozialen Integration leitet. Dann könnten Sie nicht anders reagieren, als unserem Antrag zuzustimmen.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Für die SPD-Fraktion erhält die Abgeordnete Dr. Münch das Wort.

Frau Dr. Münch (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Wöllert, ich staune darüber, wie es Ihnen gelingt, so vieles in einem zehnminütigen Redebeitrag unterzubringen. Das hat mit dem Antrag bzw. dem Thema aber nicht mehr viel zu tun. Einerseits fordern Sie Maßnahmen, andererseits polemisieren Sie gegen das, was die Landesregierung bereits tut. Sie formulieren in Ihrem Antrag, dass unser Anliegen sein müsse, ein Versorgungsangebot sicherzustellen, und beleidigen damit die kommunalen und privaten Träger, weil Sie so tun, als ob es das nicht bereits gäbe.

(Beifall bei SPD und CDU)

Lassen Sie uns doch bitte einmal zu den Fakten zurückkommen. Ich kann nicht akzeptieren, dass Sie Geschichten dahin gehend zitieren, Kinder hätten kein Geld zum Essen. Zugleich sagen Sie dann, die Kinder seien zu dick und würden sich an den Cola-Automaten bedienen. Das alles passt nicht zusammen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Erfreulicherweise zitieren Sie einen Beschluss des SPD-Landesparteitags vom letzten Wochenende, in dem wir dieses Problem sehr wohl als sehr vordringlich erkennen. Forschungen zeigen nämlich, dass sich viele Kinder heute ungesund ernähren, unregelmäßig essen und zu wenig Sport treiben. Etwa 20 % der Kinder sind übergewichtig. Deshalb soll die Landesregierung eine Kampagne für gesundes Essen und mehr Sport - „Besser essen, besser fühlen“ - ins Leben rufen. Diese soll unter anderem Fortbildung für Lehrer, Aufklärung für Kinder und Eltern sowie Richtlinien für eine gesündere Schul- und Kita-Speisung enthalten. Das ist der Beschluss des Landesparteitages, an dem sich auch die Landesregierung messen lassen muss; denn das sind die Ziele, um die es gehen muss.

Es kann nicht darum gehen, populistisch alles in einen Topf zu rühren, was einem an der Regierung nicht passt. Im Interesse der Betroffenen kann es nur darum gehen, dass wir tatsächlich auf die Faktenlage schauen. Faktenlage ist - wenn Sie sich die Schuleingangsuntersuchungen anschauen -, dass die Adipositas - die Fettleibigkeit - bei Schulanfängern seit dem Jahr 1994 nicht zugenommen hat. Der Zustand von Jungen und Mädchen zum Zeitpunkt der Einschulung befindet sich ebenfalls auf dem gleichen Niveau wie vor zwölf Jahren.

Bei den Schulabgangsuntersuchungen - diese werden im Rahmen der Reihenuntersuchungen in der 10. Klasse durchgeführt - wurde allerdings eine Zunahme der Rate der dickleibigen Mädchen und Jungen - die Zahl hat sich nahezu verdoppelt -

festgestellt. Was ist inzwischen geschehen? - Darüber wissen wir nur wenig. Wir wissen lediglich, dass es nicht die Lösung sein kann, ein kostenloses Schulmittagessen zur Verfügung zu stellen. Vor allem im Alter von 15 bzw. 16 Jahren lässt sich kein Jugendlicher mehr durch ein verordnetes einheitliches Essen vorschreiben, wie er sich zu ernähren hat. In diesem Alter wäre das zu spät.

Zudem liegt die Lösung des Problems nicht darin, dass man den armen Familien einen Zuschuss gewährt; denn es gibt kein belastbares Material darüber, ob das Problem darin begründet liegt.

Was sind die Ursachen? - Die Ursachen für Übergewichtigkeit bei Kindern und die Ursachen dafür, dass sich Kinder schlecht ernähren, werden bereits sehr früh gelegt. Gestillte Kinder werden später zu einem wesentlich geringeren Prozentsatz übergewichtig.

(Beifall der Abgeordneten Hartfelder [CDU])

Von Bedeutung sind auch familiäre Rituale, dass man sich zum Beispiel gemeinsam an den Tisch setzt. Das alles kostet kein Geld; insbesondere das Stillen nicht.

Des Weiteren geht es um eine abwechslungsreiche und ausgewogene Ernährung. Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass Fastfood, Essen von der Pommesbude und vom Döner-Stand sehr viel teurer sind als eine gesunde Ernährung mit frischem Gemüse aus der jeweiligen Jahreszeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Frau Dr. Münch, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Frau Dr. Münch (SPD):

Nein. Ich würde meinen Beitrag gern zu Ende bringen, da sonst die Redezeit abgelaufen ist.

Es geht um Stressbewältigung bzw. Stressbewältigungsmechanismen von Jungen und Mädchen. Zudem geht es um Medienkompetenz und Medienverhalten. Wie verhalte ich mich vor dem Computer? Wie verhalte ich mich vor dem Fernseher? - Der entscheidende Punkt ist: Es geht um Bewegung. Das wissen wir alle auch aus dem Erwachsenenbereich. Essen ist nur eine Säule des Gesundheitsverhaltens. Bewegung ist eine weitere Säule. Deshalb geht es darum, an all diesen Punkten - das ist sehr mühsam und eignet sich nicht für populistische Thesen - anzuknüpfen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Sie beleidigen die zahlreichen Fachleute vor Ort - Ärzte, Erzieher, Pädagogen, Minister -, die seit Jahren an diesem Problem arbeiten. Sie wissen jedoch - wenn Sie die Literatur gelesen haben -, dass es bis jetzt kein überzeugendes Präventionskonzept gibt, wie Menschen tatsächlich dazu gebracht werden können, sich dauerhaft gesund zu ernähren.

Sie kennen das Bündnis „Gesund Aufwachsen in Brandenburg“, in dem sich Fachleute vereint haben. Zudem gibt es das Handlungsfeld „Bewegung, Ernährung, Stressbewältigung“. Es gibt die Projekte „Gesunde Kita“ und „Gesunde Schule“. Es

gibt einen Preis, durch den die Eltern zum Mitmachen motiviert werden. Auch in Ihrer Region im Süden Brandenburgs wurden schon Preise vergeben. All das sind Bausteine, die wir brauchen, um das Ziel einer nachhaltig gesunden Lebensführung tatsächlich umzusetzen.

Natürlich müssen wir früh anfangen. Uns ist auch nicht entgangen, dass ein niedriger Sozialstatus dazu führt, dass sich Kinder häufiger nicht gesund ernähren. Das ist aber kein Problem, das sich mit Cent und Euro lösen lässt. Da muss man frühzeitig ansetzen. Ich bin sehr froh, dass sowohl das Bildungsministerium als auch das Sozialministerium sowie die freien Kräfte und Träger der Kommunen vor Ort an einem Strang ziehen. Sie haben genau diese Maßnahmen ergriffen. Sie können sich darauf verlassen, dass dieses Thema für uns Priorität hat. Dafür bedarf es Ihres Antrags nicht. - Danke.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Fechner setzt für die DVU-Fraktion fort.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Uns liegt wieder einmal ein wunderhübscher Antrag der linken Oppositionspartei vor. Alle Kinder in Kita und Grundschule sollen täglich ein gesundes Mittagessen bekommen. Das klingt wirklich gut und könnte glatt von der DVU-Fraktion sein.

(Beifall bei der DVU - Lachen bei der SPD)

Doch dummerweise stammt dieser Antrag von einer Fraktion, die sich ständig umbenennt,

(Heiterkeit bei der SPD)

und deshalb haben wir uns das Ganze noch einmal ganz genau angesehen und dabei so einige Merkwürdigkeiten festgestellt. So wird im Antrag zum Beispiel ein Maßnahmenpaket gefordert, mit dem unter anderem sichergestellt werden soll, dass Kinder aus sozial schwachen Familien finanzielle Zuschüsse zur Teilnahme an der Versorgung mit gesundem Mittagessen erhalten und schrittweise eine kostenfreie Versorgung für alle Kinder möglich wird. Die Eltern sollen also erst einmal einen finanziellen Zuschuss erhalten, und später soll das Mittagessen dann kostenlos sein.

In Brandenburg ist die Fraktion DIE LINKE in der Opposition. Da können Sie so etwas natürlich fordern. Im Berliner Abgeordnetenhaus sieht das jedoch anders aus. Ich habe auf der Internetseite gesehen, dass die Anträge der dortigen Oppositionsparteien, die ein ähnliches Ziel hatten, seitens der PDS abgelehnt wurden. Aber die Berliner Genossen beherrschen ja den Spagat zwischen populären Forderungen und tatsächlichem Handeln perfekt.

Meine Damen und Herren, die DVU-Fraktion sieht allerdings ein ganz anderes Problem. Es stellt sich nämlich die Frage, ob genau die Eltern, deren Kindern die lieben Genossen angeblich helfen wollen, sich auf diese Art überhaupt helfen lassen. Leider gibt es nämlich immer wieder Eltern, die das Geld lieber für Alkohol und Zigaretten ausgeben, anstatt es ihren Kindern

zugutekommen zu lassen. Diesen Kindern wird es nicht helfen, wenn ihre Eltern weitere finanzielle Unterstützung bekommen. So leid uns das auch tut. Ich befürchte also, dass die Initiative der Fraktion DIE LINKE die Hauptproblemgruppe haarscharf verfehlen wird. Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht, werte Kollegen der Fraktion DIE LINKE.

(Beifall bei der DVU)

Es stellt sich noch eine Frage: Was ist mit den Eltern, die ihre Kinder nicht in die Kita schicken bzw. deren Kinder keinen Anspruch auf einen Kita-Platz haben? Was ist mit den Eltern, deren Kinder die Kita oder die Schule bereits vor dem Mittagessen verlassen?

Werte Kollegen der antragstellenden Fraktion, Ihr Antrag ist sicherlich gut gemeint und er versucht tatsächlich auch, in die richtige Richtung zu zielen, aber er ist leider nicht gut gemacht. Deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen können. Einer Ausschussüberweisung hätten wir zugestimmt.

Ich möchte noch etwas sagen: So ganz ernst gemeint kann der Antrag nicht sein; denn wenn man den Pressemitteilungen der vergangenen Woche Glauben schenken darf, dann wurde mit Stimmen der linken Genossen im Potsdamer Stadtparlament ein ähnlich lautender Antrag abgelehnt. Hier stimmen Worte und Taten wieder einmal nicht überein. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Hartfelder.

Frau Hartfelder (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass jedes Kind täglich eine warme Mittagsmahlzeit zu sich nehmen sollte, ist für uns selbstverständlich. Da gibt es überhaupt kein Wenn und Aber. Mir will sich nur nicht erschließen, weshalb der Landtag die Vorhaltung einer entsprechenden Versorgung für Kinder als vordringlich, bildungspolitisch, sozial und gesundheitspolitisch wichtig ansehen soll. Wenn ich das Grundgesetz richtig lese, sind die Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern, aber auch die ihnen zuvorderst obliegende Pflicht.

Nach dem Willen der Fraktion DIE LINKE sind nicht mehr die Eltern für die Mittagsmahlzeit der Kinder zuständig. An ihre Stelle tritt der Staat und gewährleistet die Bereitstellung eines Mittagessens. Selbst wenn Sie in Ihrer Begründung korrekt feststellen, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Übergewicht kontinuierlich zunimmt - und zwar, wie Frau Münch sagte, im Alter von 15 und 16 Jahren und nicht im Kleinkindalter -, ergibt sich daraus für mich noch lange nicht die Schlussfolgerung, dass die Eltern nicht in der Lage sind, für eine Mittagsmahlzeit der Kinder zu sorgen.

Es ist auch unbestritten, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Übergewicht der Kinder und einem niedrigen sozialen Status der Familien gibt. Unlogisch erscheint allerdings die Argumentation - das ist auch schon gesagt worden -, dass Kinder hungern und eigentlich zu dick sind. Alle ihre Argumente

berechtigen jedenfalls nicht dazu, die Ernährung unserer Kinder in staatliche Hände zu legen.

Ihr Ziel ist es zunächst, Kindern aus Familien mit niedrigem sozialen Status eine kostenfreie Versorgung zu ermöglichen. Meine Damen und Herren, wer definiert, was ein niedriger sozialer Status ist? Sind das für Sie Kinder von ALG-II-Beziehern? Oder zählen auch Personen dazu, die im sogenannten Niedriglohnssektor arbeiten oder/und zu Hartz-IV-Aufstockern gehören? Gehören dazu auch Handwerker, die so viele Außenstände haben, dass sie wirklich überlegen müssen, ob und wie sie es bewerkstelligen können, das Essensgeld für ihre Kinder in den Schulen und Kindertagesstätten zu bezahlen?

In den ALG-II-Regelsätzen ist das Geld für die Bereitstellung von Lebensmitteln enthalten. Dafür haben die Wohlfahrtsverbände übrigens sehr intensiv gesorgt. Das kann man auf der Internetseite des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nachlesen. Eine Familie mit mehreren Kindern erreicht schnell eine Summe, die höher ist als so manches schwer erarbeitete Einkommen von Arbeitnehmern.

(Krause [DIE LINKE]: Das ist eine ganze andere Debatte!)

Für Familien mit Kindern ist in den letzten Jahren sehr, sehr viel getan worden.

Präsident Fritsch:

Frau Hartfelder, wünschen Sie eine Zwischenfrage?

Frau Hartfelder (CDU):

Das möchte ich im Augenblick nicht, Herr Präsident.

In den letzten 20 Jahren hat sich das Kindergeld je Kind sechsfacht, von 50 DM im Jahre 1986 auf mindestens 150 Euro im Jahre 2007. Es ist das Erziehungsgeld und das Elterngeld dazugekommen. Die Kinder- und Familienfreibeträge sind in diesem Zeitraum verdoppelt worden. Das heißt: Dieses Land tut sehr viel für Kinder bzw. für Familien mit Kindern.

Was Brandenburg betrifft, gibt es seitens der Krankenkassen viele Tipps zur gesunden Ernährung, um zum zweiten Teil Ihres Antrags zu kommen. Mit dem Kindermusical „Henrietta in Fructonia“ führt die AOK Brandenburg eine Kampagne zum Thema der gesunden Ernährung und Bewegung sowie der mentalen Fitness in den Grundschulen durch. Auch seitens der Lehrer wird im Sachkundeunterricht darauf Bezug genommen. Schulen und Klassenleiter sowie Erzieher in den Kitas informieren Eltern: Wie ernähre ich mein Kind gesund? - Darüber hinaus ist der öffentliche Gesundheitsdienst gefordert, in Broschüren und bei der Arbeit mit Eltern, die Kinder haben, bei denen es problematisch wird, gerade auf ungesunde Ernährung, Übergewichtigkeit und vorhandene Defizite in anderen Bereichen einzuwirken.

Bewegung ist beim Thema Übergewicht ohnehin das Stichwort, wie schon gesagt worden ist. Ernährung allein hilft nicht, Übergewicht zu verhindern. Wenn man sich anschaut, wie viel Zeit Kinder und Jugendliche - da haben wir ja das große Problem der beginnenden Übergewichtigkeit - am Fernsehapparat, Computer, Laptop oder Gameboy usw. sitzend verbringen, und das mit dem vergleicht, was wir alle, wie wir hier sitzen, als

Kinder getan haben, dann weiß man, woher Übergewichtigkeit kommt, einmal ganz abgesehen davon - was Frau Münch sagte -, dass man die Anlagen für Dickleibigkeit in den Kleinstkindertagen legt, indem man mit Zucker die erste Sucht entstehen lässt.

Abschließend möchte ich auf den letzten Satz des Antrags der Fraktion DIE LINKE zu sprechen kommen, der da heißt:

„Langfristig soll ein kostenfreies Angebot für alle Kinder angestrebt werden.“

Toll! Kommunismus! Jeder nach seinen Bedürfnissen! - Das hat nicht einmal der real existierende Sozialismus bis zu seinem Untergang 1989 geschafft. Ich habe im November 1989 noch Essensgeld in der Schule eingesammelt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Minister Rupprecht setzt die Debatte für die Landesregierung fort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind uns sicherlich alle einig über die Bedeutung des Themas. Es gibt tatsächlich zu viele übergewichtige Kinder. Ein großer Teil von ihnen stammt aus sozial benachteiligten Familien. Übergewichtige Kinder tragen ein erhöhtes Risiko, auch als Erwachsene übergewichtig zu sein und früh an den mit Übergewicht und Bewegungsmangel verbundenen Zivilisationskrankheiten zu erkranken. Die Gründe dafür sind bekannt, sie sind hier auch schon mehrfach vorgetragen worden: falsche, das heißt unausgewogene Ernährung und zu wenig Bewegung.

Wir haben das Problem bereits vor Jahren erkannt und zum Beispiel Bildungsaufgaben mit vorsorgendem Charakter im Kita-Gesetz verankert. Nach § 3 des Kita-Gesetzes - das möchte ich hier einmal zitieren - haben Kitas die Aufgabe, die Entfaltung der körperlichen Fähigkeiten zu unterstützen und dem Kind Grundwissen über seinen Körper zu vermitteln.

Die Kitas sind verpflichtet, eine gesunde Ernährung und Versorgung zu gewährleisten. Auch die Grundsätze elementarer Bildung sind mit dem Bildungsbereich Körper, Bewegung und Gesundheit darauf ausgerichtet. Sie legen übrigens dabei nicht nur Wert auf gesunde Ernährung, sondern sprechen auch die Gestaltung der Mahlzeiten an, denn nicht nur die Zusammensetzung, sondern auch die Art und Weise, wie Mahlzeiten eingenommen werden, spielt beim Ernährungsverhalten eine bedeutende Rolle. Diese Schwerpunktsetzung hat durchaus vorzeigbare Ergebnisse.

Dass Schulanfängerinnen und Schulanfänger immer dicker werden, stimmt für Brandenburg gerade nicht. Die Zahl adipöser Schulanfänger ist seit dem Jahr 2000 langsam, aber stetig gesunken, von 5,2 % im Jahr 2000 auf 4,4 % im Jahr 2005. Das ist natürlich keine Zielzahl, aber es ist etwas besser, als Frau Dr. Münch es vorgetragen hat. Sie können das übrigens im Kindergesundheitsreport zur sozialen und gesundheitlichen Lage von Kleinkindern in Brandenburg nachlesen.

Präsident Fritsch:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Minister? - Frau Wöllert, bitte.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Herr Minister, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass in unserem Antrag nicht von der Zunahme übergewichtiger Kinder bei der Einschulung die Rede ist, sondern dass es während der Schulzeit diese Zunahme gibt, wobei wir durchaus einen Zusammenhang sehen, wenn das in der Kita schon sehr viel besser klappt als in der Schule, weshalb wir überlegen sollten, wie wir das insgesamt hinbekommen?

Minister Rupprecht:

Ich nehme das zur Kenntnis, akzeptiere Ihren Einwurf. Ich glaube auch, dass wir in der Kita wahrscheinlich schon einen Schritt weiter sind als in den Schulen. Ich wollte nur die Panikmache etwas herunterfahren, die so klingt, als würden wir gar nichts tun und ginge die Welt bald unter. Dem ist nicht so. Ihr Einwurf ist gleichwohl berechtigt.

Dennoch, denke ich, gilt es, Fehlernährung und Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen - das machen wir, indem wir heute darüber sprechen - und ein gesundes Bewegungs- und Ernährungsverhalten zu fördern. Die Schulen und auch die Kindertagesstätten müssen bei der Bewältigung dieser Aufgaben weiterhin gezielt unterstützt werden. Darin sind wir uns einig.

Zum Abschluss noch etwas erfreuliches Neues, glaube ich. Hoffentlich sagt Frau Wöllert jetzt nicht: schon wieder etwas Neues. - Ich bereite im Moment mit der AOK, die bezüglich ihrer vorherigen Kampagne positiv erwähnt wurde, zum Beginn des nächsten Schuljahres eine Aktion zum Thema Schulverpflegung vor. Gemeinsam werden wir dann allen Brandenburger Schulen eine ausführliche Informationsbroschüre des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund zur Verfügung stellen. In dieser Broschüre wird umfassend über gesunde Ernährung an Schulen informiert, und es gibt Hinweise zum Mittagessen an Schulen, zum Umgang mit Lebensmitteln usw. Sie sehen: Es geschieht schon etwas.

Deswegen - jetzt komme ich zu dem Antrag - brauchen wir, glaube ich, keinen neuen und dirigistischen Eingriff des Landes in die Kompetenzen der Kitas und der Schulträger. Wir brauchen auch kein Maßnahmenpaket. Wäre das übrigens nicht auch schon wieder etwas Neues? Lassen Sie uns doch auf dem eingeschlagenen Weg weitergehen! Ich glaube, wir können Erfolge erzielen, wenn Sie uns dabei helfen. Sie sind dazu herzlich eingeladen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Zum Schluss der Debatte stehen noch vier Minuten Redezeit für die Abgeordnete Große zur Verfügung, sofern sie Bedarf hat. - Danke.

Damit sind wir am Ende der Debatte angelangt. Ich lasse über den Antrag in Drucksache 4/4783 - Gesundes Mittagessen für

Kinder - abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit deutlicher Mehrheit ohne Gegenstimmen abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Zusammenführung des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes mit dem Brandenburgischen Umweltinformationsgesetz

Antrag
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 4/4784

Der Abgeordnete Scharfenberg eröffnet die Debatte für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Recht auf Akteneinsicht war eine der Errungenschaften der breiten Diskussion um die brandenburgische Verfassung. Damit hat das Land Brandenburg mutig Neuland betreten und bundesweit eine Vorreiterrolle ausgefüllt. Wenn man manche Diskussion verfolgt, die heute unter den Bedingungen der SPD/CDU-Koalition geführt wird, kann man sich kaum noch vorstellen, dass so etwas möglich war. Von der Festlegung in der Landesverfassung bis zur Umsetzung und Konkretisierung in einem Gesetz war ein langer und schwieriger Weg zurückzulegen. Ohne die konsequenten Forderungen aus dem Landtag und dabei insbesondere von der PDS-Fraktion wäre wahrscheinlich nichts aus dem Akteneinsichtsgesetz geworden.

Im nächsten Jahr ist dieses AIG zehn Jahre in Kraft. Das sollte Anlass für eine Evaluierung dieses wichtigen Gesetzes sein. Die Linkspartei hatte im vergangenen Jahr mit einer Großen Anfrage das Akteneinsichtsrecht in seiner praktischen Umsetzung auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt. Dabei war festzustellen, dass die Möglichkeiten des Akteneinsichtsrechts bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Die Anzahl der entsprechenden Anträge in der Landesregierung und der Landesverwaltung ist erstaunlich niedrig. Zur kommunalen Ebene gab es keine repräsentative Übersicht. Damit steht die Frage, warum so zurückhaltend von diesem Recht Gebrauch gemacht wird. Allein die Klärung dieser Frage rechtfertigt schon den Aufwand einer Evaluierung. Wir sind der Auffassung, dass das Akteneinsichtsrecht bei den Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor zu wenig bekannt ist. Hier ist noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten.

Zugleich weist das Gesetz nach wie vor Mängel und Defizite auf, die die Inanspruchnahme erschweren. Auch das wurde mit der Großen Anfrage vom vergangenen Jahr deutlich.

Mittlerweile sind andere Länder dieser Bundesrepublik weiter als wir. Von einer Vorreiterrolle Brandenburgs kann heute keine Rede mehr sein. Nach unserem Eindruck misst die Landesregierung dem Gesetz keine besondere Bedeutung bei. Es wird weniger als ein Anspruch an hohe Transparenz der Arbeit der Landesregierung und der öffentlichen Verwaltung als vielmehr nur als ein Zugeständnis an die Bürgerinnen und Bürger gese-

hen. Diese einseitige Sichtweise schafft immer wieder Schranken, die eine sichtbare Ausweitung des Akteneinsichtsrechts behindern.

Die Fraktion DIE LINKE ist der Auffassung, dass die Landesregierung daran interessiert sein muss, dem Akteneinsichtsrecht einen höheren Stellenwert einzuräumen und für dessen Inanspruchnahme zu werben. Wir wollen ein neues Verhältnis zwischen Bürgern und Verwaltung, das von Offenheit und Zusammenarbeit geprägt ist. Wir wollen ein umfassendes Akteneinsichtsrecht, mit dem demokratische Teilhabe ausgeübt und eigene unmittelbare Interessen wahrgenommen werden können.

Wir hatten schon im vergangenen Jahr angekündigt, dass wir Novellierungsbedarf sehen. Die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes sind gegenwärtig nicht schlecht. Die Landesregierung bereitet eine Zusammenlegung des AIG mit dem Umweltinformationsgesetz vor, das im März dieses Jahres beschlossen worden ist.

Wir unterstützen dieses Vorhaben ausdrücklich und sehen darin eine echte Chance, das Akteneinsichtsrecht weiterzuentwickeln. Wir schlagen Ihnen mit unserem Antrag vor, für dieses neue Gesetz Prämissen zu formulieren, die der Landesregierung Orientierung sein sollen. Die Möglichkeit dafür ist jetzt gegeben. Grundsätzlich gehen wir dabei davon aus, dass die allgemein geltenden Regelungen dieses neuen Gesetzes am Standard des Umweltinformationsgesetzes orientiert sein müssen, der höher liegt als der des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes.

Das Gesetz sollte nach unserer Auffassung folgende Festlegungen enthalten:

Erstens soll klargestellt werden, dass bei Überschreiten der Bearbeitungsfrist für Akteneinsichtsansträge die Voraussetzungen zum Einlegen einer Unterlassungsklage gegeben sind. Da solche Überschreitungen offensichtlich keine Seltenheit sind, gab es sogar die Überlegung, in diesen Fällen die Möglichkeit zum Erheben von Schadenersatzansprüchen einzuräumen.

Zweitens soll dem Antragsteller die Möglichkeit eingeräumt werden, die Art der Akteneinsicht, ob in elektronischer oder in Papierform, zu wählen. Das schließt das Recht ein, Kopien der eingesehenen Unterlagen zu erhalten. Geregelt ist das bereits in § 3 Abs. 2 UIG, der als allgemeine Regelung in das Gesetz aufzunehmen wäre.

Drittens halten wir es für erforderlich, die Zahl der Ausschlussgründe zur Gewährung von Akteneinsichtsrecht zu reduzieren. Ein immer wieder angeführter wichtiger Ausschlussgrund ist die Berufung auf laufende Verfahren. Künftig sollte es möglich sein, in abgeschlossene Teilabschnitte von laufenden Verfahren einzusehen, um diesen Ausschlussgrund aufzubrechen. Technisch ist das auf alle Fälle leistbar.

Wir meinen, dass auch öffentliche Unternehmen in den Wirkungsbereich des Akteneinsichtsrechts einbezogen werden sollten. Das Einsichtsrecht sollte auf Unternehmensdaten erweitert werden, soweit es sich nicht um Geschäftsgeheimnisse handelt. Die Erweiterung sollte auch für Aufsichtsakten, die gegenwärtig noch ausdrücklich ausgenommen sind, gelten. Auch hierbei

kann an das UIG angeknüpft werden. Wir halten das prinzipiell für möglich.

Viertens sollen ein Negativkatalog für personenbezogene Daten sowie eine Abwägungsverpflichtung für die bearbeitende Behörde festgelegt werden. Die Berufung auf Ausnahmetatbestände soll bei einer ablehnenden Entscheidung künftig schriftlich begründet werden.

Fünftens empfehlen wir die Konzentration von Akteneinsichtsansträgen an einer Stelle. Das könnte dadurch gesichert werden, dass der behördliche Datenschutzbeauftragte gleichzeitig der Ansprechpartner für Akteneinsicht ist.

Wir zeigen mit diesen Vorschlägen beispielhaft auf, wie das Akteneinsichtsrecht bürgerfreundlicher gemacht werden kann, ohne für die Behörden unüberwindliche Hindernisse zu schaffen. Das alles sind Vorschläge, die machbar sind. Wir erheben nicht den Anspruch, dass wir hiermit alles abgedeckt haben, was denkbar ist.

Die in der Vergangenheit im Zusammenhang mit dem Akteneinsichtsrecht geäußerten Befürchtungen haben sich als unberechtigte Vorbehalte erwiesen. Ich erinnere daran, dass in der Vergangenheit in Aussicht gestellt worden ist, dass die Verwaltungen durch das Akteneinsichtsrecht völlig überlastet werden könnten.

Wir haben die Chance, uns mit der Zusammenführung der beiden Gesetze auf einem möglichst hohen Niveau wieder an die Spitze der Entwicklung zu stellen und an die frühere Vorreiterrolle, die das Land Brandenburg einmal eingenommen hatte, anzuknüpfen.

Innenminister Schönbohm hat im vergangenen Jahr in der Debatte über unsere Große Anfrage Folgendes formuliert:

„Das Akteneinsichtsrecht ist so, wie es geschaffen wurde, in Ordnung.“

Ich hoffe darauf, dass diese für die Landesregierung vorgetragene wenig innovative Position nicht das letzte Wort war. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Die Debatte wird mit dem Beitrag der Abgeordneten Stark für die SPD-Fraktion fortgesetzt.

Frau Stark (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Kollege Scharfenberg hat es schon lobend erwähnt: Es ist richtig, dass das Land Brandenburg im Bereich der Akteneinsicht und des Informationszugangs eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Das Ganze haben wir vor zehn Jahren als etwas ganz Neues in der Bundesrepublik in Angriff genommen. Wir sind auch stolz darauf, dass wir dieses Werk in der damaligen Regierungsverantwortung geschaffen haben. Wir wollten damit Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit geben, sich intensiv und engagiert in die jeweilige Politik in den Kommunen und auf Landesebene einzubringen und dafür die Informationen zu

bekommen, die man braucht, um sich zu dem jeweiligen Thema eine Meinung zu bilden. Das ist eben das Recht auf Akteneinsicht und auf Informationszugang.

Wir haben also auf dem Gebiet der Informationsfreiheit Pionierarbeit geleistet. Vor diesem Hintergrund ist klar - insofern ist die Kritik verständlich -, dass wir als die Ersten damals ein solches Gesetz aus heutiger Sicht relativ restriktiv angelegt haben.

Heute, nach zehn Jahren, kann man natürlich den einen oder anderen Punkt feststellen, der kritisch überarbeitet werden müsste. Ich nenne ein Beispiel, das auch Sie angesprochen haben: Wenn ein Bürger Akteneinsicht nimmt, dann kann er sich dabei Notizen machen, darf von den Vorgängen aber keine Kopien anfertigen. Genauer gesagt: Es liegt im Ermessen der jeweiligen Behörde, ob sich ein Bürger Kopien machen darf oder nicht. Das sind sozusagen die Regeln der Praxis. - Es gibt noch andere Punkte, die sicherlich ebenfalls kritisch bearbeitet werden müssen. Die Forderung nach einer Modernisierung und Weiterentwicklung des Akteneinsichts- und Informationszugangsrechts sehe ich also als durchaus gerechtfertigt an.

Aber eine fundierte Evaluation, die Sie ebenfalls fordern, um festzustellen, wie sich das Ganze bewährt hat, ist aus meiner Sicht relativ schwer zu realisieren; denn die öffentlichen Stellen vor Ort sind ja nicht verpflichtet, eine Statistik zu führen. Sie schreiben also nicht etwa auf, dass Herr Meier, Frau Müller oder Herr Lehmann Akteneinsicht genommen haben, dass sie dies so oder anders praktiziert haben und sich dabei folgende Probleme aufgetan haben. Darüber werden keine Listen geführt. Insofern ist eine Evaluation aus praktischen Gründen relativ schwer machbar.

Der Vorschlag, der eigentlich den Kern Ihres Antrags bildet, das Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz mit dem Brandenburgischen Umweltinformationsgesetz zusammenzuführen, ist aus meiner Sicht ebenfalls nur schwer umzusetzen, weil in den beiden Gesetzen sehr unterschiedliche Materien geregelt sind. Bei dem einen Gesetz handelt es sich, wenn man so will, um ein Fachgesetz, während das andere ein allgemeines Gesetz ist. Dies spricht natürlich nicht dagegen, dass Anregungen, die aus der Anwendung des Umweltinformationsgesetzes heraus gegeben werden, in das zu überarbeitende Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz einfließen können.

Das ist für uns der gangbare Weg, das Akteneinsichtsrecht zu modernisieren; da sind wir uns mit Ihnen einig. Aber wir lehnen Ihren Antrag insofern ab, als es darin darum geht, das Umweltinformationsgesetz und das Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz zusammenzuführen. Das ist nicht der richtige Weg.

Insofern danke ich für Ihre Anregungen. Wir haben das Thema noch einmal besprochen. Auch wir halten dieses Thema für sehr wichtig. Wir haben das Gesetz im Rahmen unserer damaligen Regierungsverantwortung hier eingebracht. Vor diesem Hintergrund verstehen wir Ihren Antrag als Impuls und bedanken uns dafür. Aber wir müssen den Antrag leider ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Claus spricht jetzt für die DVU-Fraktion.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Der vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE fällt tief ins Sommerloch. Er könnte aber auch zum 1. April eingereicht worden sein. Ich werde Ihnen auch sagen, warum.

Über eine Evaluation des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes bei externer kompetenter Beratung kann man ja durchaus noch reden. Was dann allerdings kommt, zeugt von eklatantem juristischem Unverständnis. Die im Antrag zu Punkt 2 enthaltene Aufforderung, bei der Zusammenführung des Akteneinsichts- mit dem Landesinformationsgesetz die Vorgaben des Letzteren zu berücksichtigen, versteht sich eigentlich von selbst, Herr Dr. Scharfenberg.

Schließlich ist mir auch nicht bekannt, dass die Landesregierung oder die Koalitionsfraktionen beabsichtigen, das Brandenburgische Umweltinformationsgesetz abzuschaffen.

Eine Zusammenführung beider Gesetze hat denknötwendig eine Integration der vorhandenen Rechtsstandards zur Konsequenz. Deswegen bringt mich der Punkt 2 Ihres Antrages, den Sie da geschrieben haben, eigentlich nur zum Schmunzeln.

Aber es kommt noch viel dicker, meine Damen und Herren. In Punkt 3 fordert die Fraktion DIE LINKE, dass gesetzlich klar gestellt werden soll, dass bei Überschreitung der Bearbeitungsfrist die Voraussetzung zum Einlegen einer Untätigkeitsklausel gegeben sein soll.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: „Klage“, nicht „Klausel“!)

Ein einfacher Blick in den § 75 Verwaltungsgerichtsordnung hätte den Antragsfassern geholfen. Hätten Sie einmal da hineingeschaut, hätten Sie das hier nicht zu machen brauchen.

(Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE)

Dort ist eindeutig geregelt, Herr Dr. Scharfenberg, dass in jedem Antragsverfahren auf Vornahme eines Verwaltungsaktes abweichend von der Notwendigkeit, ein Widerspruchsverfahren einzuleiten, die Untätigkeitsklausel zulässig ist, wenn die zuständige Behörde ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entscheidet. Wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist als die in § 75 VwGO enthaltene Dreimonatsfrist geboten ist, kann der Betroffene auch zügig gerichtlichen Rechtsschutz beanspruchen.

Auch die weitere Forderung, dem Antragsteller solle unter Bezugnahme auf § 3 Abs. 2 UIG die Möglichkeit eingeräumt werden, die Art der Akteneinsicht zu wählen, ist jetzt schon Standard. Das hätten Sie nur nachzulesen brauchen. Dies ergibt sich schon aus dem in § 1 des Brandenburgischen Umweltinformationsgesetzes enthaltenen Anwendungsrahmen für das Umweltinformationsgesetz des Bundes. § 3 UIG gehört nicht zu den dort genannten Ausnahmenvorschriften. Daher ist jetzt schon Standard, dass bei Beantragung einer bestimmten Art des Informationszugangs dieser nur aus gewichtigen Gründen auf andere Art eröffnet werden kann. § 3 Abs. 2 Satz 2 ist - nur zu Ihrer Information, Herr Dr. Scharfenberg - im Übrigen zwingendes Recht und kann daher auch nicht als Sollvorschrift, wie Sie es fordern, Anwendung finden.

Worum es Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, wirklich geht, zeigt sich in Punkt 3 dritter Spielstrich Ihres Antrags. Sie wollen den Schutz unternehmerischer Belange bei Zugang zu Informationen schlichtweg aus den Angeln heben. Sie wollen zukünftig jedermann Zugang zu Unternehmensdaten, insbesondere auch bei laufenden Verfahren im Zusammenhang mit Unternehmen, eröffnen. Dieses schadet dem Land Brandenburg als Investitionsstandort. Damit ist auch offensichtlich, was Sie mit diesem Antrag wirklich erreichen wollen.

Dass Sie dem Zugang zu Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen von Unternehmen keine große Bedeutung zumessen, zeigt sich auch darin, dass Sie die ebenfalls schon jetzt zu beachtende zwingende Vorschrift des § 9 Abs. 1 Satz 1 UIG des Bundes, der über § 1 des Brandenburgischen Umweltinformationsgesetzes unmittelbar Anwendung findet, durch das Wörtchen „soll“ auf die Ebene einer Ermessensvorschrift reduzieren möchten. Dies ist schlicht und ergreifend ein Verstoß gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und würde Datenmissbrauch zulasten von Unternehmen Tür und Tor öffnen.

Auf den Rest Ihres Antrags gehe ich nicht weiter ein. Er ist lediglich deklaratorischer Natur wie die Voraussetzung zum Einlegen einer Untätigkeitsklage. Aber, meine Damen und Herren von der PDS, Sie haben 40 Jahre Erfahrung mit so etwas. Darum versuchen Sie es immer wieder. Aber Sie werden es hier nicht schaffen. - Danke schön.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Werner spricht für die CDU-Fraktion.

Werner (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte gedacht, dass die Kolleginnen und Kollegen von der PDS sich einmal den wirklich wichtigen Dingen des Lebens zuwenden, statt uns diesen Antrag vorzulegen. Ich habe zum Beispiel heute überhaupt noch keinen Hinweis von Ihnen bekommen, weder in Form eines Antrags oder einer Anfrage noch sonst irgendwie, dass heute ein ganz wichtiger Geburtstag ist. Kollege Scharfenberg, wissen Sie von wem? - Der 150. Geburtstag Ihrer Vorkämpferin Clara Zetkin. Aber das wird hier überhaupt nicht erwähnt. Das ist doch ein Topereignis des heutigen Tages.

(Beifall bei CDU und SPD)

Um zum Antrag zurückzukommen: Gestern haben Sie sich hierher gestellt und mehr Datenschutz gefordert. Da war Ihnen das Gesetz nicht weitgehend genug, sondern Sie wollten viel mehr Regelungen, Sie wollten keine Entbürokratisierung und dergleichen. Heute kommen Sie daher und verlangen das Recht auf so gut wie uneingeschränkte Akteneinsicht. Nun erklären Sie uns doch bitte einmal, wie Sie auf der einen Seite Datenschutz gewährleisten wollen, wenn Sie auf der anderen Seite mit so gut wie uneingeschränktem Recht auf Akteneinsicht den Datenschutz wieder aushöhlen wollen. Darauf komme ich noch zurück. Es geht aus vielen Ihrer Punkte hervor, dass dies ein Widerspruch ist, den Sie nicht auflösen können. Das erklären Sie uns bitte einmal!

Im Übrigen darf ich noch einmal darauf verweisen, dass Sie gerade mit dem Datenschutz und der Akteneinsicht sehr viele Erfahrungen aus der Zeit bis 1989 haben. In dieser Tradition stehen Sie nun einmal; das lässt sich nicht wegdiskutieren. Aber Sie wollen zum Beispiel eine Evaluation. Ich frage mich, warum sich die Landesbeauftragte in jedem Jahr die mühevollen Arbeit macht, uns einen wirklich umfangreichen Bericht auch zum Akteneinsichtsrechtsgesetz und zur Praxis damit vorzulegen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

Nehmen Sie doch einfach einmal die Berichte der zurückliegenden Jahre von Frau Hartge oder ihrem Vorgänger im Amt zur Hand und schauen nach, wie die Erfahrungen mit diesem Gesetz sind. Ich frage mich also, warum es noch einer Evaluation bedarf.

Sie sagen, dass die Bearbeitungsfrist überschritten wird und, Kollege Scharfenberg, lassen sich zu der unwahren Behauptung hinreißen, dass dies keine Seltenheit sei. Ich habe gerade noch einmal in der Antwort auf die Große Anfrage vom vergangenen Jahr nachgeschaut. Es hat im Berichtszeitraum bis 2006 bei der Landesregierung und bei den obersten Landesbehörden 258 Fälle gegeben. Bei 258 Fällen war gerade in 13 Fällen die Monatsfrist überschritten. Das sind 5 %. Da stellen Sie sich hier hin und wollen uns weismachen, das sei keine Seltenheit. Bleiben Sie bitte bei der Wahrheit!

(Beifall bei der CDU)

Dann setzen Sie dem Ganzen noch die Krone auf, indem die Art der Akteneinsicht selbst gewählt werden soll. Ich konstruiere einmal: Da ist irgendein Vorgang mit 10 oder 15 Aktenordnern. Nun sagt jemand: Ich möchte Einsicht nehmen, ich will Kopien von allen 15 Aktenordnern haben. - Wie stellen Sie sich das vor?

Im Übrigen: Zur Wahrheit gehört auch, dass der von Ihnen zitierte § 3 Abs. 2 UIG einen gewichtigen Grund nennt, dass man das verwehren darf. Ich denke, es gibt mitunter gewichtige Gründe. Ein solches Beispiel habe ich gerade hier genannt. Sie gehen noch weiter und wollen alle möglichen Ausschlussgründe zur Gewährung von Akteneinsichtsrecht reduzieren. Sagen Sie doch gleich, dass Sie alle möglichen Ausschlussgründe abschaffen wollen.

Ich bin einmal so frei und lasse mich dazu hinreißen zu sagen, dass, wenn Sie auch auf Unternehmensdaten einen grenzenlosen Zugriff haben wollen, der Industrie- und Wirtschaftsspionage Tür und Tor geöffnet wird. Dann kann jeder gleich seinen Aktenschrank aufmachen und alle hineinschauen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Wie soll denn eine Wirtschaft ordentlich funktionieren, wenn alle Daten und Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse preisgegeben werden?

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Wir sind doch nicht beim Karneval!)

- Kollege Scharfenberg, beim Karneval mache ich mit meiner Blaskapelle Musik beim Umzug. Dazu lade ich Sie gerne einmal ein. Reden halte ich dort nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

- Nein, Herr Kollege Scharfenberg, es ist doch so, dass Sie mit Tatsachen nicht umgehen können, wenn Sie hier solche Anträge stellen.

(Görke [DIE LINKE]: Was hat die Blaskapelle damit zu tun?)

- Er hat mich doch gerade auf Karneval angesprochen. Ich habe nur gesagt, was ich beim Karneval regelmäßig mache.

(Bochow [SPD]: Blasen Sie ihm doch einmal den Marsch!)

- Da gibt es verschiedene. Mit welchem soll ich denn anfangen?

Präsident Fritsch:

Gleich ist Ihre Redezeit um.

Werner (CDU):

Ich bin gleich fertig, Herr Präsident. - Sie sagen, es gebe im Gesetz Mängel und Defizite. Ich konnte aus der Antwort auf die Große Anfrage im vergangenen Jahr nicht erkennen, dass es Mängel und Defizite im Gesetz gibt. Es gibt möglicherweise bei den Behörden, die damit umzugehen haben, den einen oder anderen Punkt im Umgang mit dem Gesetz, der verbesserungswürdig ist. Aber im Gesetz selbst gibt es diese Mängel nicht.

Im Übrigen ist im UIG des Landes Brandenburg eine Befristung bis zum Ende des nächsten Jahres enthalten. Bis dahin muss sowieso etwas geschehen. Also bedarf es dieses Antrags schon vor dem Hintergrund dieser Befristung nicht.

Eine letzte Bemerkung: Ob man nun das Beauftragtenunwesen gesetzlich noch weiter festigen und regeln sollte, will ich einmal dahingestellt sein lassen. Es geht auch aus der Antwort auf die Große Anfrage hervor, dass es dort, wo der behördliche Datenschutzbeauftragte auch diese Aufgabe wahrnimmt, besser funktioniert. Dann kann man es als Empfehlung an die kommunale Ebene verstehen und die kommunale Ebene dazu ermuntern, dies zu tun.

Warum so zurückhaltend Gebrauch von der Anwendung dieses Gesetzes gemacht wird, das müssen Sie die Bürgerinnen und Bürger fragen. Wenn der Bedarf nicht besteht, dann arbeiten offensichtlich die Verwaltungen so, wie sie arbeiten sollen, nämlich für den Bürger. Ich kann nur sagen: Wir lassen uns von Ihnen nicht linken. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Zum Abschluss der Debatte spricht Innenminister Schönbohm.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE beinhaltet im Wesentlichen, erstens das Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz bis Ende 2007 zu evaluieren und zweitens im Rahmen der Zusammenführung mit dem Brandenburgischen Umweltinformationsgesetz ein modernes Informationsgesetz für Brandenburg zu schaffen.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE hat sich durch Verwaltungshandeln weitestgehend erledigt und könnte eigentlich zurückgenommen werden; denn mit dem Beschluss der Landesregierung vom 28. November 2006, mit dem die Einbringung des Entwurfs für ein Brandenburgisches Umweltinformationsgesetz in den Landtag beschlossen wurde, ist zugleich der Auftrag an das MLUV und das Innenministerium ergangen, eine Zusammenführung der Gesetze zu prüfen und dem Kabinett einen entsprechenden Entwurf bis zum Ende des laufenden Jahres vorzulegen. Dieser Beschluss der Landesregierung ist dem Landtag zugeleitet worden. Das wird Ihnen bekannt sein. Herr Scharfenberg, das scheint heute nicht Ihr Tag zu sein.

Präsident Fritsch:

Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Minister Schönbohm:

Ja.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Minister, ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie schon im Sinne des Antrags handeln. Kann ich das so verstehen, dass Sie auch die inhaltlichen Vorgaben, die wir in diesem Antrag festgehalten haben, als Maßstab für Ihr Handeln ansehen? Wenn Sie mir das jetzt zusagten, dann würde ich für die Fraktion erklären, dass wir den Antrag zurückziehen.

Minister Schönbohm:

Herr Scharfenberg, ich habe festgestellt: Sie wollen überholen ohne einzuholen. Das gelingt nicht. Wir haben bereits einen Auftrag vom Kabinett, den wir ausführen. Jetzt haben Sie festgestellt: Ach, Donnerwetter, die arbeiten, wir können doch noch ein kleines Schippchen drauflegen. - Nein, wir arbeiten, und zwar so, wie sich das gehört: Schrittweise; wir evaluieren sogar selbstständig ohne externen Sachverstand - stellen Sie sich das einmal vor! -; wir haben ja gute Leute.

Von daher gesehen machen wir das so, und ich freue mich, dass Sie dem zustimmen. Deshalb kann ich - ich habe eine hervorra-

gend ausgefeilte Rede - alles zurückstellen und sagen: Was der Kollege Werner gesagt hat, machen wir. Wir werden die Gesetze zusammenführen, dem Landtag das vorlegen, und Sie werden anschließend bei der Erörterung im Innenausschuss und in weiteren Ausschüssen feststellen, dass es sich um einen guten Gesetzentwurf handelt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]:
Im Sinne von Herrn Werner wird das nicht möglich sein!)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Innenminister. - Wir sind am Ende der Debatte zum Tagesordnungspunkt 8 gelangt, und ich lasse über den Antrag der Fraktion DIE LINKE - Zusammenführung des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes mit dem Brandenburgischen Umweltinformationsgesetz, Drucksache 4/4784 - abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ohne Stimmenthaltungen ist der Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 8 und rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Wahl eines Mitgliedes des Rates für sorbische (wendische) Angelegenheiten

Antrag mit Wahlvorschlag
des Präsidenten

Drucksache 4/4779

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist Herr Günter Selleng bei einigen Stimmenthaltungen als Mitglied im Sorbenrat einstimmig gewählt worden. - Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich schließe Tagesordnungspunkt 9 und damit die heutige Sitzung und wünsche Ihnen eine kreative und erholsame Sommerpause. Wir sehen uns im August wieder.

Ende der Sitzung: 15.23 Uhr

Anlagen**Gefasste Beschlüsse****TOP 4:****Außenwirtschaftskonzept des Landes Brandenburg**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 52. Sitzung am 5. Juli 2007 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag Brandenburg im IV. Quartal 2007 ein Außenwirtschaftskonzept vorzulegen, in dem unter anderem folgende Schwerpunkte gesetzt werden:

- Bestandsaufnahme der Außenwirtschafts- und Marktzugangspolitik,
- Identifizierung prioritärer Exportmärkte,
- Festlegung der Instrumente der brandenburgischen Außenwirtschaftsförderung,
- Umsetzung des neuen Ansatzes der Brandenburger Förderpolitik – Konzentration auf leistungsstarke Branchen,
- Handlungsstrategie für den Export von KMU in mittel- und osteuropäische Länder,
- Kooperationen mit anderen Bundesländern und mit den Außenwirtschaftsinstitutionen des Bundes, den Kammern und den Wirtschaftsfördergesellschaften der Länder Berlin und Brandenburg.“

TOP 9:**Wahl eines Mitgliedes des Rates für sorbische (wendische) Angelegenheiten**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 52. Sitzung am 5. Juli 2007 gemäß § 5 Abs. 1 des Sorben(Wenden)-Gesetzes vom 7. Juli 1994 (GVBl. I S. 294) in Verbindung mit §§ 88 ff. der Geschäftsordnung des Landtages Herrn Günter Selleng (Jänschwalde/Janšojce) für das ausgeschiedene Mitglied Frau Maria Elikowska-Winkler (Cottbus/Chóšebuz) als Mitglied des Rates für sorbische (wendische) Angelegenheiten gewählt.

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 5. Juli 2007**Frage 1317****Fraktion der CDU****Abgeordneter Ingo Senftleben****- Mittagessen für alle Schüler? -**

Die pauschale Zuweisung für das Mittagessen von Kindern von Hartz-IV-Empfängern liegt bei 97 Cent bzw. 1,29 Euro pro Tag. Da eine Mittagsmahlzeit an Ganztagschulen oftmals über 2 Euro kostet, ist nicht gesichert, dass die betroffenen Schülerinnen und Schüler daran teilnehmen können. Im Bundesrat wird gegenwärtig ein Vorschlag beraten, wonach für Kinder von Hartz-IV-Empfängern die Teilnahme am Mittagessen in Ganztagschulen gesichert werden soll (Drs. 33/07).

Ich frage die Landesregierung: Wie positioniert sie sich zum Antrag des Saarlandes?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler**

Der vom Saarland in den Bundesrat eingebrachte Antrag zur Änderung des SGB II sieht vor, für Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen von Ganztagsschulangeboten an der dort angebotenen Mittagsverpflegung tatsächlich teilnehmen, einen Mehrbedarf in angemessener Höhe zu gewähren und diesen Betrag zusammen mit dem in der Regelleistung bereits für das Mittagessen enthaltenen Anteil direkt durch den Grundsicherungsträger an den Träger der Mittagsverpflegung zu überweisen.

Nach dem SGB II werden Mehrbedarfe für bestimmte besondere Bedarfslagen gewährt, die nicht durch die Regelleistung abgedeckt sind (zum Beispiel Mehrbedarf für werdende Mütter, für Alleinerziehende, für eine medizinisch notwendige kostenaufwendige Ernährung). Bei der im vergangenen Jahr erfolgten Neubemessung der Regelsätze in der Sozialhilfe, die auch für die Bemessung der SGB-II-Regelleistung durch den Bund maßgeblich ist, wurden auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die für untere Einkommensgruppen erfassten Verbrauchsangaben für Nahrungsmittel und Getränke - und damit auch für Mittagsverpflegung - vollständig berücksichtigt. Dies betrifft auch die Mittagsverpflegung an Schulen, die in Brandenburg für alle Schülerinnen und Schüler angeboten wird.

Die isolierte Betrachtung eines Bestandteils der Regelleistung widerspricht dem Grundprinzip der Pauschalierung der Regelleistung. Die Regelleistung wird pauschal für alle von ihr erfassten Bedarfe gewährt, um den Leistungsempfängern einen eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Umgang mit dem gewährten Geldbetrag zu ermöglichen.

Frage 1325**Fraktion der SPD****Abgeordneter Klaus Bochow****- Verwertung von personenbezogenen Daten -**

Die Bekämpfung des Terrorismus erfordert in steigendem Maße grenzüberschreitende Aktivitäten, die zum Beispiel durch den Vertrag von Prüm ermöglicht werden. Auf der anderen Seite wird immer wieder betont, dass der Kampf gegen den Terror nicht zur Aufgabe unserer freiheitlichen Lebensweise führen darf. Diese Forderung zielt auf den Schutz der Grundrechte, wozu wiederum das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gehört. Vor diesem Hintergrund stellt sich gerade beim Kampf gegen den Terror die Frage nach der Beachtung des Datenschutzes.

Ich frage die Landesregierung: Welche Konsequenzen ergeben sich aus bestehenden völkerrechtlichen bzw. europarechtlichen Verpflichtungen für die Verwertung bzw. Bereitstellung von personenbezogenen Daten, die nach dem Brandenburgischen Polizeigesetz gewonnen werden?

Antwort der Landesregierung**Minister des Innern Schönbohm**

Der Vertrag von Prüm enthält zu den erweiterten Befugnissen und Möglichkeiten des Datenaustauschs umfassende bereichs-

spezifische datenschutzrechtliche Bestimmungen, die die zentralen Regelungen dieses Vertrages darstellen. In Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, die nach dem Vertrag übermittelt werden oder worden sind, wird auf das innerstaatliche Datenschutzrecht des Vertragspartners verwiesen. Insbesondere wird die Zweckbindung der nach dem Prümmer Vertrag übermittelten Daten ausdrücklich aufrechterhalten; eine Verarbeitung zu anderen Zwecken ist nur nach vorheriger Zustimmung des unterzeichnenden Mitgliedsstaates zulässig.

In weiten Teilen weisen die datenschutzrechtlichen Bestimmungen des Prümmer Vertrages Parallelen zu den Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes auf. Darüber hinaus wurden neue Regelungen geschaffen, die der Besonderheit des Vertrages, dem automatisierten Abruf von Informationen auf bestimmte nationale Datenbanken, gerecht werden.

Beim Vertrag von Prüm handelt es sich um einen multilateralen völkerrechtlichen Vertrag, der die Intensivierung der grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit vorsieht, insbesondere beim Abgleich von DNA-Profilen, beim Zugriff auf daktyloskopische Daten, beim Austausch von Kfz- und Halterdaten, im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration. Kernelement des Vertrages ist die Verbesserung des Informationsaustauschs durch die gegenseitige Vernetzung nationaler Datenbanken. Die Vertragsstaaten verfolgen das Ziel, die weitere Entwicklung im Bereich der europäischen polizeilichen Zusammenarbeit mit dem Vertrag zu fördern.

Auf der Grundlage des Vertrages ist es unter anderem möglich, dass die beteiligten Staaten untereinander einen automatisierten Zugriff auf bestimmte nationale Datenbanken - zum Beispiel Fahrzeugregister, DNA-Analyse-Dateien und daktyloskopische Dateien - gewähren. Das Verfahren stellt damit eine Verbesserung im Bereich des grenzüberschreitenden Datenaustauschs dar. Mit dem Vertrag wird eine neue Qualität der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der inneren Sicherheit erreicht, die von der Landesregierung begrüßt wird.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 36. Sitzung am 19.05.2006 mit Zustimmung des Bundesrats den Vertrag von Prüm mittels Gesetz in innerstaatliches Recht überführt. Mit dem Vertrag wird Deutschland gebunden und nicht das Land Brandenburg im Einzelnen. Die Vertragsparteien gestatten den jeweiligen nationalen Kontaktstellen den Zugriff auf bestimmte Datensätze. Die Befugnisse der nationalen Kontaktstellen richten sich nach dem für sie geltenden innerstaatlichen Recht. Die Dateien, die in Brandenburg geführt werden, sind nicht für einen Abruf nach dem Prümmer Vertrag vorgesehen. Die Datensätze, die von Brandenburg in die entsprechenden Dateien - zum Beispiel DNA-Analyse-Datei - eingebracht werden, stehen in diesem Abruf zur Verfügung.

Frage 1326

Fraktion der DVU

Abgeordnete Birgit Fechner - Hochbegabtenförderung -

In Brandenburg findet eine spezielle Förderung ausschließlich Hochbegabter nicht statt. Auf meine Anfrage zu dieser Thematik wurde mir mitgeteilt:

„Anstatt die Förderung auf eine kleine Gruppe von Hochbegabten zu beschränken, ist es sinnvoll, eine relativ brei-

te Basis von 15 bis 20 % einer Altersgruppe einzubeziehen.“

Doch nur 2 bis 3 % der Kinder gelten als hochbegabt. Für diese Kinder ist eine spezielle Förderung angebracht, so wie dies auch in vielen Bundesländern praktiziert wird. Ich frage die Landesregierung: Worauf stützt sich ihre Meinung, dass eine spezielle Förderung dieser hochbegabten Kinder nicht sinnvoll ist?

Antwort der Landesregierung

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht

Der Landtag hat sich bekanntlich in seiner Sitzung am 25. April 2007 mit einem parlamentarischen Antrag Ihrer Fraktion zur Hochbegabtenförderung beschäftigt und diese Initiative mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Meine Haltung habe ich auch in meiner Antwort auf Ihre mündliche Anfrage 1282 über Hochbegabtenförderung in der Sitzung am 7. Juni bereits dargestellt. Im Grunde habe ich dem nichts hinzuzufügen.

Die Förderung besonders begabter Kinder und Jugendlicher konzentriert sich im Land Brandenburg nicht nur auf die wenigen hochbegabten Schülerinnen und Schüler, sondern schließt die 15 % aller Kinder und Jugendlichen mit überdurchschnittlichen Leistungen ein. Diese Vorgehensweise ist sinnvoll, da hervorragende Leistungen auch aus diesem Kreis von begabten Schülerinnen und Schülern erbracht werden können und nicht nur aus der kleinen Gruppe der 2 oder 3 % Höchstbegabten.

Unser breit angelegtes System der Begabtenförderung bietet natürlich hinreichend Raum, auch den spezifischen Bedürfnissen Hochbegabter in Brandenburg und den Erfordernissen ihrer Förderung gerecht zu werden. Ich verweise in diesem Zusammenhang erneut auf die einschlägigen Bestimmungen des Brandenburgischen Schulgesetzes.

Frage 1327

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Birgit Wöllert

- Nichtraucherschutzgesetz für Brandenburg -

Die Landesregierung hat dem Landtag bisher noch keinen Entwurf für ein Brandenburgisches Nichtraucherschutzgesetz zugeteilt. Bisherige Ankündigungen hatten auf die zügige Einbringung hingedeutet. Auch in Berlin wird ein entsprechender Gesetzentwurf wohl noch vor der Sommerpause vom Abgeordnetenhaus behandelt werden.

Meine Frage lautet: Aus welchen Gründen ist es der Landesregierung nicht gelungen, dem Landtag noch vor der Sommerpause den Entwurf eines Nichtraucherschutzgesetzes vorzulegen?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler

Die Landesregierung hat unmittelbar nach dem Sondergesundheitsministertreffen in Hannover am 23.02.2007 und der Ministerpräsidentenkonferenz am 23.03.2007, auf denen die Eck-

punkte eines bundesweiten Schutzes vor den Gefahren des Passivrauchens beschlossen wurden, mit der Erstellung eines entsprechenden Gesetzentwurfs begonnen. Ein erster Entwurf wurde allen Ministerien und verschiedenen Verbänden am 03.04.2007 zur Stellungnahme übermittelt. Zu diesem Zeitpunkt erhielten auch die Geschäftsstellen der Landtagsfraktionen den Referentenentwurf zur Kenntnis. Dieser Entwurf wurde anschließend überarbeitet und entsprechend der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Landesregierung den Ressorts am 21.05.2007 im Rahmen der förmlichen Ressortabstimmung übersandt. Nach Vorlage der Ressortstellungen wurde der Gesetzentwurf erneut überarbeitet und befindet sich seit dem 18.06.2007 im Mitzeichnungsverfahren. Die Mitzeichnungsfrist für die Ressorts endete am 04.07.2007. Die Kabinettsbefassung ist noch im Juli geplant. Einer Befassung des Landtags in der nächsten Plenarrunde im September 2007 steht damit nichts im Wege. Im Übrigen soll das Gesetz erst zum 01.01.2008 in Kraft treten.

Hinsichtlich Berlins möchte ich darauf hinweisen, dass die dortige Geschäftsordnung das Kabinettsverfahren anders strukturiert. Im Übrigen ist die Landesregierung der Auffassung, dass ein Zeitraum von weniger als vier Monaten von der Erstellung eines Gesetzentwurfs bis zur Zuleitung an den Landtag sehr wohl von einer „zügigen“ Bearbeitung zeugt.

Frage 1328

Fraktion der SPD

Abgeordnete Dr. Esther Schröder

- Arbeitskosten -

Trotz des kräftigen Aufschwungs seien die Arbeitskosten in Deutschland 2006 so moderat wie in keinem anderen EU-Land gestiegen, berichtete die „Berliner Morgenpost“ am 09.06.2007. In der Privatwirtschaft habe nach Angaben des Statistischen Bundesamtes eine Arbeitsstunde 2006 1,1 % mehr gekostet als 2005. In anderen EU-Staaten sei dieser Zuwachs höher gewesen, von 1,9 % in Portugal bis 23,5 % in Rumänien. Im Schnitt kostete 2006 eine Arbeitsstunde in Deutschland 28,70 Euro.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie viel kostete von 2001 bis 2006 im jährlichen Landesdurchschnitt eine Arbeitsstunde in Brandenburg?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Junghanns

Die Quelle für Angaben über Arbeitskosten auf regionaler Ebene ist die Arbeitskostenerhebung des Statistischen Bundesamtes. Diese Erhebung wird - zur Entlastung der Wirtschaft - nur alle vier Jahre durchgeführt, zuletzt war dies in den Jahren 2000 und 2004. In den Jahren zwischen den Erhebungen werden die Daten zwar mittels des Arbeitskostenindex aktualisiert, jedoch nur für die Gesamtstaaten und nicht für kleinere regionale Einheiten wie Bundesländer. Darüber hinaus sind die nachgefragten Daten für die Jahre 2000 und 2004 wegen methodischer Änderungen nicht bzw. nur eingeschränkt vergleichbar.

Zieht man die vor diesem Hintergrund verfügbaren Daten heran, lässt sich in Bezug auf Ihre Anfrage sagen, dass die Kosten für eine Arbeitsstunde im Land Brandenburg im Jahr 2004 19,98 Euro betragen. Der Vergleichswert für die Bundesrepu-

blik Deutschland betrug 28,17 Euro. Diese Werte beziehen sich auf die statistische Kategorie „Privatwirtschaft“, die sich aus dem produzierenden Gewerbe sowie den marktbestimmten - das heißt: privatwirtschaftlich erbrachten - Dienstleistungen zusammensetzt.

Frage 1329

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Torsten Krause

- Verbot von „Flatrate-Partys“ beschlossen -

Bund und Länder haben sich auf ein Verbot von Flatrate-Partys geeinigt. Wer dennoch Flatrate-Partys anbietet, muss mit Konsequenzen bis zum Widerruf der Ausschankerlaubnis rechnen. Selbst die Werbung für diese Veranstaltungen ist nun verboten.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Mit welchen Maßnahmen wird sie die Durchsetzung des Verbots sicherstellen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Junghanns

Bereits am 24. April 2007 informierte unser Haus die Kreisordnungsbehörden in Form eines Rundschreibens über die rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung solcher „Alkoholmissbrauchs-Partys“.

Das Gaststättengesetz als gewerberechtliche Norm für das Betreiben einer Schank- und Speisewirtschaft in Verbindung mit der Gewerbeordnung bieten eine ausreichende Grundlage, die bei einer entsprechenden Anwendung jegliche Durchführung derartiger Partys verhindert. Zu dieser Feststellung gelangte auch der Bund-Länder-Ausschuss „Gewerberecht“ auf seiner Sitzung im Mai dieses Jahres.

Nach diesem Regelwerk ist der Widerruf der Gaststättenerelaubnis auszusprechen, wenn die erforderliche Zuverlässigkeit des Gaststättenbetreibers nicht gegeben ist. Als Regelbeispiele werden unter anderem genannt Verhaltensanzeichen, die dem Alkoholmissbrauch Vorschub leisten, oder das Nichteinhalten der Vorschriften des Jugendschutzes.

Aber auch das sofortige Eingreifen beim Ausschank an erkennbar Betrunkene ist nach den Rechtsvorschriften möglich.

Angesichts des hohen Rangs der geschützten Rechtsgüter Leben und Gesundheit der Gäste wird man schneller als in anderen Fällen bei den in Rede stehenden Fallgestaltungen die Verhältnismäßigkeit eines solchen Eingriffs bejahen können.

Allein schon die Ankündigung bzw. Werbung eines Gastwirts für derartige Partys oder deren Tolerierung in seinen Räumen sind Hinweise auf gezielt angestrebten Alkoholmissbrauch und bewusste Verletzung des Jugendschutzes und sollten Anlass für die Einleitung eines gaststättenrechtlichen Widerrufsverfahrens durch die örtlichen Ordnungsbehörden sein.

Gerade mit diesem Instrumentarium und der Hilfe durch Kontrollorgane aus dem Bereich des Jugend- und Gesundheitsschutzes können Veranstalter von Flatrate-Partys wirkungsvoll in ihre Grenzen verwiesen werden.

Frage 1330**Fraktion der SPD****Abgeordnete Dr. Esther Schröder****- Erwerbseinkommen unter Grundsicherungsniveau -**

Fast 83 000 Berliner verdienen in ihren Jobs so wenig, dass sie auf zusätzliche staatliche Hilfe angewiesen sind. Deutlich mehr als die Hälfte von ihnen - rund 47 000 - sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Weitere rund 35 000 arbeiten abgabenfrei für einen geringfügigen Lohn. Dies gab der Berliner Senat auf eine parlamentarische Anfrage bekannt.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie lauten die Vergleichszahlen für Brandenburg?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler**

Da diese Daten nicht monatlich erhoben werden, liegen aktuell entsprechende Daten für die Brandenburger ARGEN mit Stand Oktober 2006 vor (Statistik der Bundesagentur für Arbeit). Danach gingen im Herbst des vergangenen Jahres insgesamt 42 691 erwerbsfähige Hilfebedürftige einer sozialversicherungspflichtigen bzw. einer geringfügigen Beschäftigung nach. Dies entspricht einem Anteil von 23,1 % an der Gesamtzahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. 25 478 erwerbsfähige Hilfebedürftige wurden sozialversicherungspflichtig und 17 213 geringfügig beschäftigt. Für die zugelassenen kommunalen Träger liegen Daten für Dezember 2006 und März 2007 vor. Danach betrug die Anzahl der sozialversicherungspflichtig und geringfügig beschäftigten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen für alle zugelassenen kommunalen Träger im Land Brandenburg 26 244 - Dezember 2006 - bzw. 22 228 - März 2007. Eine Unterscheidung nach sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten wurde hier nicht vorgenommen.

Frage 1331**Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Kerstin Kaiser****- Vermittlung bzw. Integration von Ärzten mit ausländischen Abschlüssen -**

Regelmäßig kommen voll ausgebildete, zum Teil hoch spezialisierte Mediziner nach Brandenburg mit dem Wunsch und der Vorstellung, hier in ihrem Beruf zu arbeiten. Die Otto-Bennecke-Stiftung vergibt in solchen Fällen existenzsichernde Stipendien, um dem jeweiligen Arzt für sechs Monate die Einarbeitung an einer Klinik zu ermöglichen, welche ihn danach einstellen würde. In einem konkreten Fall aus Rüdersdorf (Märkisch-Oderland) findet ein erfahrener - vormals sogar leitender - Notarzt aus Russland trotz erfolgreich bestandener Sprachprüfung und offensichtlich guter Sprachkenntnisse keine Praktikums- und Arbeitsstelle. Bewerbungsschreiben an vielen Kliniken blieben ohne Antwort. Wenn er bis zum 15. Juli dieses Jahres keinen Praktikumsplatz nachweisen kann, wird die Bennecke-Stiftung ihm die Bewilligung für das Praktikum entziehen müssen, da sie Stipendien immer nur ab 1. September des jeweiligen Kalenderjahres vergibt. Dies würde für den Arzt ein weiteres Jahr Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von ALG II bedeuten. Vor Ort kann ihm derzeit nicht geholfen werden. Angesichts des Ärztemangels im Lande scheint es schwer vorstellbar, dass dieser Zustand politisch akzeptiert wird und die

Integration und Vermittlung von hoch qualifizierten Ärzten in Brandenburg nicht koordiniert erfolgt bzw. erfolgen könnte.

Ich frage daher die Landesregierung: Welchen Weg empfiehlt sie Ärztinnen und Ärzten mit anerkannten ausländischen Abschlüssen, um - wie in dem geschilderten Fall - möglichst schnell wieder in ihrem Beruf arbeiten zu können?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler**

Grundsätzlich unterstützt und berät das Landesgesundheitsamt diese Ärztinnen und Ärzte im Rahmen des Berufserlaubnisverfahrens intensiv insbesondere über die Voraussetzungen zur Erlangung der Gleichwertigkeitsbescheinigung und der Berufserlaubnis. Dies geschieht in engem Austausch mit der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg.

Darüber hinaus bietet auch die Otto-Bennecke-Stiftung ein umfassendes Beratungsangebot für die zugewanderten Akademikergruppen der Spätaussiedler einschließlich der Ärztinnen und Ärzte an.

Damit die zugewanderten Ärztinnen und Ärzten, die ihre Ausbildung in der ehemaligen Sowjetunion oder den Nachfolgestaaten erworben haben, zur Einarbeitung einen Praktikumsplatz erhalten können, benötigen sie eine eingeschränkte Berufserlaubnis zur Ausübung eines Praktikums. Für die Erteilung dieser eingeschränkten Berufserlaubnis ist das Landesgesundheitsamt zuständig. Sofern diese Berufserlaubnis vorliegt, gibt es erfahrungsgemäß keine Schwierigkeiten, einen Praktikumsplatz zu finden.

Es ist darüber hinaus bekannt, dass Kliniken Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Fördermaßnahme der Otto-Bennecke-Stiftung gern als Praktikantinnen bzw. Praktikanten aufnehmen, da das Praktikum über ein nach einem Auswahlverfahren vergebenes Stipendium der Stiftung finanziert wird.

Die aufgezeigten Beratungs- und Unterstützungsangebote im Rahmen des Berufserlaubnisverfahrens und die Vielzahl der zugewanderten Ärztinnen und Ärzten, die ihre Ausbildung in der ehemaligen Sowjetunion oder den Nachfolgestaaten erworben haben und erfolgreich in Brandenburg tätig sind, verdeutlichen, dass die Vermittlung und Integration zugewanderter hoch qualifizierter Ärztinnen und Ärzte in Brandenburg koordiniert und zielgerichtet erfolgt.

Bei dem angesprochenen Arzt kann es sich somit nur um einen Einzelfall handeln. Die Gründe, dass er noch keinen Praktikumsplatz gefunden hat, können vielfältig sein und sind ohne nähere Kenntnis der genauen Umstände nicht zu beurteilen.

Frage 1332**Fraktion der SPD****Abgeordnete Dr. Esther Schröder****- Änderung der Einwanderungspolitik -**

Die OECD empfiehlt Deutschland in ihrem jüngsten Migrationsbericht wegen des Bevölkerungsrückgangs eine Änderung der Einwanderungspolitik mit dem Ziel einer gesteuerten Einwanderung für hoch qualifizierte Fachkräfte. Dies sei eine von

mehreren Optionen, um einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung durch politisches Handeln entgegenzuwirken.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie beurteilt sie diese Empfehlung aus Brandenburger Sicht?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler

Wie Sie wissen, hat der OECD-Bericht auf Bundesebene eine lebhaftige Diskussion ausgelöst. Auch in Brandenburg gibt es dazu noch keine einheitliche abgestimmte Auffassung innerhalb der Landesregierung.

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht sollte meiner Meinung nach jedoch Folgendes beachtet werden: Die Debatte um demografische Entwicklung und Zuwanderung sollte nicht von der Verpflichtung der Unternehmen zur betrieblichen Erstausbildung ablenken. Darüber hinaus sind Bildung, Qualifizierung und Weiterbildung gemeinsame Aufgabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der Politik. Insofern dürfen wir uns - insbesondere vor dem Hintergrund der immer noch problematischen Arbeitsmarktsituation - nicht dadurch aus der Verantwortung stehlen, dass wir einfach fertig ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland holen, einmal ganz abgesehen davon, dass diese Arbeitskräfte auch in ihren Heimatländern gebraucht werden.

Auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung erscheint es richtig, die bestehenden Zuwanderungsregelungen zu überprüfen. So sollten wir zum Beispiel über die Einführung eines Punktesystems nachdenken, durch das ein gesteuerter Zuzug von Ausländern nach Kriterien wie Alter, Qualifikation und Sprachkenntnissen möglich wäre. Eine solche Regelung hat schon bei den Verhandlungen über das Zuwanderungsgesetz im Jahr 2005 eine Rolle gespielt, und ich könnte mir vorstellen, dass sich heute für eine solche Regelung eine breite Mehrheit finden ließe.

Doch hauptsächlich muss es darum gehen, die bei uns vorhandenen Fachkräftepotenziale zu aktivieren und zu nutzen. Das ist im Übrigen eine weitere Empfehlung der OECD in der von Ihnen zitierten Studie. Dies möchte ich deutlich unterstreichen.

Hierzu hat die Landesregierung deshalb gemeinsam mit ihren Partnern im Landesarbeitskreis Fachkräftesicherung einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, der jüngst öffentlich vorgestellt wurde.

In diesem Rahmen wird an folgenden drei Punkten angesetzt, um das eigene Fachkräftepotenzial besser zu entwickeln und zu qualifizieren:

1. Berufsorientierung
2. Erstausbildung
3. Qualifizierungsangebote für Erwerbsfähige

Die Landesregierung verfolgt gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit die Strategie, ansässige Beschäftigte und Arbeitssuchende zu qualifizieren. Brandenburg hat damit bereits gute Erfolge in der Ansiedlungspolitik vorzuweisen. Im sogenannten Brandenburger Servicepaket für Ansiedlung und Erweite-

rung bieten die Bundesagentur für Arbeit und die Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH über die Zukunftsagentur Brandenburg ansiedlungswilligen Unternehmen diese Unterstützung an.

Hier sollte aus meiner Sicht der arbeitsmarktpolitische Schwerpunkt liegen. Alles andere hieße, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Frage 1333

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Peer Jürgens

- Korrektur des vorgesehenen Rückbaus von Studienplätzen -

In der Gemeinsamen Erklärung der Landesregierung und der Brandenburgischen Landesrektorenkonferenz „Hochschulpakt II“ wird die sowohl im Land Brandenburg als auch bundesweit ansteigende Studienplatznachfrage in den nächsten Jahren als wichtige Aufgabe charakterisiert. Zugleich wird angekündigt, eine Korrektur des Beschlusses der Landesregierung vom Juni 2001 vorzunehmen mit dem Ziel, den vorgesehenen Rückbau von Studienplätzen zurückzunehmen. Das Prüfergebnis ist für Mitte 2007 in Aussicht gestellt.

Ich frage die Landesregierung: Zu welchen Resultaten ist sie bisher gelangt?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka

In der von Ihnen zitierten Zweiten Gemeinsamen Erklärung der Regierung des Landes Brandenburg und der Brandenburgischen Landesrektorenkonferenz (Hochschulpakt II) heißt es unter anderem:

„Die Erhöhung der Bildungsbeteiligung bei Sicherung der Qualität der Lehre ist wesentlicher Bestandteil des Regierungshandelns in der laufenden Legislaturperiode. Landesregierung und BLRK sind sich einig, dass die Befriedigung der aufgrund des doppelten Abiturientenjahrgangs in Brandenburg im Jahr 2012 sowie in den nächsten Jahren bundesweit ansteigenden Studienplatznachfrage eine wichtige Aufgabe darstellt. Mit diesem Ziel prüft die Landesregierung die Korrektur ihres Beschlusses vom Juni 2001 hinsichtlich des vorgesehenen Rückbaus der zusätzlich geschaffenen Studienplätze sowie dessen Anpassung im Sinne der mit dem Hochschulpakt 2020 verfolgten Ziele, dessen förmlicher Abschluss für Mitte 2007 erwartet wird.“

Der Hochschulpakt 2020 zwischen Bund und Ländern wurde mittlerweile - wie angekündigt - von der Bundeskanzlerin und den Regierungschefs der Länder beschlossen. Der vom Kabinett beschlossene Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2008/09 stellt in diesem Zusammenhang durch einen gegenüber 2007 um 5 Millionen Euro erhöhten Ansatz für Wissenschaft und Forschung sicher, dass das Land Brandenburg die Chancen des Hochschulpakts 2020 nutzen kann. Die Landesregierung wird zu gegebener Zeit die erforderlichen Umsetzungsentscheidungen im Bereich der Hochschulplanung treffen.

Frage 1334**Fraktion der SPD****Abgeordnete Dr. Esther Schröder****- Rückgang der Betriebszahl bei Zunahme von Beschäftigung -**

Seit 2000 sinkt in Brandenburg die Zahl der Betriebe, von 71 417 im genannten Jahr auf 62 699 im Jahr 2006. Gleichwohl erhöhte sich im I. Quartal 2007 die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vergleichszeitraum 2006 um 23 000. Bei den Neueinstellungen handelt es sich nach Auskunft des Arbeitsministeriums jeweils zur Hälfte um sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie hat sich in den Jahren von 2000 bis 2006 die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen im Vergleich zur Zahl geringfügig Beschäftigter am Brandenburger Arbeitsmarkt entwickelt?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler**

Die in der Fragestellung genannten Zahlen zur Betriebsentwicklung beziehen sich auf die gerade erschienenen Ergebnisse der elften Welle des Betriebspanels Brandenburg. Für die mündliche Arbeitgeberbefragung, die die Grundlage des Panels bildet, wird eine Stichprobe aus der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit verwendet, wobei Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erfasst werden. Die Ergebnisse werden anschließend auf die Gesamtheit der Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hochgerechnet. Im Unterschied zur Beschäftigtenstatistik der BA werden dabei auch Beamte/Beamtinnen, tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige sowie alle in Betrieben tätigen geringfügig Beschäftigten erfasst. Die Beschäftigtenangaben des Betriebspanels unterscheiden sich daher von den Angaben der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Die von Ihnen erfragten Daten der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit können unter folgenden Links abgerufen werden:

Sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen:

<http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/b.html>
Beschäftigte - nach Ländern (Insgesamt/Deutsche/Ausländer)
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Ländern

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse:

<http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/b.html>
Geringfügig entlohnte Beschäftigte - nach Ländern (Insgesamt/Deutsche/Ausländer)
geringfügig Beschäftigte nach Ländern.

Frage 1335**Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Christian Görke****- Aus- und Weiterbildung auf unzureichendem Niveau -**

Angesichts des drohenden oder schon eingetretenen Fachkräftemangels wird in jüngster Zeit häufig über völlig unzurei-

chende Investitionen in die Aus- und Weiterbildung geklagt. In einer Publikation der Hans-Böckler-Stiftung wird ein Rückgang der betrieblichen Weiterbildungsquote von 42 % im Jahr 1997 auf 34 % im Jahr 2003 konstatiert. Die öffentlich geförderte berufliche Weiterbildung sei sogar noch stärker zurückgegangen. Die Teilnehmerzahl ist hier innerhalb der letzten fünf Jahre auf ein Drittel gesunken. Gleichzeitig vermeldet die Bundesagentur für Arbeit, dass Haushaltsmittel insgesamt nicht in vorgesehenem Umfang ausgegeben worden sind. Höhere Ausgaben für die Weiterbildung wären also durchaus finanzierbar.

Ich frage die Landesregierung: Welche Position vertritt sie zu der Forderung, deutlich mehr Mittel in die Weiterbildung zu investieren?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler**

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass Aus- und Weiterbildung entscheidende Mittel sind, um sich auf den derzeitigen und zukünftigen Fachkräftebedarfe einzustellen. Für die Landesregierung ist die Ausbildung von Nachwuchskräften und die Weiterbildung der Beschäftigten sowie die betriebliche Fachkräftesicherung an erster Stelle eine Aufgabe der Unternehmen selbst.

Lassen Sie mich zuerst festhalten, dass die von Ihnen zitierten Daten aus dem Berichtssystem Weiterbildung für das gesamte Bundesgebiet gelten und aus dem Jahr 2003 stammen. Aktuellere Informationen zum Weiterbildungsverhalten von Unternehmen stellt das Betriebspanel Brandenburg zur Verfügung. Danach ist der Anteil der Betriebe mit Weiterbildungsmaßnahmen im Land Brandenburg zwischen 2003 und 2005 von 35 % auf 41 % gestiegen. Ich will aber nicht verhehlen, dass diese Entwicklung zwar positiv, aber bei weitem noch nicht ausreichend ist.

Die öffentlich geförderte Weiterbildung nach dem SGB III ist in den letzten Jahren - darauf haben Sie hingewiesen - stark rückläufig gewesen. Der Rückgang machte sich übrigens besonders in Ostdeutschland bemerkbar. Die Umstellung auf Bildungsgutscheine und ein stärker an Bedarfsorientierung und Qualität ausgerichtetes System haben dazu geführt. Heute ist aber auch festzustellen, dass die berufliche Qualifizierung von Arbeitslosen wieder zunimmt. In der Region Berlin-Brandenburg ist die Zahl der Eintritte in Maßnahmen zur Förderung beruflicher Weiterbildung (FbW) im Juni 2007 im Vergleich zum Vorjahresmonat um fast 25 % - wenn auch von einem niedrigen Niveau aus - gestiegen.

Die Landesregierung unterstützt vom Grundsatz her eine Qualifizierungspolitik, die in Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt führt. Gleichwohl habe ich in den vergangenen Monaten immer wieder deutlich gemacht, dass angesichts der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und der zunehmenden Nachfrage an Fachkräften auch in die Weiterbildung investiert werden muss. Es sind, soweit möglich, alle Begabungsreserven der arbeitssuchenden Menschen in unserem Land zu nutzen. Die Unternehmen sind aufgerufen, alle freien Stellen den Agenturen für Arbeit zu melden, damit diese den konkreten Qualifizierungsbedarf erkennen können.

Brandenburg verfolgt in der beruflichen Qualifizierung eine abgestimmte Politik zwischen Bund und Land: Während die Bundesarbeitsmarktpolitik im Wesentlichen für die Qualifizierung von Arbeitslosen zuständig ist, konzentriert sich das Land im Bereich seiner Arbeitspolitik auf die Unterstützung der Qualifizierung von Beschäftigten.

Das MASGF fördert daher passgenaue Weiterbildungsmaßnahmen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aber auch von Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dies geschieht auf der Basis einer Bedarfsanalyse, und der Betrieb muss sich mit mindestens 30 % an den Kosten beteiligen. In den vergangenen Jahren hat das MASGF seine Unterstützung für diese praktische Fachkräftesicherung kontinuierlich fortgeführt. So ist die Zahl der geförderten Personen zwischen 2005 und 2006 von rund 5 100 auf über 6 300 Beschäftigte gestiegen. Das MASGF wird die Förderung der Qualifizierung in KMU auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

Frage 1336

Fraktion der DVU

Abgeordneter Norbert Schulze

- Genpflanzen und ihre Auswirkungen auf die Bienenbestände -

Im Zusammenhang mit genveränderten Pflanzen fürchten nach Medienberichten die Imker in Brandenburg nicht nur um die Reinheit ihres Honigs, sondern auch um den Bestand ihrer Bienenvölker. Das Bienensterben in den USA, wo in den vergangenen Monaten fast 60 % der Bienenvölker verschwunden sind, macht den Imkern Angst. Sie sehen im Bienensterben eine Parallele zum dortigen verstärkten Genmaisbau; zurzeit etwa 40 %.

Ich frage die Landesregierung: Welche Erkenntnisse hat sie hinsichtlich eines Zusammenhanges zwischen dem Rückgang von Bienenvölkern und dem Anbau genveränderter Pflanzen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke

Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen konnte eine direkte Schädigung von Bienen durch gentechnisch veränderte Pflanzen, insbesondere auch durch die im Bt-Mais MON 810 enthaltenen Toxine, nicht nachgewiesen werden.

Weitere Aussagen zu einer prinzipiellen Ungefährlichkeit gegenüber Bienen sind derzeit nicht möglich, da eine Reihe von Forschungsvorhaben noch laufen und systematische langjährige Untersuchungen nicht vorliegen.

Frage 1337

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Mehrgenerationenhaus -

Auch in Brandenburg wurden Mehrgenerationenhäuser eröffnet, begleitet von großen Erwartungen in der Öffentlichkeit. Dennoch gab es bei den hoch motivierten Mitarbeiterinnen der Einrichtungen auch Fragen. Denn einerseits war nicht immer verständlich, warum einige Anträge zur Eröffnung eines Mehr-

generationenhauses abgelehnt wurden, andererseits wurde die professionelle Begleitung durch das Bundesministerium, verbunden mit hohen Anforderungen an die Antragsteller, bereits vor der Eröffnung der genehmigten Projekte gelobt. Letzteres wirft die Frage auf, ob auch Programme zur Fortbildung der Mitarbeiterinnen in einem solchen Umfang geplant sind, damit der hohen Erwartungshaltung von Bundesministerium und Öffentlichkeit entsprochen werden kann.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist die Kooperation zwischen dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes bei der konzeptionellen und praktischen Arbeit mit Mehrgenerationenhäusern im Land Brandenburg geplant?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler

Bei der Auswahl der Bewerber im Rahmen des Bundesaktionsprogramms „Mehrgenerationenhäuser“ trifft das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Vorentscheidung, welche Projekte es für geeignet ansieht. Für diese Projekte holt es dann eine Stellungnahme der Standortkommune und des Landkreises ein. Bei einer negativen Stellungnahme der Standortkommune oder des Landkreises erfolgt grundsätzlich keine Förderung. Gleichzeitig wird das jeweilige Bundesland informiert. Eine Stellungnahme seitens des Bundeslandes wird nicht gefordert, es erhält jedoch die Gelegenheit zur Abgabe eines Votums. Die erfolgt in Brandenburg so, dass die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MBJS, des MASGF und des MIR prüfen, ob ein Votum erforderlich ist, und im Bedarfsfall ein abgestimmtes Votum dem Bund zuleiten. Von Projekten, die bei der Vorauswahl des Bundes nicht berücksichtigt wurden, erhält das Land keine Kenntnis. Dass es bei den Projekten, die nicht ausgewählt wurden, zu Enttäuschung kommt, ist unvermeidlich. Pro Landkreis fördert der Bund nur ein Mehrgenerationenhaus, und häufig gibt es mehrere Bewerbungen. Daher hat das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend frühzeitig empfohlen, den Landkreis oder die kreisfreie Stadt verantwortlicher in die Auswahl des zu fördernden Mehrgenerationenhauses einzubeziehen. Diesem Vorschlag ist der Bund leider nicht gefolgt.

Von der konzeptionellen Planung des Aktionsprogramms waren die Bundesländer bereits im Vorfeld informiert, und sie werden auch weiterhin in Bund-Länder-Besprechungen regelmäßig über neue Entwicklungen im Aktionsprogramm informiert.

Seitens des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend werden die Projekte eng begleitet. So gibt es regelmäßige Zusammenkünfte der Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die auch der laufenden Fortbildung dienen, und eine Kommunikationsstruktur zwischen den Projekten wurde aufgebaut. Eine darüber hinausgehende Begleitung der Mehrgenerationenhäuser seitens des Landes erscheint daher nicht erforderlich. Eine Abstimmung mit dem Landesprogramm zur Förderung von Eltern-Kind-Zentren ist sowohl dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als auch dem Programmträger angeboten worden und soll realisiert wer-

den. Ein Ziel des Aktionsprogramms ist es, dass sich die Projekte in hohem Maße untereinander austauschen und voneinander lernen. Im Land Brandenburg bestehen bisher neun Mehr- generationenhäuser, und es gibt bereits erste Ansätze für eine Netzwerkbildung innerhalb Brandenburgs. Die Landkreise und kreisfreien Städte, die in der ersten und zweiten Förderwelle keine Förderung erhalten bzw. keinen Antrag gestellt haben, sind im laufenden Ausschreibungsverfahren aktiv geworden und haben Förderanträge gestellt. Es ist deshalb wahrscheinlich, dass Brandenburg in jedem Kreis, jeder kreisfreien Stadt die Förderung für ein Mehrgenerationenhaus erhält.

Frage 1338

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Torsten Krause

- Sozialarbeiter an allen Schulen -

In Berlin soll künftig jede Schule einen Sozialarbeiter bekommen. Der rot-rote Senat hat sich dazu verständigt, dass bis spätestens 2011 dieser Plan umgesetzt wird.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Wie bewertet sie diese Initiative des Berliner Senats vor dem Hintergrund der Ausstattung der Brandenburger Schulen mit Sozialarbeitern?

Antwort der Landesregierung

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht

Die Landesregierung hat die Absicht des Berliner Senats, bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2011 an allen Berliner Schulen Sozialarbeiter/innen einzusetzen, zur Kenntnis genommen. Eine Bewertung solcher Entscheidungen anderer Landesregierungen ist nicht üblich.

Zur Ausstattung der brandenburgischen Schulen mit Sozialarbeitern ist Folgendes zu sagen: Sozialarbeit an Schulen ist eine Jugendhilfeleistung, das heißt, es handelt sich um Angebote der Jugendhilfe am Ort der Schule auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung. Damit liegt die Zuständigkeit für Sozialarbeit an Schulen bei den Landkreisen und kreisfreien Städten als örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe. Sie legen im Rahmen ihrer Jugendhilfeplanung fest, welche Angebote der Sozialarbeit an Schulen bedarfsgerecht, notwendig und zu finanzieren sind.

Das Land unterstützt die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben in erheblichem Umfang, indem im Rahmen des Personalkostenförderprogramms für Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, zu der auch die Sozialarbeit an Schulen gehört, insgesamt 5,2 Millionen Euro jährlich aus dem Landesjugendplan bereitgestellt werden. Damit werden im Jahr 2007 landesweit 145 Stellen für Sozialarbeit an Schulen aller Schulformen und weitere 365 Stellen für andere Formen der Jugendarbeit gefördert. Damit sind 50,4 % des Gesamtansatzes im Landesjugendplan zur Finanzierung des Personalkostenförderprogramms gebunden.

Sollte man beabsichtigen, auch im Land Brandenburg an allen 844 Schulen Schulsozialarbeiter/innen einzusetzen, würde dies Kosten in Höhe von ca. 33 Millionen Euro verursachen. Dies erscheint mir angesichts der finanziellen Lage des Landes Brandenburg als nicht umsetzbar. Im Übrigen nehmen nach meinen Erfahrungen die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ih-

re Aufgaben sehr verantwortlich wahr und prüfen bei den Entscheidungen, wo Stellen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit eingesetzt werden, den spezifischen Bedarf. Ich plädiere deshalb dafür, in Brandenburg bei dem bisherigen System zu bleiben und die Angebote von Sozialarbeit an Schulen auf der Grundlage regional getroffener Entscheidungen zu gestalten.

Frage 1339

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Kerstin Osten

- Glücksspielstaatsvertrag -

Zeitungsberichten zufolge hat die EU-Kommission im Streit mit den Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer ein Kompromissangebot unterbreitet. Dieses sieht vor, dass die EU-Kommission nicht die Existenz und Fortsetzung der Ländermonopole für Lotto und Toto oder andere Glücksspiele anfechten würde, wenn die Bundesländer den Bereich der Sportwetten für private Anbieter aus der EU öffnen würden.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie den von der EU-Kommission unterbreiteten Kompromissvorschlag?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Schönbohm

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass nicht die EU-Kommission, sondern ein Mitarbeiter der GD Binnenmarkt der EU-Kommission jenes Schreiben verfasst hat, dessen Kerninhalt - zu einem Angebot der Kommission an Deutschland „verklärt“ - in zwei Nachrichtenmagazinen abgedruckt worden ist. Ein offizielles Angebot der EU-Kommission an eine „offizielle“ deutsche Stelle, zum Beispiel an das mit dem Glücksspielstaatsvertrag federführend befasste MPK-Vorsitzland Niedersachsen, hat es, soweit ersichtlich, nicht gegeben. Es gibt lediglich ein Schreiben des Deutschen Lottoverbandes - also des Verbandes der gewerblichen Spielvermittler und andere Liberalisierungsbefürworter - an den Chef der Niedersächsischen Staatskanzlei vom 13. Juni 2007, in dem die Äußerung des Mitarbeiters der GD Binnenmarkt - in einer deutschen Übersetzung - wiedergegeben wird.

Das „Angebot“ des Mitarbeiters der GD Binnenmarkt stützt die von verschiedener Seite unter der Bezeichnung „duales Modell“ vorgeschlagene Regelungsvariante für die künftige Ausgestaltung des Glücksspielwesens in den deutschen Ländern. Es wird bei diesem Vorschlag übersehen oder bewusst außer Acht gelassen, dass der Gesetzgeber die Rechtfertigung für eine Beibehaltung des Lotteriemonopols verliert, wenn die Sportwetten dem gewerberechtigten Regelungsregime unterstellt werden. Der verfassungsrechtliche Grund für diese Annahme besteht darin, dass es nicht schlüssig sein kann, Glücksspielangebote mit einem ausweislich der Stellungnahmen von Suchtfachleuten höheren Spielsuchtspotenzial - Sportwetten - zu liberalisieren, während für andere Glücksspiele mit geringerem Suchtpotenzial -Lotto - weiterhin das Monopol erhalten bleiben soll.

Frage 1340

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Karin Weber

- Bleiberecht für geduldete Ausländer -

Nach Zeitungsberichten setzen die Bundesländer das Bleiberecht für geduldete Ausländer unterschiedlich um. Insbesondere

re in den südlichen Bundesländern haben demnach die Geduldeten größere Chancen, ein befristetes Bleiberecht zu erhalten.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Anträge über die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen sind bisher positiv entschieden worden?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Schönbohm

Aufgrund der IMK-Bleiberechtsregelung vom 17. November 2006 haben in Brandenburg 1 036 ausreisepflichtige Ausländer fristgerecht einen Antrag gestellt. Bisher wurden über 598 Anträge positiv entschieden: In 129 Fällen konnte eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, weil die Antragsteller in einem dauerhaften Beschäftigungsverhältnis standen, durch das der Lebensunterhalt abgesichert war. In weiteren 84 Fällen konnte eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, weil die Antragsteller zu den Personengruppen gehörten, bei denen der vorübergehende Bezug öffentlicher Leistungen unschädlich war; insbesondere Auszubildende, Familien, Alleinerziehende. Darüber hinaus wurden zum Zwecke der Arbeitssuche bisher 296 Duldungen erteilt, von denen mittlerweile 89 in Aufenthaltserlaubnisse umgewandelt werden konnten.

Frage 1341

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Carolin Steinmetzer-Mann

- Baumfällung nicht gewollt -

Die Stadt Doberlug-Kirchhain wurde 2007 in die brandenburgische AG der „Städte mit historischem Stadtkern“ aufgenommen. Nach Baumaßnahmen an Schloss, Klosterkirche, Refektorium und Pfarrhaus mit Landesförderung sollen nun die Freiflächen in Angriff genommen werden. Angedacht war, die Linden am Sommerweg zu fällen. Diese gesunden Linden sind seit Jahren beeindruckendes Stadtgrün, Sauerstoff- und Schattenspendender sowie als Naturdenkmal eingestuft.

Ich frage die Landesregierung: Beabsichtigt sie, bis 2012/13 diese gesunden und als Naturdenkmal eingestuften Linden im Zuge des ZiS-Programms zu fällen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann

Bezug nehmend auf Ihre Frage, ob die Landesregierung beabsichtigt, die genannten Linden im Zuge des ZiS-Programms zu fällen, antworte ich ganz klar: Nein. Derartige Absichten hat die Landesregierung nicht.

Ungeachtet der Förderung über Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung ist die Stadterneuerung eine kommunale Selbstverwaltungsaufgabe.

Die Landesregierung selbst maßt sich daher keine Entscheidung über Baumfällungen an, die gegebenenfalls von den Kommunen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten erwogen werden. Sie übt auf der Ebene des Einzelfalls auch keine Einflussnahme auf kommunale Entscheidungsprozesse bei der Ausgestaltung der Stadterneuerung aus.

Frage 1342

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Carolin Steinmetzer-Mann

- Risiken der Agro-Gentechnik sind nicht beherrschbar! -

Ein Landwirt hat in der Nähe von Strausberg Genmais ausgesät, ohne den Behörden die Standorte zu melden. Damit verstößt er gegen das Gentechnikgesetz. Laut Risikobewertung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz und Landwirtschaft - BVL - besteht bei dem hier angebauten Genmais MON 810 „ein berechtigter Grund zu der Annahme, dass dieser eine Gefahr für die Umwelt darstellt“. Der von Greenpeace veröffentlichte Verdachtsfall von illegalem Genmaisbau in Brandenburg zeigt erneut, dass diese Risikotechnologie neben den bekannten gesundheitlichen und ökologischen Gefährdungen ein weiteres Risikopotenzial hat: den Menschen. Weder kriminelles Handeln noch menschliches Versehen oder Versagen kann ausgeschlossen werden - mit weitreichenden Folgen für alle. Der Brandenburger Verdachtsfall zeigt: Zur Verhinderung illegalen Anbaus wäre eine lückenlose Überwachung aller konventionellen Maisfelder durch die zuständigen Landesbehörden notwendig. Niemand kann mit Gewissheit sagen, wo überall Genmais wächst. Landwirtschaftsminister Seehofer hat versäumt, dafür zu sorgen, dass die Einhaltung der Gesetze auch kontrolliert werden kann. Zudem will der Minister das Gentechnikgesetz so verändern, dass die Transparenz des Anbaus weiter drastisch eingeschränkt wird. Das Chaos ist dann vorprogrammiert.

Ich frage die Landesregierung: Verstößt der Landwirt nach ihrer Auffassung gegen das Gentechnikgesetz?

Antwort der Landesregierung

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke

Ich könnte es mir leicht machen und antworten: Erstens: Ja, der Landwirt hat gegen seine Pflichten nach dem Gentechnikgesetz verstoßen. Zweitens: Die Folge ist ein Ordnungswidrigkeitenverfahren mit einem Bußgeld.

Da dieser Fall jedoch bundesweite Aufmerksamkeit erfahren hat - unter wesentlicher Mitwirkung einer bekannten Umweltschutzorganisation - möchte ich kurz die Historie erläutern.

Im Landkreis Märkisch-Oderland waren von einem Landwirt rund 400 ha für einen geplanten Anbau von MON 810 fristgemäß, das heißt spätestens drei Monate vor der Aussaat, bei der zuständigen Bundesbehörde, dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit - BVL -, angezeigt worden. Diese Eintragung in das Standortregister wurde in der Folge auf rund 130 ha reduziert.

Am 21. Juni kam es zu einer kurzen, aber medienwirksamen Aktion der bekannten Umweltschutzorganisation auf einem Feld des Landwirts, bei dem der Vorwurf erhoben wurde, er baue unerlaubt MON 810 an, da die positiv getesteten Proben sowohl von einem abgemeldeten als auch einem gar nicht erst angemeldeten Grundstück stammten. Dieser Vorwurf wurde in einer Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) wiederholt und war Gegenstand einer weiteren Anzeige eines Nachbarn bei der Gentechnik-Überwachungsbehörde, dem Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung.

Gegenüber der Presse erklärte der Landwirt den Befund auf dem an- und wieder abgemeldeten Grundstück mit einem möglichen Versehen bei der unterbliebenen Reinigung der Drillmaschine.

Am 25. Juni ging beim BVL eine Mitteilung des Landwirts ein, mit der er das erwähnte unmittelbar angrenzende zweite Grundstück für den Anbau von MON 810 nunmehr anzeigte.

Die rechtliche Würdigung dieses Vorgangs ist einfach: Eine nicht rechtzeitig erfolgte Mitteilung für das Standortregister stellt eine Ordnungswidrigkeit nach § 38 Abs. 1 Ziffer 9 in Verbindung mit § 16 a Abs. 3 S. 1 Gentechnikgesetz dar. Ohne der zuständigen Behörde vorgreifen zu wollen, scheinen die Tatbestandsvoraussetzungen erfüllt.

Die politische Würdigung ist nicht ganz so einfach. Wie Sie wissen, hat sich die Landesregierung beim Standortregister stets für eine weitgehende Transparenz eingesetzt: Gerade auch, um den bekannten Vorbehalten gegen die Agro-Gentechnik zu begegnen.

Wir sollten jedoch bei der Bewertung dieses Falles das nötige Augenmaß behalten.

Ich mache erneut darauf aufmerksam, dass die Grundentscheidung des Gesetzgebers auf nationaler wie auf EU-Ebene für eine Anwendung der Gentechnik auch in der Landwirtschaft gefallen ist.

Um Risiken und Beeinträchtigungen Dritter zu minimieren, haben wir ein detailliertes Gentechnikrecht und das Bürgerliche Gesetzbuch.

Wer gegen Rechtsvorschriften verstößt, muss zahlen - bei der Ordnungsbehörde oder beim geschädigten Nachbarn.

Frage 1343

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Thomas Domres

- Schule und Wirtschaft - Perspektive Prignitz -

Das Projekt Schule und Wirtschaft arbeitet seit einigen Jahren in der Prignitz. Ziel dieses Projekts ist es, den Schülern die regionale Wirtschaft näherzubringen, die Fähigkeiten und Kompetenzen der Schüler so zu entwickeln, um sie besser für ihre Berufswahl und ihren Berufseinstieg vorbereiten zu können. Die Prignitz braucht qualifizierte Fachkräfte. Die Schülerinnen und Schüler von heute sind die Fachkräfte von morgen. Von ihnen hängt in erheblichem Maße die Zukunftsfähigkeit der Betriebe in der Prignitz ab. Deshalb ist es wichtig, Jugendliche frühzeitig an die Wirtschaft heranzuführen. Die Initiative Schule und Wirtschaft leistet hierzu einen wertvollen Beitrag. Seit Januar 2006 werden im Rahmen dieser Initiative vier Berufs- und Karriereplaner über das Regionalbudget gefördert. Die Förderung läuft zum 30.06.2007 aus. Vom MASGF liegt eine Zusage zur Verlängerung der Förderung bis zum 30.09.2007 vor.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, Berufs- und Karriereplaner im Rahmen des Projekts Schule und Wirtschaft langfristig außerhalb des Regionalbudgets zu fördern?

Antwort der Landesregierung

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht

Ihre Frage zielt auf die Förderung des Projekts „Berufs- und Karriereplaner“ der Bildungsgesellschaft mbH Prignitz. Dieser Träger hat eine Anschlussfinanzierung nach der Förderung aus dem Regionalbudget beantragt und ist hierzu in der Landesregierung ausführlich beraten worden.

Bezüglich des Projekts „Berufs- und Karriereplaner“ wurde die Bildungsgesellschaft mbH Prignitz darauf hingewiesen, dass eine Förderung als schulisches Projekt im Rahmen der Initiative Oberschule - IOS - möglich wäre. Das Projekt erscheint diesbezüglich förderwürdig. Förderungen aus diesem Programm werden zum Auslaufen des in der Anfrage genannten Zeitraums - 30. September 2007 - möglich sein. Der Träger ist gebeten worden, entsprechend der Förderstruktur von IOS Vereinbarungen mit teilnehmenden Oberschulen und dem regionalen Teilprojekt der IOS zu treffen.

Frage 1344

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Thomas Domres

- Friedliche Nutzung Kyritz-Ruppiner Heide -

Zeitungsberichten zufolge kam der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer - IHK - Potsdam nach Gesprächen mit Vertretern des Verteidigungs- und Bundeswirtschaftsministeriums zu der Einschätzung, „dass das Projekt eines Übungsgeländes für Tiefflüge der Bundeswehr nicht mehr aufzuhalten sei“ (vgl. „PNN“ vom 25.06.2007).

Ich frage die Landesregierung: Welche neuen Erkenntnisse hat sie zum Stand des Verfahrens der friedlichen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Junghanns

In Beantwortung Ihrer Anfrage teile ich Ihnen mit, dass die Landesregierung nach wie vor die vom Bundesminister der Verteidigung angestrebte Einrichtung eines Luft-Boden-Schießplatzes ablehnt. Zum Verfahrensstand der zivilen Nutzung liegen ihr keine neuen Erkenntnisse vor.

Die Industrie- und Handelskammer Potsdam hat nach Presseberichten öffentlich klargestellt, dass sie bei ihrer Haltung bleibt und eine militärische Nutzung der Kyritzer-Ruppiner Heide ebenfalls nicht befürwortet.

Frage 1345

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Kornelia Wehlan

- LEADER-Regionen -

Ende April 2007 wurden die Konzepte für den Wettbewerb zur Auswahl von LEADER-Regionen bei dem zuständigen Landesministerium eingereicht.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie den aktuellen Stand besonders hinsichtlich des Anspruchs, Maßnahmen der ländlichen Entwicklung unter dem „Dach“ eines Konzepts und eines Regionalmanagements zu befördern?

Antwort der Landesregierung

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke

Mit einem innerhalb der Landesregierung - Staatskanzlei, MWFK, MBS, MIR, MASGF - abgestimmten Wettbewerbsaufruf wurden die Regionen des Landes von meinem Haus aufgefordert, sich mit einer gebietsbezogenen lokalen Entwicklungsstrategie - GLEs - um die Anerkennung als LEADER-Region zu bewerben.

Bis zum 20.04.2007 haben 14 Regionen aus allen Teilen Brandenburgs Wettbewerbsbeiträge in Form der GLEs eingereicht.

Derzeit erfolgt mit Unterstützung eines externen Unternehmens die Bewertung der eingereichten GLEs und die Erarbeitung eines Auswahlvorschlages. Dieser Vorschlag wird innerhalb meines Hauses diskutiert werden. Auf der Grundlage der Diskussionsergebnisse wird mir ein Entscheidungsvorschlag vorgelegt. Anschließend erfolgt im Begleitausschuss unter Federführung der Staatskanzlei die abschließende Bestätigung der GLEs für die LEADER-Regionen. Dieser Prozess wird voraussichtlich bis Ende Oktober diesen Jahres zum Abschluss gebracht.

Die integrierte ländliche Entwicklung - ILE - und LEADER verfolgen hinsichtlich der im Rahmen der Neuausrichtung der Förderpolitik des Landes für die ländliche Entwicklung festgelegten Grundsätze identische Zielstellungen. Diese sind zum Beispiel Primat von arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen, räumliche und inhaltliche Handlungsfelder in den Regionen und breite Beteiligung der Akteure. Deshalb werden die Schwerpunkte 3 - Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft - und 4 - LEADER - der ELER-Verordnung - VO (EG) 1698/2005 - in Einheit umgesetzt und ergänzen sich.

Ohne die Bewertung der eingereichten GLEs vorwegzunehmen (siehe oben), gehe ich im Ergebnis davon aus, dass diese dem Anspruch, Maßnahmen der ländlichen Entwicklung unter dem „Dach“ eines Konzepts und eines Regionalmanagements zu befördern, gerecht werden.

Frage 1346

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Carolin Steinmetzer-Mann

- Bedürfnis der Politik nach Aufklärung -

Alle wichtigen Entscheidungen zu politischen Grundsatzfragen, zu Gesetzesvorlagen sowie zu wichtigen administrativen und personellen Fragen trifft die Landesregierung in ihren Kabinettsitzungen, die wöchentlich in der Staatskanzlei stattfinden.

Das wachsende Bedürfnis der Politik nach Aufklärung über die Folgen des globalen Wandels führte 1992 zur Gründung des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung e. V. (PIK). Dazu gehörte insbesondere die Frage nach den Konsequenzen des atmosphärischen CO₂-Anstiegs für Klima, Umwelt und Gesellschaft. Mittlerweile beschäftigt sich das PIK mit den ökologischen, geophysikalischen und sozioökonomischen Aspekten

weltweiter Umweltveränderungen, und die Klimafolgenforschung ist Teil einer umfassenden Erdsystemanalyse geworden. Das PIK versucht, aus dem Verständnis der verschiedenen Umweltsysteme und ihrer Wechselwirkungen Managementstrategien für eine zukunftsfähige Entwicklung abzuleiten. Es arbeitet entsprechend dieser Aufgabenstellung interdisziplinär und in zahlreichen Programmen wie dem Internationalen Geosphäre-Biosphäre Programm (IGBP) mit anderen Instituten auf der ganzen Welt zusammen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Hinweise bzw. welche Informationen erhielt sie vom PIK zur Studie zur Fortschreibung der Tagebauentwicklung im Lausitzer Braunkohlerevier?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Junghanns

Bei der im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft von der Technischen Universität Clausthal erstellten Studie zur Fortschreibung der Tagebauentwicklung im Lausitzer Braunkohlerevier - Teil Brandenburg - handelt es sich um eine bergtechnische und bergwirtschaftliche Potenzialanalyse der bekannten Braunkohlenlagerstätte im Lausitzer Braunkohlerevier der höchsten Bonitätsstufen A und B. Das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung e. V. hat der Landesregierung keine Hinweise oder Informationen zur „Braunkohlen-Studie“ erteilt.

Frage 1347

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Carolin Steinmetzer-Mann

- Schwimmstadion ein Standortvorteil im Städtewettbewerb - Ausbildungsmöglichkeit für Rettungsschwimmer -

Die Stadt Finsterwalde verfügt über ein Schwimmstadion - 50-m-Becken, 10-m-Sprungturm, Wasserrutsche, Nichtschwimmer- und Kinderbecken, Grünanlage, Volleyball-, Fußballplatz, Spielplätze -, welches sehr gern von Schulklassen, Vereinen und Badegästen aus der Stadt und aus der Umgebung angenommen wird. Für sozial schwache Familien ist dies die einzige Möglichkeit, gemeinsame Ferientage zu verbringen. Landesweite Schwimmwettkämpfe, Tauchlehrgänge und die Ausbildung zu Rettungsschwimmern wurden dort durchgeführt. Da das Land den Süden Brandenburgs zu einer Wassertourismusregion entwickeln möchte, werden dafür unter anderem auch Rettungsschwimmer benötigt, die in dafür geeigneten Ausbildungsstätten unterrichtet werden müssen. Dass eine Stadt über ein Schwimmstadion verfügt, das diese Funktionen erfüllt, kennzeichnet einen zusätzlichen Standortvorteil im Wettbewerb der Städte des Landes.

Ich frage die Landesregierung: Wie beurteilt sie diese Position?

Antwort der Landesregierung

Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Appel

Die Landesregierung sieht ein Schwimmstadion als einen von vielen möglichen weichen Standortfaktoren an, der geeignet ist, die Attraktivität eines Standortes zu verbessern.

Entsprechend der Tourismuskonzeption erfolgt die Entwicklung des Wassertourismus auf der Grundlage des Wassersportentwicklungsplans der Landesregierung (WEP II) sowie des Wassertourismuskonzepts.

Frage 1348

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Carolin Steinmetzer-Mann

- Sowjetischer Friedhof und Ehrenmal Stadt Schönewalde -

In der Stadt Schönewalde im Landkreis Elbe-Elster befindet sich der sowjetische Friedhof mit dem Ehrenmal. Im Mai 1947 wurde die Einweihung des Ehrenmals auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof Schönewalde vorgenommen. Auf dem Soldatenfriedhof Schönewalde sind 157 gefallene Soldaten beigesetzt. Außerdem befindet sich auf diesem Gelände ein Massengrab für die von 1941 bis 1945 gefallenen Soldaten. Jahrzehntlang wurde dieser Soldatenfriedhof bis zur heutigen Zeit von der Stadt Schönewalde gepflegt. Der Erhalt dieser Anlage ist der Kommune sowie der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e. V. Arbeitskreis „Sowjetische Ehrenmale und Friedhöfe“ wichtig - er gehört zur Geschichte der Stadt. Der bauliche Zustand dieser Friedhofsanlage und des Ehrenmals wird jedoch immer schlechter. Wasser und Frost treiben das Denkmal auseinander. Die Grabsteine sind ebenfalls in einem schlechten Zustand, und die Beschriftungen sind nicht mehr lesbar. Die Stadt Schönewalde ist aufgrund der schlechten Finanzausstattung und der hohen Verschuldung nicht in der Lage, diesen Zustand aus eigenen finanziellen Mitteln zu ändern. Für die Sauberhaltung und Ordnung auf diesem Gelände wird gesorgt.

Ich frage die Landesregierung: Kann sie hierbei unterstützend wirken, damit das sowjetische Ehrenmal und der Friedhof vor dem Verfall gerettet werden können?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Schönbohm

Der Zustand des Soldatenfriedhofs in Schönewalde ist leider kein Einzelfall. Mehr als 60 Jahre nach Kriegsende sind sehr viele der ca. 1 000 Kriegsgräberstätten im Land in einem beklagenswerten Zustand. Das gilt nicht nur für die Gräberstätten mit den russischen Opfern. Der notwendige Investitionsaufwand ist erheblich, und genau das ist das Problem.

Die Finanzierung der Pflege und Erhaltung der Gräber ist nicht Sache des Landes, sondern des Bundes. Der Bund stellt Brandenburg hierfür jährlich rund 2 Millionen Euro zur Verfügung. Bei rund 100 000 Gräbern im Land ist offensichtlich, dass der Bund sehr sparsam kalkuliert hat. Tatsächlich erhält die Stadt Schönewalde aus diesen Mitteln nur rund 2 300 Euro jährlich. Mir ist bewusst, dass daraus die Sanierung nicht finanzierbar ist.

Vor dieser Schwierigkeit stehen jedoch nicht nur Schönewalde, sondern die meisten Kommunen. Deshalb bin ich gezwungen, die Verteilung zu gewichten. Angesichts der begrenzten finanziellen Mittel und der Vielzahl der Gemeinden, die Unterstützung benötigen, ist eine Förderung nicht so schnell möglich, wie ich es mir wünschen würde. Daher kann ich heute auch nicht sagen, wann die Gräberstätte in Schönewalde Unterstützung erlangen kann.

Es ist mir erst seit letzter Woche bekannt, dass die Gemeinde Geld benötigt. Allerdings ist mir bisher weder mitgeteilt worden, welche konkreten Maßnahmen die Gemeinde ergreifen müsste, noch welche Kosten für eine Sanierung aufgewandt werden müssten. Selbstverständlich werde ich mit der Gemeinde Kontakt aufnehmen, um die Angelegenheit zu klären.